



12. Heft | 11. Juni 1908

CARL LEGIEN · ZUM GEWERKSCHAFTSKONGRESS IN HAMBURG

HAMBURG galt unbestritten bis in die neueste Zeit als die Hochburg unserer gewerkschaftlichen Bewegung. Dort wird jetzt vom 22. bis zum 27. Juni der 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands tagen. Hamburg stand, was die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter anlangt, immer mit an erster Stelle unter den Grossstädten. Mit seinen 23 287 Gewerkschaftsmitgliedern, die es 1891 hatte, wurde es auch in der absoluten Zahl der Mitglieder von keiner anderen Grossstadt übertroffen. Diese Zahl ging dann in den Jahren 1892 bis 1894 auf 11 021 zurück, eine Folge zahlreicher verlorener Kämpfe und der durch Beendigung der Zollanschlussbauten bewirkten überaus ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur. In den folgenden Jahren zeigte sich wieder eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Der Mitgliederbestand belief sich 1900 auf 32 182 und 1906 auf 84 322: relativ wohl der höchste, den eine Stadt in Deutschland aufzuweisen hat.

Aber nicht nur wegen seines günstigen Standes der Organisation hat Hamburg stets eine hervorragende Rolle im Gewerkschaftsleben Deutschlands gespielt, es hat auch einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Gewerkschaften in ganz Deutschland ausgeübt. Von hier aus sind die ersten Anregungen zur Zentralisierung der gewerkschaftlichen Bewegung gegeben worden. Auf der 7. Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* im August 1868 in Hamburg wurde unter dem Einfluss Geibs, Fritzsches und von Schweitzers der Beschluss gefasst dem Präsidenten des Vereins das Recht zu geben einen allgemeinen Gewerkschaftskongress zur Gründung von Gewerkschaften und zur Einigung der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen einzuberufen. Der Kongress, der am 27. September 1868 in Berlin tagte, vereinigte die bestehenden und neugegründeten Verbände in dem *Allgemeinen Arbeiterschaftsverband*. Als dann 1875 die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands eintrat, ging von Hamburg die Anregung aus nun auch die beiden gewerkschaftlichen Richtungen zu vereinigen. Am 27. März 1875 traten die Vorstände der Hamburger Gewerkschaften zusammen und setzten eine Kommission ein, die die Aufgabe hatte

eine Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten, die dann auch am 28. Mai 1875 in Gotha tagte. Auch bei der Vorbereitung der 2. Konferenz der Gewerkschaftsvertreter im Jahre 1878 hatte Hamburg regen Anteil, und das von der Konferenz angenommene Statut, nach dem eine Verbindung sämtlicher Gewerkschaften herbeigeführt werden sollte, war unter dem entscheidenden Einfluss der Hamburger Gewerkschaftsvertreter zu stande gekommen.

Das Sozialistengesetz, das in seinen ersten Jahren alles gewerkschaftliche Leben in Deutschland vernichtete, verhinderte auch die Durchführung dieses Organisationsplanes. Jedoch bei dem langsamen Wiederaufbau der Gewerkschaften um die Mitte der achtziger Jahre wurde von Hamburg aus stets das Prinzip der Zentralisation vertreten, im Gegensatz zu der besonders von Berlin aus propagierten lokalen Gewerkschaftsorganisation mit politischem Charakter. Da mit Rücksicht auf die Vereinsgesetze der grössten Bundesstaaten, die eine Verbindung politischer Vereine verboten, die zentralisierten Gewerkschaften sich jeder politischen Betätigung enthalten mussten, wurde von Hamburg aus die Gründung unpolitischer gewerkschaftlicher Organisationen propagiert, die sich ausschliesslich der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen widmen sollten. Von den Anhängern lokaler Gewerkschaftsorganisationen wurde dies Bestreben als *Hamburgerei* bezeichnet, und jahrelang diente diese Bezeichnung als Schlagwort bei dem Meinungsstreit über die Form der Organisation. Das von den Hamburger Leitern der gewerkschaftlichen Bewegung Erstrebte wird heute von allen im Gewerkschaftsleben Tätigen als das richtige angesehen, und man wird zugestehen müssen, dass die heutige Einigung in der gewerkschaftlichen Bewegung Deutschlands zum guten Teil den hamburgischen Zentralisationsbestrebungen zu danken ist. Bei dem Drängen nach zentralisierten gewerkschaftlichen Vereinigungen mag der Umstand eine grosse Rolle gespielt haben, dass das hamburgische Vereinsgesetz das Verbindungsverbot für politische Vereine nicht hatte, und so der Behörde ein Eingreifen auf grund des Vereinsgesetzes nicht über den Zentralverbänden nicht ohne Rechtsbeugung möglich war. Andererseits aber bot das Sozialistengesetz hierfür eine Handhabe, und dieses Gesetz ist von der Hamburger Behörde bis in die letzten Jahre seines Bestehens gegen die Gewerkschaften und besonders gegen die in Hamburg erscheinende Gewerkschaftspresse angewandt worden. Trotz der ständig drohenden Gefahr übernahmen die Hamburger Gewerkschaften die Zentralleitung der Verbände, und im Jahre 1891 hatten von den 54 Zentralverbänden, die ihre Tätigkeit auf ganz Deutschland ausdehnten, 24 ihren Sitz in Hamburg.

Es war denn auch erklärlich, dass der Sitz der am 17. November 1890 auf einer Gewerkschaftskonferenz in Berlin eingesetzten *Generalkommission*, die eine Verbindung sämtlicher Gewerkschaften herbeiführen sollte, nach Hamburg gelegt wurde. Die Kommission hatte, obgleich sie von den Hamburger Gewerkschaften die lebhafteste Unterstützung fand, in den ersten Jahren ihres Bestehens durchaus keinen leichten Stand. Die Aufgaben, die ihr gestellt waren, vermochte sie zum Teil nicht zu erfüllen. Sie sollte Abwehrkämpfe unterstützen und die hierzu erforderlichen Mittel von den einzelnen Gewerkschaften geliefert erhalten. Diese waren jedoch fast ausnahmslos finanziell nicht leistungsfähig, worüber die Kommission leider nicht ausreichend unterrichtet war. Im Vertrauen auf die Rückerstattung verauslagter Unter-

stützung an die um das Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter durch die Zentralverbände nahm die Kommission Darlehen auf, und da die Rückerstattung nicht erfolgte, musste die Kommission dem ersten Gewerkschaftskongress 1892 berichten, dass sie eine Schuldenlast von 31 950 Mark habe, während die regelmässigen Einnahmen nur gerade die laufenden Ausgaben zu decken vermöchten. Erst nach dem Gewerkschaftskongress von 1892 wurden an die Kommission die festgesetzten Beiträge von den Gewerkschaften regelmässig bezahlt. Von 1892 bis 1896 war eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 94 629 Mark zu verzeichnen, wozu 9187 Mark kamen, die als Extrabeitrag zur Deckung des Defizits geleistet waren. So verfügte denn zur Zeit des Berliner Gewerkschaftskongresses /1896/ die Kommission, trotz Rückzahlung von 17 730 Mark Darlehen über einen Kassenbestand von 35 720 Mark. Dieser konnte nur durch äusserste Sparsamkeit geschaffen werden, und so kam es denn, dass auch auf dem Kongress von 1896 die Gewerkschaften mit der Tätigkeit der *Generalkommission* keinesfalls zufrieden waren; es war sogar eine starke Strömung dafür vorhanden das Institut der *Generalkommission* in der vom Kongress 1892 geschaffenen Form zu beseitigen. Hierzu kam es glücklicherweise nicht. Als dann der Geheimerlass des Grafen von Posadowsky und die Ankündigung des Zuchthausgesetzes im Jahre 1898 kam, zeigte sich die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Zentralinstanz, und seit dem Gewerkschaftskongress von 1899 ist eine Meinungsverschiedenheit hierüber in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mehr vorhanden. Die finanziellen Verhältnisse der Kommission hatten sich wesentlich gebessert. Die Einnahme an Quartalsbeiträgen war in den 3 Jahren von 1896 bis 1899 auf 115 680 Mark gestiegen, während sie in den 4 Jahren vorher nur 94 000 Mark betragen hatte. In den folgenden Jahren gestalteten sich die Verhältnisse noch weit günstiger. Von 1899 bis 1902 war eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 193 948 Mark zu verzeichnen, und die Kommission hatte, trotz grosser Aufwendungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, einen Kassenbestand von 102 000 Mark. Der Kongress von 1902 kam denn auch zu dem Beschluss die Tätigkeit der *Generalkommission* zu erweitern. Das Zentralarbeitersekretariat wurde geschaffen, und dies bedingte die Verlegung der Kommission von Hamburg nach Berlin. Als sie Hamburg verliess, hatten die angeschlossenen Gewerkschaften 733 206 Mitglieder, am Schluss der Geschäftsperiode, über die die Kommission an der Stätte ihres 12jährigen Wirkens zu berichten hat, aber deren 1 865 506. Die Gewerkschaften selbst sind finanziell wesentlich erstarkt, der Kommission stehen die Mittel ihre Aufgaben zu erfüllen in genügendem Masse zur Verfügung, über alle grundlegenden Fragen herrscht Einmütigkeit in den Gewerkschaften, und mit Genugtuung kann man sich angesichts dieser Entwicklung der Zeit des ersten Wirkens der *Generalkommission* in Hamburg erinnern.

In dieser Situation werden auch die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses den Stempel rüstigen Fortschreitens und fester Zuversicht auf die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung tragen. Die Tagesordnung enthält in erster Linie, wie die der früheren Kongresse, Fragen der Agitation und des Auslands der gewerkschaftlichen Einrichtungen. Es wird anschliessend an den Rechenschaftsbericht der *Generalkommission* über allgemeine Agitation, das Arbeiterinnensekretariat, das in der letzten Geschäfts-

periode geschaffen worden ist, die Agitation unter den Dienstboten, die Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern, Streikstatistik und Streikunterstützung, Heimarbeiterschutz, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und das Zentralarbeitersekretariat verhandelt werden. Es soll ferner Stellung genommen werden zur Zurückweisung von Gewerkschaftsvertretern und Arbeitersekretären als Vertreter der Rechtsuchenden vor den Gerichten sowie zur staatlichen Versicherung der Privatangestellten. Beim letzten Punkt soll die Meinung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über die Versuche durch besondere Versicherungseinrichtungen die Privatangestellten von den Arbeitern zu trennen zum Ausdruck gebracht werden. Der Kongress wird weiter über die gewerbsmässige Stellenvermittlung, den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel und über die Organisation zur Erziehung der Jugend verhandeln. Zur letztgenannten Materie hat bereits eine Konferenz von Vertretern der Vorstände der Zentralverbände Stellung genommen, bevor noch durch das Reichsvereinsgesetz eine veränderte Situation geschaffen war. In gewerkschaftlichen Kreisen war, was auf der Konferenz der Vorstandsvertreter einmütig zum Ausdruck gebracht wurde, allgemein die Ansicht vorherrschend, dass die in den letzten Jahren geschaffenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien. Gewiss muss von der Arbeiterschaft, sowohl der gewerkschaftlich wie der politisch organisierten, auf die Erziehung der Jugend eingewirkt werden, zumal die christlichen und liberalen Parteien ihren Einfluss auf diese geltend zu machen suchen, um sie von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Hierzu bedarf es aber nicht besonderer Vereinigungen der Jugendlichen, die ohne genügenden Einfluss Erwachsener leicht auf Wege geraten, die nicht zur Heranbildung der Jugendlichen zu tätigen Mitgliedern der Arbeiterorganisationen führen. Der Jugend muss die Jugendzeit erhalten bleiben. Man soll nicht zu frühzeitig ihr Hirn mit schwierigen sozialen oder politischen Fragen beschäftigen sondern die körperliche Entwicklung fördern und in Verbindung damit den Geist zu beeinflussen suchen. In einem gesunden Körper eine gesunde Seele: das muss der leitende Gedanke bei der Erziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Darum müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen geeignete erwachsene Personen unter Anteilnahme einer Vertretung der Jugendlichen in dieser Weise wirken, aber eine selbständige Organisation der Jugendlichen erweist sich nicht als zweckmässig. Nunmehr hat das Reichsvereinsgesetz die Organisation der Jugendlichen in der bisherigen Form und mit dem bisherigen Charakter ohnehin unmöglich gemacht, daher wird der Gewerkschaftskongress und anschliessend auch der Parteitag der sozialdemokratischen Partei über die Einrichtungen, die zur Erziehung der Jugend zu treffen sind, zu entscheiden haben.

Die Grenzstreitigkeiten, das heisst die Differenzen zwischen einzelnen Verbänden über die Abgrenzung des Agitationsgebietes, sind fast auf jedem Gewerkschaftskongress gestreift worden. Auf Wunsch des letzten Kongresses sollen sie in Hamburg einen besonderen Tagesordnungspunkt bilden. Es wird nicht an unliebsamen Erörterungen hierbei fehlen, doch dürfte das Ergebnis der Beratungen die streitenden Parteien kaum befriedigen. Diese Fragen können eben weder auf einem Gewerkschaftskongress noch auf allgemeinen Gewerkschaftskonferenzen entschieden werden, sie lassen sich nur durch

Verständigung und Vereinbarung zwischen den unmittelbar beteiligten Organisationen lösen. Der Kongress kann und wird Anregungen hierzu geben, die endgültige Regelung aber wird er den einzelnen Organisationen überlassen müssen.

Den Schluss des Kongresses soll ein Referat über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland bilden. Es ist unverkennbar, dass die soziale Gesetzgebung in den letzten Jahren keine Fortschritte macht, während auf der anderen Seite Gesetze in Vorschlag gebracht oder angenommen werden, die geeignet sind die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen zu hemmen. Die Zuchthausgesetz- und Berufsvereinsgesetzentwürfe, selbst das Reichvereinsgesetz zeigen deutlich diese Tendenz. Sicher ist auch, dass die Unternehmerorganisationen, besonders der *Zentralverband deutscher Industrieller*, auf diese Haltung der Regierung einen entscheidenden Einfluss ausüben. Daher müssen auch die Arbeiterorganisationen zu diesen Fragen Stellung nehmen und ihren Einfluss geltend zu machen suchen.

Abgesehen von der Frage der Grenzstreitigkeiten, die aber nicht von Einfluss auf die Gesamtbewegung ist, wird in den Angelegenheiten, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen, prinzipiell eine Einhelligkeit der Vertreter sich zeigen. Der Gewerkschaftskongress in Hamburg wird daher voraussichtlich einen Eindruck hervorrufen, der der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen und dem Einfluss entspricht, den diese heute bereits im öffentlichen Leben ausüben, wenn er auch nicht unter Anteilnahme von Vertretern höherer und höchster Behörden tagen wird. Nachdem das Reichsamt des Innern es wegen Mangel an Zeit und verfügbaren Kräften abgelehnt hat sich auf dem Heimarbeiterschutzkongress vertreten zu lassen, ist in den Gewerkschaften keine Neigung mehr vorhanden Einladungen an dieses Amt oder andere Behörden zur Entsendung von Vertretern zu den gewerkschaftlichen Tagungen ergehen zu lassen. Mögen Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine oder christliche Gewerkschaften sich solcher Vertretung auf ihren Kongressen erfreuen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände bedürfen ihrer nicht, weil sie sich ihrer Kraft bewusst sind, und diese zum Ausdruck kommt, auch wenn ihnen nicht durch Anwesenheit von Vertretern der Staatsbehörden Anerkennung für ihr Wirken gezollt wird.

XX

OTTO HUE · AUS DER GEWERKSCHAFTLICHEN STURM- UND DRANGPERIODE



IT seiner *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung* hat uns Julius Deutsch ein Buch geschenkt, das auch von solchen mit grossem Nutzen gelesen werden kann, denen die österreichischen Arbeiterorganisationen schon bisher kein unbekanntes Land waren.¹⁾

Wohl der interessanteste Teil dieses Buches handelt von den inneren Kämpfen der Gewerkschaften Österreichs in den achtziger Jahren. Wenn man diese Buchstellen liest, dann fragt man sich unwillkürlich, ob die Verquickung gewerkschaftlicher mit parteipolitischen Obliegenheiten denn wirklich so unbedenklich ist, wie ein Teil unserer Parteigenossen in Deutsch-

¹⁾ Vergl. Julius Deutsch *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung* (Wien 1908).

land immer noch behauptet. Eine politische Partei wie die Sozialdemokratie kann nicht umhin fortgesetzt Untersuchungen anzustellen über die Richtigkeit ihrer programmatischen Leitsätze. Dass diese Untersuchungen auch zu parteierschütternden Auseinandersetzungen, selbst zu Spaltungen, führen können, wissen wir aus der Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung. Während aber die Partei sich elastischer über solche Wirren hinweghelfen kann, hindern sie die Gewerkschaft, den anderen, auf stabilere Organisationsverhältnisse angewiesenen Arm der Arbeiterbewegung, in ganz ausserordentlichem Masse an der Erfüllung ihrer Aufgaben, wenn der Streit um die richtige Parteitheorie und die beste Parteitaktik auch im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation ausgefochten wird, wie das in Österreich vor einem Vierteljahrhundert geschah. Da die Gewerkschaften alle Berufsangehörigen ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses aufnehmen müssen, kann innerhalb der Mitgliedschaft niemals eine derartige Homogenität der Auffassung von Politik und Religion bestehen, die zunächst vorausgesetzt werden muss, wenn die den Gewerkschaften durch das Hineinziehen in parteipolitische und religiöse Streitigkeiten unter allen Umständen zugefügte Erschütterung ohne grösseren Schaden vorübergehen soll. Die freigewerkschaftlichen Zentralverbände in Deutschland haben von 1900 bis jetzt ihre Mitgliederzahl von 680 427 auf bald 2 Millionen erhöht. Dr. Paul Hirschfeld bringt in seinem neuesten Buch den statistischen Nachweis, dass innerhalb der letzten Jahre auch Gewerkschaftsortsgruppen in Landesteilen entstanden sind, wo bisher noch kein Gedanke an eine sozialdemokratische Parteiorganisation war.²⁾ Selbstverständlich befinden sich unter den Hunderttausenden von neugewonnenen Gewerkschaftsmitgliedern unzählige, die noch im Banne bürgerlich-politischer Anschauung liegen. Darum handelten unsere Zentralgewerkschaften klug, sowohl im Interesse der Gewerkschafts- als auch der sozialistischen Parteibewegung, dass sie dem Rate der Lokalistens zuwider sich nicht als Parteigewerkschaften konstituierten. Auch wo der Possibilismus oder der Revisionismus die leitenden Parteikreise mehr als anderswo beherrscht, wie beispielsweise in Dänemark, waren es die mit der Partei aufs engste liierten gewerkschaftlichen Organisationen, die am aktionsunfähigsten wurden, als dort die behördliche Verfolgung der Sozialdemokraten wütete.³⁾ Was für eine sozialistische Schulmeinung gerade herrscht, kann bei Erörterung der Frage, welches organisatorische und taktische Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft beiden Teilen am zuträglichsten ist, nicht in betracht kommen. Eine Partei kann sich im Notfalle in geheimen Organisationen erhalten. Die Gewerkschaften dagegen sind naturgemäss unbedingt auf öffentliche Betätigung angewiesen. Wohin eine Einheit zwischen Gewerkschaft und Partei, wie sie von unseren Lokalgewerkschaftern, jetzt Anarchosozialisten, verstanden wird, führte, erzählt uns Deutsch aus Österreich.

In Österreich bestand ursprünglich die denkbar intimste Einheit zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Es war nicht einmal die heute durchgeführte Arbeitsteilung vorhanden. Deswegen wurden die Gewerkschaften

²⁾ Vergl. Dr. Paul Hirschfeld *Die freien Gewerkschaften in Deutschland 1896 bis 1906* /Jena 1908/.

³⁾ Vergl. Emil Helms *Die sozialdemokratische und die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark* /Leipzig 1907/.

unmittelbar auch von den heftigen, jahrelangen Parteistreitigkeiten erfasst. Deutsch schreibt:

»Am meisten litten unter diesem Streit die Gewerkschaften, sie, die in der schweren Zeit der [Wirtschafts-] Krise die Einigung am nötigsten gehabt hätten, sahen sich in zwei feindliche Lager gespalten.«

Eine Anzahl Vereine ging in dem Kampf zwischen *Radikalen* und *Gemässigten* ganz zu grunde, fast alle erlitten schwere Mitgliederverluste. Nur die Buchdrucker und die Hutmacher, deren Gewerkschaften in einem loseren Verhältnis zur Partei standen, überdauerten die Konfliktzeit ohne nennenswerte Schädigungen. Natürlich war der Mitgliederverlust oder -gewinn der einzelnen Gewerkschaften kein Beweis für oder gegen die Richtigkeit der *gemässigten* oder der *radikalen* sozialistischen Lehre sondern ein rein mechanischer Vorgang spielte sich ab. An fortgesetzten, wenn auch noch so tief-sinnigen Diskussionen finden nur wenige Gefallen; arten diese Diskussionen gar in persönliche Verdächtigungen und tumultuarische Szenen aus, dann halten auch von diesen wenigen nur noch vereinzelt stand. Die jungen österreichischen Gewerkschaften von damals durften sich erst recht nicht zerrütende und zersplitternde Streitigkeiten erlauben, zumal nicht solche, deren innere Beweggründe dem Gros der Mitglieder völlig fremd waren.

Nach einer für das Jahr 1892 aufgenommenen Statistik, von der sich einige Gewerkschaften ausschlossen, gab es in Österreich damals 31 454 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen; eine andere Zählung berichtet von 31 265 Organisierten im Jahre 1872. Zwanzig Jahre kein gewerkschaftlicher Fortschritt! Inzwischen hatte sich in Österreich die Industrie wohl erheblich ausgedehnt, aber in diese zwei Jahrzehnte fallen die mit leidenschaftlicher Erbitterung ausgefochtenen Streitigkeiten innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie. Die Streitigkeiten entstanden nicht über gewerkschaftliche Fragen sondern gingen aus von Meinungsverschiedenheiten der Parteiführer über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Staate, zur bürgerlichen Gesellschaft. Kurzum, man stritt über die Länge des Weges, der noch bis zur Realisierung der sozialistischen Forderungen zurückzulegen sei. Im Grunde genommen handelt es sich stets um nichts anderes bei den Zwistigkeiten zwischen *Gemässigten* und *Radikalen*, *Possibilisten* und *Revolutionären*, *Revisionisten* und *strengen Marxisten*. Wer der Ansicht ist, die bürgerliche Gesellschaftsordnung sei mit einigen revolutionären Anläufen zu beseitigen, wird natürlich eine andere Taktik empfehlen als ein Parteigenosse, der das Ziel weiter entfernt sieht. Während des grossen Parteizwistes in Österreich stellte sich heraus, dass man sich in der Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durchaus einig war, sich aber in die Haare geriet in der Diskussion über den Grad der Entwicklung und der Widerstandskraft dieser Wirtschaftsweise. Die österreichische Metallarbeiter*fachzeitung* schrieb am 21. Juni 1883:

»Jede einzelne Gewerkschaft sollte heute schon sich mit allen Kräften darauf vorbereiten die Produktion in die Hand zu nehmen, in Theorie und Praxis alle möglichen Experimente [!] anzustellen, um sich jenen Grad von Fähigkeit anzueignen, welcher dazu gehört, um sofort [!], ohne dass eine Unterbrechung der Produktion einzutreten brauche, die Umwandlung der gesellschaftlichen aus der privatkapitalistischen zu vollziehen.«

Wir sehen, diese Gewerkschaftszeitung war der Ansicht so dicht vor den Mauern Jerichos zu stehen, dass die Arbeiterorganisationen ihre Zeit und

Mittel nicht im Kleinkampf um das tägliche Brot vertrödeln dürften sondern »mit allen Kräften« sich zur Übernahme der Produktion theoretisch und praktisch vorbereiten müssten! Was das Fachblatt schrieb, war ein Niederschlag der Auffassung des *radikalen* Parteiflügels über die *nächsten* Aufgaben des Proletariats. Natürlich fehlte es auch nicht an extrem entgegengesetzten Auslassungen. Im gleichen Jahre forderten Provinzialvereine der Buchdrucker die Wiener Buchdrucker auf »von den betretenen sozialistischen Pfaden abzuweichen und sich fortan wie früher nur dem Ausbau der Organisation zu widmen«. Der einen Richtung war schon ein kühles Interesse für den Sozialismus zu weitgehend, die andere fordert auf sich für die nahe bevorstehende Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung bereit zu machen. Würden diese gegensätzlichen Anschauungen ausserhalb der Gewerkschaftsorganisationen aufeinandergeplatzt sein, der Mitgliederverband hätte nicht entfernt so zerrissen werden können, wie es nun infolge der so gut wie faktischen Einheit der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen geschah. Deutsch schildert anschaulich, dass nach und nach fast alle Gewerkschaftsvereine von dem Streit zwischen *Radikalen* und *Gemässigten* ergriffen wurden. Wer für seine Richtung die Mehrheit gewann, begann mit dem Ausschluss der *Arbeitervertreter*. Mit dem *Sieg* war aber auch oft die Zertrümmerung der Organisation überhaupt besiegelt; so beispielsweise im Falle des starken Wiener Vereins der Metallarbeiter. In den Gewerkschaftsversammlungen hatte die Diskussion um die schnellste Verwirklichung der sozialistischen Ideale die Beratung der eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben ganz zurückgedrängt. Deutsch sagt: »Die Gewerkschaften bildeten die Cadres der sozialistischen Partei. Unter allen Verfolgungen des Sozialismus hatten sie zuerst zu leiden. Ein eigentlich gewerkschaftlicher Geist konnte da nicht gedeihen.«

Hier wäre statt »eigentlich gewerkschaftlicher Geist« zweckmässiger zu sagen: die Überzeugung von der Notwendigkeit der Arbeitsteilung zwischen Parteiorganisation und Gewerkschaft. Eine politische Partei kann nicht nur aus Lohnarbeitern bestehen; eine Gewerkschaft ist aber die Organisation der Lohnarbeiter eines Berufes. Zum Zweck der Förderung der Berufsinteressen dieser Lohnarbeiter ist die Gewerkschaft geschaffen, was natürlich nicht besagt, dass diese Aufgabe zur Gewerkschaftssimpelci führen muss. Die gewerkschaftlichen Kämpfe lenken den Blick der Berufsgenossen von selbst über den Rahmen ihres Gewerbes hinaus, lassen sie die Gemeinsamkeit der Interessen aller Arbeiter erkennen. Wenn der Agitator nicht geflissentlich Sozialistenbekämpfung betreibt, dann sorgen schon die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse dafür, dass in der Gewerkschaft kein antisozialistischer Geist aufkommt. Selbst dann, wenn die Führer sich bemühen die Sozialdemokratie als arbeiterfeindlich zu denunzieren, ist die Entwicklung eines antikapitalistischen Geistes in der Arbeiterorganisation nicht aufzuhalten. Dafür legt in Deutschland die fortschreitende Radikalisierung der christlichen Gewerkvereine Zeugnis ab. Ist aber Partei- und Gewerkschaftsorganisation identisch, wie seinerzeit in Österreich, und die an ihrer inneren Ausreife arbeitende Partei gerät in zerrüttende Wirrnisse, so lässt sich gar nicht vermeiden, dass dadurch die Gewerkschaftsorganisation für ihre primären Zwecke völlig lahmgelegt wird. Wer will beweisen, solche Perioden könnten sich nicht wieder ereignen? Die gegenwärtigen Gewerkschafts- und Parteiverhältnisse in Italien und Frankreich wollen wir doch auch nicht ausser

acht lassen. Warum entwickelte sich dort der antiparlamentarische Syndikalismus?

Zur Klärung der theoretischen Streitigkeiten über die Haltbarkeit oder Unhaltbarkeit dieses oder jenes sozialistischen Programmsatzes hat die seinerzeit erfolgte Zertrümmerung der österreichischen Gewerkschaften nicht beigetragen, wohl aber lange Zeit die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter schwer geschädigt. Schliesslich entwickelte sich auch in Österreich ein gewerkschafts- und parteifeindlicher Anarchosozialismus. Selbstverständlich kreuzen sich auch hier wieder mehrere Fäden. Nach dem grossen Gründerkrach /1873/ breitete sich eine ungemeine heftig wirkende Wirtschaftskrise aus. Die während der Gründerperiode erzielten Löhne wurden stark gedrückt. Soweit die nur kurze Zeit existierenden Gewerkschaften den Kampf gegen Lohndruck usw. aufnahmen, erlitten sie meistens schwere Niederlagen. Wir wissen aus der Praxis, wie das auf die Gesinnung zumeist ungeschulter Organisationsmitglieder wirkt. Eine resignierte Stimmung ist die erste Folge. In den Kreisen der Sozialisten wurde die ausserordentlich starke und langdauernde Wirtschaftskrise als ein sicheres Vorzeichen für den baldigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft bewertet. Wer nicht so optimistisch dachte und es aussprach, durfte sich darauf gefasst machen *Leisetreter* oder sogar *Judas, Arbeiterverräter* genannt zu werden. Aus der sachlichen Meinungsverschiedenheit über den nahen oder fernen *Zusammenbruch* entstanden leidenschaftliche persönliche Feindschaften. Ganz natürlich, dass die unter den Krisenfolgen am ärgsten leidenden Lohnarbeiter, entmutigt durch gewerkschaftliche Misserfolge, dem am liebsten zuhörten, der alle *Palliativmittelchen*, als da sind Gewerkschaftsarbeit, parlamentarische Tätigkeit, genossenschaftliche Organisation usw., *grundsätzlich* und *radikal* bekämpfte. Fort mit den Palliativmittelchen: die halten uns nur auf, stützen nur die bürgerliche Gesellschaft usw.! Joseph Peukert mit seiner anarchistischen *Zukunft* wurde der Prophet der meisten österreichischen Gewerkschaftsmitglieder. Der Standpunkt der heutigen Syndikalisten in Italien und Frankreich ist ziemlich der gleiche wie der der Majorität der österreichischen Gewerkschafter vor 25 Jahren. Brutale polizeiliche und gerichtliche Verfolgungen, das Ausfechten des parteipolitischen Kampfes zwischen *Radikalen* und *Gemässigten* im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation, durch die sie zerrütet und erst recht unfähig wurde den Kampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu führen, und nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise viele Streikniederlagen: alles das wirkte zusammen, um eine verzweifelte Stimmung zu erzeugen. Das war der Boden, auf dem keine sorgfältige Gewerkschaftsarbeit, wohl aber die wahnsinnige Propaganda der Tat gedeihen konnte. Und sie gedieh. Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung jener Zeit enthält darüber ein tieftrauriges Kapitel.

Es ist sehr lehrreich nachzulesen, wie sich die *Gemässigten* bemühten die Arbeiter zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe zu bewegen, weil, wie das Organ der *Gemässigten*, die *Wahrheit*, am 2. Januar 1882 schrieb, »auch etwas geschehen müsse um die heutige Lage der Arbeiter nach Möglichkeit erträglicher zu machen«. Die *Wahrheit* wandte sich aber auch gegen die *Nur-gewerkschafter* und redete neben der gewerkschaftlichen der parteipolitischen Betätigung unbedingt das Wort. Sie hatte damit geringen Erfolg. Die grosse

Mehrheit der Gewerkschaften schloss sich den *Radikalen an*. Wie diese die Aufklärung des Proletariats anfassten, dafür einige charakteristische Zitate. Die bereits erwähnte *Zukunft* erklärte am 27. Juli 1882, es handle sich »heute hauptsächlich darum von den herrschenden Klassen keine Reformen mehr zu verlangen, also auch keinen Kampf zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts zu führen«. Am 14. Mai 1883 erklärte sich ein *radikaler* Führer gegen den Normalarbeitstag und gegen den Streik: die könnten nichts nützen; es müssten »stärkere Mittel« angewendet werden. Die *Sozialistische Fachzeitung der Metallarbeiter* schrieb, die »Fachblatttaktik [gemeint war die gewerkschaftliche Tätigkeit]« stehe »im Widerstreit mit der Solidarität des Arbeiterstandes«, sei ein »Faustschlag gegen den Radikalismus . . .«, sie ist der Ausfluss des Palliativismus . . .«

Man gab die Gewerkschaftsarbeit überhaupt auf. Die *Radikalen* glitten immer mehr ins Fahrwasser der Anarchisten hinüber und machten dabei die selbe Erfahrung wie ein Vierteljahrhundert später die Lokalisten in Deutschland. Deutsch schreibt:

»Von den *radikalen* Gewerkschaften ist zu sagen, dass sie während des immer anarchistischer werdenden Gebarens ihrer Partei den Charakter von Gewerkvereinen zum grossen Teil verloren und lediglich Agitationsklubs [!] wurden.« Eine leicht begreifliche Entwicklung. Aber auf die Dauer sind nur wenige mit blossen Deklamationen zu befriedigen, das Streben nach realen Resultaten liegt in der Natur des Menschen begründet; und nur eine verschwindende Minderheit ist zu Opfern bereit, ohne dafür materiellen Gewinn zu heischen. Daran ist nicht zu rütteln, wie die Erfahrung lehrte. Die freien Zentralgewerkschaften Deutschlands haben sich auf den Boden der Tatsachen gestellt, umfassen nur darum heute fast 2 Millionen Mitglieder und sind dadurch eine respekteinflössende Macht geworden, während die anarchosozialistischen Lokalisten nur noch Agitationsklubs bilden. Durchaus logisch entwickelten sich auch die österreichischen *Radikalen* in der Hoffnung auf das *grosse Ereignis*, dem eventuell etwas *nachgeholfen* werden müsse, zu Verächtern der gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Die selben Kräfte, die ausgelöst waren, um den Sozialismus eventuell mit den stärksten Mitteln rascher zu realisieren, führten die österreichische Arbeiterbewegung in die antigewerkschaftliche und antiparlamentarische Sackgasse. Statt raschere Fortschritte in der Emanzipation des Proletariats zu machen, führten die inneren Streitigkeiten zur Selbstzerfleischung. Verstehen kann man, dass nach dem Fehlschlagen der Hoffnungen auf schnellere Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise sich der Drang entwickelte durch Anwendung vermeintlich radikaler Mittel die Widerstände rascher zu überwinden. Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaften lehrt uns aber auch, dass wirklich radikal nur wirkt, wer die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt, systematisch von unten herauf organisiert, sich nicht einbildet in langen Zeiträumen Gewordenes gewissermassen über Nacht beseitigen zu können. Das eben glaubten auch die *Radikalen* in Österreich fertig bringen zu können, diese Anschauung kommt in ihren markantesten Publikationen zum Ausdruck. Die gewerkschaftliche Sturm- und Drangperiode unserer österreichischen Bruderorganisationen charakterisiert sich als der Zustand, in dem man sich noch nicht klar geworden war über die intellektuellen und wirtschaftlichen Vorbedingungen für den Sieg der arbeitenden Volksschichten.

Als dies Missverhältnis zwischen Wollen und Können von mutigen Männern wie Viktor Adler offenherzig klargestellt war, und sie in geschickter, allen Verdächtigungen trotztender Weise den Arbeitern begreiflich gemacht hatten, was die Stunde erforderte, da bahnte sich die Gesundung an. Es ist nun wieder interessant, wie die von Adler am 11. Dezember 1886 erstmalig herausgegebene *Gleichheit* ihre Reformarbeit einleitete. Sie schrieb:

»Der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede eine nun in Wien schon lange und schwer entbehrte Waffe im Kampfe für ihr gutes Recht und die von ihr erkannte Wahrheit zuzuführen ist die offene Absicht und der einzige Zweck dieses Unternehmens.«

Ist es nicht auffallend, dass der Reformator der österreichischen Arbeiterbewegung den selben Weg ging wie die reichsdeutschen Gewerkschaftsführer York usw., als sie das Einheitsband um die parteipolitisch und fraktionell zersplitterten Arbeiter Deutschlands schlingen wollten? Heinrich Bürger erzählt zum Teil mit den nämlichen Worten wie Julius Deutsch, wie die auch innerhalb der deutschen Gewerkschaftsorganisation geführten Kämpfe zwischen den Lassalleanern und den *Ehrlichen* den Hamburger Gewerkschaften »zum grössten Schaden« gereichten, ihre Entwicklung lahmlegten.⁴⁾ Auf dem Erfurter Gewerkschaftskongress /1872/ wurde eine von York eingebrachte Resolution angenommen, worin es heisst, der Kongress erkläre es »für die heiligste Pflicht der Arbeiter allen Parteihader bei Seite zu setzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die Vorbedingungen eines erfolgreichen Widerstandes zu schaffen«. Wenn man bei Deutsch und Bürger nachliest, wie gerade die Gewerkschaften durch die in ihren Reihen ausgefochtenen parteipolitischen Kämpfe zerrüttet worden sind, dann kann man verstehen, warum die Yorksche Resolution einstimmig angenommen worden ist, und warum Adler seine Aufbauungsarbeit damit begann »ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede« den Gewerkschaftsgedanken zu propagieren.⁵⁾ Weder von York noch von Adler wird man sagen können, sie seien *Neutralitätsdusler* gewesen respektive beabsichtigten durch ihre Organisationsreform die sozialistische Bewegung zu schwächen. Sie trugen den harten Tatsachen Rechnung und förderten damit die Interessen der Arbeiterklasse in jeder Beziehung. Yorks Reformwerk wurde durch das Ausnahmegesetz jäh unterbrochen. Dieses warf die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zeitweilig fast vollständig zu Boden und hat es verschuldet, dass wir im Jahre 1890 zum grossen Teil gewissermassen dort wieder anfangen

⁴⁾ Vergl. Heinrich Bürger *Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890* /Hamburg 1899/.

⁵⁾ Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des deutschen Schuhmacherverbandes brachte das *Schuhmacherfachblatt* vom 24. Mai dieses Jahres einen Artikel, worin es heisst: »Zehn Jahre lang hatte die Gewerkschaft bestanden, wenn man sie auf die Gründung im September 1868 durch den ersten Schuhmacherkongress in Berlin zurückführen will. Leider war aber rasch eine dreifache Zersplitterung eingetreten. Der *Allgemeine deutsche Schuhmacherverein* war in Berlin von Lassalleanern gegründet worden. Bald tauchte der Hirsch-Dunckersche *Gewerkverein der Schuhmacher und Lederarbeiter* auf, und schliesslich gründete auch die sogenannte *Eisenacher Richtung*, deren Führer Bebel, Liebknecht und andere bekannte, hervorragende Marxisten waren, die *Internationale Gewerkgenossenschaft der Schuhmacher*, die Ende Oktober 1869 von dem in Leipzig stattgefundenen deutschen Schuhmacherkongress als Zentralorganisation gegründet wurde und die sich allmählich zur bedeutendsten deutschen Schuhmacherorganisation entwickelte. Der *Allgemeine deutsche Schuhmacherverein* mit dem Sitz in Berlin und die *Internationale Gewerkgenossenschaft der Schuhmacher*, die der Reihe nach ihren Sitz in Leipzig, Zürich, Nürnberg-Fürth, Dresden und Gotha hatte, führten jahrelang in Versammlungen und in der Presse einen heftigen Kampf mit einander, bis endlich im Jahre 1875 der Bruderkrieg auf dem Vereinigungskongress in Koburg beendet und die *Schuhmachergewerkschaft* gegründet wurde.«

mussten, wo die österreichischen Gewerkschaftsreformatoren vier Jahre früher begannen. Ohne das Ausnahmegesetz hätten wir uns nicht noch über ein Jahrzehnt mit sonst längst erledigten Diskussionen über die beste Gewerkschaftstaktik und -form befassen müssen. In Österreich ist es nach der Überwindung der inneren Organisationsstreitigkeiten sowohl mit der Gewerkschaft wie auch mit der sozialistischen Partei erfreulich vorwärts gegangen. Es mögen dafür folgende Ziffern aus den Berichten der österreichischen *Gewerkschaftskommission* sprechen:

Jahr	Mitgliederzahl	Gesamteinnahme Kronen	Gesamtausgabe Kronen	Kassenbestand Kronen
1892	31 454	—	—	—
1896	98 669	982 292	599 433	735 269
1906	448 270	6 982 374	5 609 810	7 318 906
1907	501 094	8 120 763	7 147 730	8 806 000

Heute noch marschieren Gewerkschaft und Partei in Österreich enger als in Deutschland zusammen. Aber es ist eine vernünftige Arbeitsteilung durchgeführt; so ermöglichte man ein Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften, ohne dass gegenseitig in das Sondergebiet übergelassen wird. Entstehen doch *Kompetenzkonflikte*, dann bürgt die realpolitische Denkungsart der leitenden Personen für eine schnelle kollegiale Verständigung. Ich habe persönlich auf österreichischen Gewerkschaftstagen beobachtet, welche ungeheuren Schwierigkeiten den *schwarzgelben* Kollegen bei ihrer Organisationsarbeit heute wieder aus der nationalistisch aufgebauchten Sprachenfrage entstehen. Durch den Augenschein ist mir offenbar geworden, dass die Österreicher aus der trüben Vergangenheit gelernt und nicht vergessen haben, was für schlimme Folgen die Betätigung der Berufsorganisationen an Angelegenheiten, die die eigentlichen Gewerkschaftsaufgaben erschweren, zeitigte. Angesichts der von den Gewerkschaften zu erfüllenden Mission ist es nötig von Zeit zu Zeit die Lehren der Vergangenheit zu Rate zu ziehen, um ähnliche Fehler und damit Schädigungen zu vermeiden.

XX

EMIL DÖBLIN · TARIFVERTRAGSPOLITIK UND KLASSENKAMPF

W OHL kein Einwurf hat der Tarifvertragspolitik so viele Schwierigkeiten bereitet wie der, dass durch das Zusammenwirken mit den Unternehmern der Arbeiterbewegung der Klassenkampfcharakter genommen und ein Zustand der Harmonieseligkeit herbeigeführt werde, der für die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht erwünscht sein könne. Ängstlich suchte man eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch gegenseitiges Einverständnis zu vermeiden; was nicht durch Kampf errungen wurde, galt als minderwertig. Diese Auffassung resultierte aus der ganzen Entwicklung der Arbeiterorganisationen; solange sie schwach waren, legten sie das Schwergewicht auf die Agitation zwecks Gewinnung von Mitgliedern und Aufklärung über die Klassengegensätze der Arbeiter zum Unternehmertum im allgemeinen. Mit der Erstarkung der ge-

werkschaftlichen Organisationen wuchs jedoch das Verantwortlichkeitsgefühl, namentlich der leitenden Kreise, und es brach sich die Erkenntnis Bahn, dass die Gewerkschaften ohne Gefährdung ihrer Zukunft sich nicht darauf beschränken konnten lediglich die Gegensätze zum Unternehmertum zu betonen sondern ihren Mitgliedern praktische Erfolge erringen müssten.

Die Anschauung, dass bei den vorhandenen scharfen Gegensätzen nur durch wirtschaftlichen Kampf ein ökonomischer Fortschritt für die Arbeiter zu erzielen sei, fand eine gewisse Bestätigung durch das Verhalten der Unternehmer, die ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus nicht anerkennen sondern selbstherrlich bestimmen wollten, wie hoch die Leistungen ihrer Arbeiter zu bewerten seien. Wollten die Arbeiter sich mit dem Gebotenen nicht begnügen, so blieb eben nur der Kampf mit seinen tiefgreifenden wirtschaftlichen Schädigungen beider Teile. Dieser bedauerliche Zustand gestaltete sich besser, als im Buchdruckgewerbe der Weg friedlicher Verhandlungen beschritten wurde, die den Beweis erbrachten, dass es wohl angängig sei die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Wahrung der beiderseitigen Interessen zu regeln, ohne zu dem äussersten Mittel zu greifen. Es ist bekannt, welchem Misstrauen diese neue Taktik begegnete, und erst der Frankfurter Gewerkschaftskongress /1899/ musste tariflichen Vereinbarungen einen Geleitbrief ausstellen, um sie vor dem Odium zu bewahren, dass sie einer modernen Gewerkschaftspolitik unwürdig seien. Seitdem trat eine erfreuliche Entwicklung des Tarifgemeinschaftsgedankens ein. Auch die Unternehmer, die sich nur schwer entschliessen konnten den Arbeitern respektive deren Organisationsvertretungen ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, wurden durch den Druck der öffentlichen Meinung, die die kulturelle Bedeutung der tariflichen Vereinbarungen lebhaft würdigte, gedrängt ihr Vorurteil dagegen aufzugeben. Zweifellos können wir heute wohl von einem Siegeszuge des Tarifvertragswesens sprechen. Jeder objektiv Urteilende wird diese Entwicklung freudig begrüßen. Ist sie doch ein Beweis des wachsenden Einflusses und der Stärke der Gewerkschaftsorganisationen sowie des Kulturfortschrittes gegenüber den früheren brutalen Kämpfen, die oft Tausende von Existenzen schwer schädigten und selbst Erfolge durch die gebrachten Opfer paralyisierten. Zudem wurde bei dem unterlegenen Teil so viel Missmut und Bitterkeit wachgerufen, dass ein sicherer Friedenszustand nicht aufkommen konnte sondern nur die geeignete Zeit abgewartet wurde, um die verlorene Position zurückzuerobern.

Nachdem uns auf dem Gebiet der Tarifverträge nunmehr die Erfahrungen verschiedener Jahre vorliegen, dürfte es zweckdienlich sein kurz zu erörtern, welche Nutzenwendungen aus dieser Entwicklung seitens der Arbeiter gezogen wurden, und ob der Wert der Verträge die richtige Würdigung gefunden. Nach meinen Beobachtungen sind die Angehörigen der Berufe, in denen tarifliche Vereinbarungen bestehen, in dieser Frage in zwei Kategorien zu trennen. Die erste, enthaltend die überwiegende Mehrzahl, nimmt den jetzigen Zustand als gegebenen und selbstverständlichen hin, ohne tiefer darüber nachzudenken oder Vergleiche mit den früheren Verhältnissen anzustellen. Es liegt in der Natur des Menschen das Verhältnis, unter dem er arbeitet, mehr auf seine eventuellen Missstände zu prüfen als etwaige Vorteile, die durch den Vertrag

erzielt wurden, zu würdigen. Hinzu kommt, dass jedem Berufe respektive jeder Organisation fortgesetzt neue Kräfte und Mitglieder zugeführt werden, die sich nicht auf grund gesammelter Erfahrungen ein Urteil über die früheren und gegenwärtigen beruflichen Verhältnisse bilden können, vielmehr sich ein solches je nach der ihnen zu teil gewordenen Belehrung oder ihrer Auffassung bilden müssen. Gerade dieser Umstand erschwert so sehr eine praktische Gewerkschaftspolitik, da den jüngeren Generationen nicht die praktischen Erfahrungen zur Seite stehen, die Vergleiche ermöglichen. Das schliesst freilich nicht aus, dass auch ältere und auf Erfahrungen zurückblickende Gewerkschafter den Tarifverträgen keine Sympathieen entgegenbringen; und das ist die zweite Kategorie, der eben der Klassenkampfstandpunkt Lebensbedürfnis ist. Mit einer Findigkeit, die einem Detektiv Ehre machen würde, durchforschen sie den Tarifvertrag auf seinen *Klassenverrat*; in ihren Augen ist der Kampf in Permanenz der Idealzustand. Diesen Standpunkt geben sie auch nicht auf, wenn sie selbst überzeugt sind, dass durch einen schwer schädigenden Streik nicht einmal das erreicht werden würde, was friedliche Verständigung erzielte. Der Klassenkampfstandpunkt ist hier eben Prinzip.

Einer solchen Auffassung kann man noch Verständnis entgegenbringen, wenn das Unternehmertum jeder Vertragsverhandlung ablehnend gegenübersteht und dadurch dokumentiert, dass es die Arbeiter nicht für gleichwertig erachtet und ihnen ein Mitbestimmungsrecht nicht zubilligt. Da ist es begreiflich, dass das Klassengefühl erwacht und sich gegen diese Minderbewertung empört. Bedenklich erscheint jedoch das fortgesetzte Hervorheben des Klassenkampfstandpunktes in Berufen respektive Organisationen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch beiderseitige Verständigung ihre Regelung finden. Es ist unlogisch einerseits den Weg des Tarifvertrages zu beschreiten und andererseits fortgesetzt das Kampffross zu reiten. Soll der Tarifgedanke sich weiter entwickeln, und sollen die Verträge eine fortgesetzte Vervollkommnung erfahren, so ist es notwendig, dass das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist zu der ehrlichen Absicht die gewerblichen Differenzen möglichst in beiderseitigem Einverständnis zu schlichten. Die stereotype Hervorhebung des Klassenkampfes muss direkt schädigend wirken, da sie bei den Unternehmern die Auffassung befestigen muss, dass der gewerbliche Friede jeden Augenblick erschüttert werden kann. Eine solche Situation ist aber nicht der Boden, auf dem noch so berechnete Forderungen der Arbeiter ihre Befriedigung finden.

Ich bin keinen Augenblick darüber im Zweifel, dass die Betonung des gewerblichen Friedens von den Vertretern der Klassenkampffidee als Beweis dafür erachtet wird, wie der Tarifvertragsgedanke zur *Harmonieseligkeit* führt. Eine Schlussfolgerung, der ich entschieden widersprechen muss. Auch die Tarifverträge schaffen die Interessengegensätze nicht aus der Welt, und wer das zweifelhafte Vergnügen gehabt hat bei Tarifverhandlungen die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wird nicht den Eindruck gewonnen haben eine interessante Unterhaltung zu pflegen, sondern es wird auch ihm der scharfe Interessenkampf zum Bewusstsein gekommen sein, nur dass dieser Kampf in anderer Form zum Austrag gelangt als durch Arbeitsniederlegung der Massen. Ausschlaggebend für den Erfolg der Verhandlungen wird namentlich sein, was

für eine Armee hinter den Vertretern steht. Die Interessengegensätze stossen bei den Verhandlungen hart auf einander, und nicht leicht ist es in allen Fragen die Mitte zu finden, wo beide Teile zu ihrem Rechte kommen.

Tarifverträge abschliessen heisst praktische Gegenwartsarbeit verrichten; mit Schlagworten lässt sich da nichts anfangen. Beide Teile haben ein Interesse an der Festlegung einer bestimmten Friedensdauer, und die Unternehmer sind leichter geneigt materielle Zugeständnisse zu machen, wenn ihnen dafür eine gewisse Stabilität für ihre geschäftlichen Dispositionen geboten wird. Diese Vereinbaren und Verständigen schliesst es aber aus, dass hier mit dem Klassenkampf operiert werden kann. Die Tarifgemeinschaften respektive -verträge sind ein Erfolg des wirtschaftlichen Kampfes, und naturgemäss nehmen die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern nach Erreichung dieses Zieles andere Formen an als sie in permanenter Kampfzeit üblich waren. Die Arbeiter haben kein Interesse an der Zuspitzung der Gegensätze, ihnen liegt lediglich etwas an der Erreichung der gestellten Forderungen. Die Klassenkampftheorie am unrechten Ort angewandt kann nur Verwirrung stiften.

Fragt man nun, weshalb verschiedentlich die Betonung des Klassenkampfes für unvermeidlich erachtet wird, so bleibt nur die Erklärung übrig, dass man glaubt damit besser wirken zu können; ob aber der Sache damit genützt wird, ist zu bezweifeln. Gewiss ist es für den Versammlungsredner ein dankbareres Thema den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu betonen und die Hörer mit einigen Schlagworten zu enthusiastisieren als in nüchterner Abwägung der tatsächlichen Verhältnisse friedliche Abmachungen zu vertreten. Ja, es muss gesagt werden, dass wirtschaftliche Niederlagen, wenn sie mit dem erforderlichen Brimborium verzuckert werden, von vielen höher bewertet werden als ein durch kampflose Verständigung erzielter Erfolg.

Nun könnte man es ja jedem überlassen seine Ansichten über Klassenkampf zu haben, wie es ihm beliebt, wenn sie lediglich als theoretische Erörterungen zu bewerten wären. Leider ist die Wirkung der *unentwegten* Vertretung dieses Standpunktes jedoch für die Gewerkschaften und für die Existenz der Arbeiter von so einschneidender Bedeutung, dass es das Allgemeininteresse erfordert diesem schädigenden *Radikalismus* entgegenzutreten. Es sei nur an die Vorkommnisse im vorigen Jahre im Baugewerbe erinnert, wo die Organisationsleitung dringend von einem Kampfe abriet und zur Verständigung mahnte; den kampfesmutigen Reden gegenüber blieb jedoch der auf genauer Kenntnis der Verhältnisse beruhende Rat der Leitung wirkungslos: gegen ihren Willen wurde in Berlin der Kampf aufgenommen, und er endete mit einer Niederlage. Jedenfalls ist es bedauerlich, dass die Neigung sich an *radikalen* Reden zu berauschen erst durch schwere Schädigungen von Existenzen eingedämmt werden muss, und dass der Wert kampfloser Errungenschaften so geringe Würdigung findet.

Die Ursache dafür dürfte auch zum Teil darin zu suchen sein, dass man dem Wesen der Tarifverträge gerade in den Kreisen der Arbeiter noch nicht mit vollem Verständnis begegnet. Inwieweit die Art der Agitation daran schuld ist, mag hier unerörtert bleiben; bestritten kann aber nicht werden, dass die ausschliessliche Betonung der Klassengegensätze nicht dazu beitragen

kann Propaganda für Tarifverträge und deren Ausbau zu machen. Da indes die Schaffung von Tarifverträgen für die Arbeiterschaft als empfehlenswert bezeichnet ist, wird man sich wohl oder übel dazu aufschwingen müssen diesen Weg konsequent zu gehen sowie sich darüber klar werden müssen, dass auch in dieser Form die Interessen der Arbeiterklasse gefördert werden, und der sich ein weit höheres Verdienst um das Wohl der Klassengenossen erwirbt, der ohne grosse Schlagworte durch praktisches und taktisches Handeln ihre Lebenslage hebt als derjenige, der den Klassenkampf fortgesetzt im Munde führt und dadurch nur ein einheitliches Wirken der Gewerkschaften erschwert. Hierbei sei noch ein Argument erwähnt, das seinerzeit von den Gegnern der Tarifverträge gegen sie ins Feld geführt wurde, dass nämlich durch solche langfristigen Verträge die Arbeiter eingeschläfert und unfähig würden für ihre Interessen einzutreten. Die Erfahrung hat gerade das Gegenteil gelehrt. Da bei Geltendmachung der Forderungen, die aus dem Verträge entspringen, nicht wie früher die Existenz aufs Spiel gesetzt zu werden braucht, sondern die vertraglichen Vermittlungsinstanzen hier eingreifen, wird selbst von sonst ängstlichen Gemütern auf strikte Innehaltung des Tarifvertrages gedrungen. Es trifft auch nicht zu, dass die Tarifgemeinschaft jeden Kampfesmut ersticke. Als Beweis diene die Tatsache, dass die Errungenschaft der letzten Tarifrevision im Buchdruckgewerbe, die der Gehilfenschaft 10 % Lohnerhöhung und verschiedene andere Zugeständnisse — und das bei niedergehender Konjunktur — brachte, von einer erheblichen Minorität abgelehnt wurde. Das spricht gerade nicht für die Erziehung zu allzu grosser Bescheidenheit durch Tarifverträge und beweist ferner, dass es des fortgesetzten Betonens des Klassenkampfes nicht bedarf. Die wirtschaftliche Entwicklung sowie der Kurs unserer inneren Politik sorgen schon dafür, dass der Arbeiter gedrängt wird fortgesetzt nach Verbesserung seines Lohnes zu streben. Die Tarifverträge sind kein Hindernis für dieses Streben, sondern sie setzen — praktisch ausgebaut — das Unternehmertum infolge ihrer gleiche Konkurrenzverhältnisse schaffenden Wirkung in den Stand die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

XX

THEODOR LEIPART · DER BOYKOTT ALS GEWERKSCHAFTLICHES KAMPFMITTEL



M Jahre 1880 fasste die Landliga in Irland, die die Abschaffung des Grundherrentums und die Rückgabe des irischen Landes an das irische Volk erstrebte, den Beschluss den Gutsverwalter James Boycott in Verruf zu erklären, weil er sich weigerte der Landliga beizutreten und deren Bestrebungen zu unterstützen. Er wurde von allem Verkehr ausgeschlossen, niemand durfte Geschäfte mit ihm machen, niemand bei ihm dienen oder für ihn arbeiten. Das gleiche Verfahren wurde später von der Landliga gegen alle angewandt, die sich ihren Bestrebungen widersetzen, und es erhielt nach dem erwähnten ersten Beispiel die Bezeichnung *boycotting*.

So ist der Ausdruck *boycottieren* entstanden für eine neue Form der alten Achterklärung, die auf den Getroffenen als Pressionsmittel wirken soll, um ihn entweder zu einer Handlung oder zu einer Unterlassung zwangsweise zu

nötigen. In diesem Sinne hat auch die moderne Arbeiterbewegung den Boykott in die Reihe ihrer Kampfmittel aufgenommen und ihn seit Jahrzehnten in mancherlei Formen angewendet, am erfolgreichsten und häufigsten wohl mit der Lokalsperre gegenüber solchen Lokalinhabern, die ihre Säle nicht gutwillig zu Arbeiterversammlungen zur Verfügung stellen wollten. Als Mittel zur Unterstützung respektive Durchführung von gewerkschaftlichen Forderungen kam der Boykott hauptsächlich in den Lebensmittelbranchen in betracht, gegen die Brauereien bei Brauereiarbeiterstreiks, gegen die Bäckermeister bei Streiks der Bäckergesellen. Auch die Schuhindustrie hat ihre Boykotts gehabt, ich erinnere an den jahrelangen, in ganz Deutschland durchgeführten Boykott gegen die bekannte Firma Conrad Tack. Ein Boykott war auch das Vorgehen der Hutmacher mit ihrer Kontrollmarke nach dem Muster der amerikanischen *Union Labels*; durch die vom Hutmacherverband ausgegebene Parole *Kauft nur Hüte mit der Kontrollmarke!* waren alle diejenigen Hutfabriken boykottiert, die die Forderungen der Hutmacher nicht anerkannten und deswegen die Kontrollmarken nicht erhielten. Ferner haben die Friseurgehilfen und die Kellner sich des Boykotts bedient, nicht nur um ihre gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen sondern auch zu dem Zwecke die unorganisierten Gehilfen zum Anschluss an die Verbände zu nötigen; die organisierten Arbeiter anderer Berufe sollten sich nur durch organisierte, mit Kontrollkarte versehene Friseurgehilfen und Kellner bedienen lassen.

Der Gewerkschaftskongress in Köln /1905/ hat einen vom Vorstand des Friseurgehilfenverbandes eingebrachten Antrag angenommen, worin die Notwendigkeit ausgesprochen wurde, »dass die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benutzen und nötigenfalls ihren Einfluss geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen das Koalitionsrecht anzuerkennen«. Soweit das Verlangen des Friseurgehilfenverbandes dahin geht, dass die organisierte Arbeiterschaft nach Möglichkeit zur Aufklärung der indifferenten Friseurgehilfen beitragen möge, kann man natürlich durchaus damit einverstanden sein. Nicht aber damit, dass durch den Boykott der Geschäftsinhaber deren Gehilfen gezwungen werden sollen der Organisation beizutreten. Das scheint aber wenigstens teilweise noch heute die Forderung des Friseurgehilfenverbandes zu sein, noch in dem Bericht des deutschen Delegierten in der im vorigen Jahre in Stuttgart abgehaltenen internationalen Konferenz der Friseurgehilfen findet sich der Satz: »Wir forderten daher von der Arbeiterschaft, sie möge sich nur von organisierten Gehilfen bedienen lassen.« Und der Boykott wird in diesem Bericht als die Hauptwaffe bei den Lohnkämpfen bezeichnet.

Zu der Kontrollmarke als gewerkschaftliches Kampfmittel hat schon der Gewerkschaftskongress in Halberstadt /1892/ Stellung genommen durch Annahme einer von den Delegierten der Tabakarbeiter eingereichten Resolution, worin verlangt wird »die Schutzmarke überall da, wo sie sich mit Erfolg einführen lässt, als berechtigtes Kampfmittel auf wirtschaftlichem Gebiet anzuerkennen«, und die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wird verpflichtet »diesem System die vollste Unterstützung angedeihen zu lassen«. Die Einleitung dieser Resolution stellt zugleich ihre Motivierung vor und sagt, »dass

bei der gegenwärtigen zügellosen Produktion die industrielle Reservearmee beständig wächst und daher der Streik als Mittel zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen immer mehr an Wert verliert. Deshalb wollte man nunmehr an Stelle des Streiks die Schutzmarke zur Anwendung bringen.

Wie unberechtigt die pessimistische Beurteilung des Streiks als Kampfmittel durch den Halberstädter Gewerkschaftskongress war, darüber braucht heute nichts mehr gesagt zu werden. Der bevorstehende Gewerkschaftskongress in Hamburg, auf dessen Tagesordnung bekanntlich der Boykott verzeichnet steht, wird sicherlich ein anderes Urteil fällen als sein Vorgänger vor 16 Jahren. Erwähnt möge hier werden, dass eine am 1. März in Bern abgehaltene Vorstandskonferenz der schweizerischen Gewerkschaften zu dem *Label* als Kampfmittel der Gewerkschaften Stellung genommen und in der Beschlussfassung anerkannt hat, »dass die Gewerkschaftsmarke sowie die Kontrollkarte unter gewissen Vorbedingungen ein Mittel sein kann die gewerkschaftliche Organisation zu fördern und zu vervollständigen«. Das Bundeskomitee wurde verpflichtet die Gewerkschaftsmarken oder Kontrollkarten von Verbänden zur Kenntnis aller Mitglieder des *Gewerkschaftsbundes* zu bringen und deren Anerkennung zu veranlassen. Davon das *Label* als Kampfmittel zu gebrauchen ist in diesem Beschluss also nicht eigentlich die Rede, dagegen erkennt er es, darin im Sinne des Verlangens der deutschen Friseurgehilfen, als ein Agitationsmittel zur Stärkung der Organisation an. Die Konsequenz dessen ist nach meiner Meinung, dass mit dem gleichen Recht wie den Frisuren, Hutmachern, Schneidern usw. der Gebrauch der Kontrollmarke zugesprochen wurde auf der anderen Seite die Bäcker, Brauer usw. zu dem gleichen Zweck auch die Anwendung des Boykotts verlangen können. Der Unterschied ist wenigstens nicht sehr gross, da der Gebrauch der Kontrollmarke unter allen Umständen auch einen Boykott darstellt. Einen Boykott gegen eine Brauerei zu dem Zweck die darin beschäftigten Brauereiarbeiter zum Eintritt in den Verband zu zwingen wird aber der Hamburger Gewerkschaftskongress hoffentlich nicht als ein anwendbares Agitationsmittel anerkennen. Hier ist vielmehr nach meiner Meinung auch heute noch als richtig anzuerkennen, was der sozialdemokratische Parteitag zu Berlin /1892/ über den Punkt beschlossen hat, nämlich, »unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke die politische Gesinnung oder persönliche Überzeugung zu strafen, oder die äussere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Betätigung zu erzwingen«. In direkter Verbindung mit der Frage des Boykotts hat dieser Parteitag bekanntlich auch zur Kontrollmarke Stellung genommen und ausgesprochen, dass die Parteigenossen sich in allen den Fällen gegen die Kontrollmarke zu erklären haben, wo ihrer Einführung der Gedanke zu grunde liege mittels ihrer den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dazu dienen solle jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten. »Diese Verwandlung der Kontrollmarke«, so heisst es in der Resolution, »zu einer Art Prämie führt nur zur politischen Heuchelei um augenblicklicher Vorteile willen, zur moralischen und materiellen Vergewaltigung einzelner und schliesslich zur völligen Demoralisation und Auflösung der gesamten Organisation.«

Heute, wo die Hamburger Verhandlungen über den Boykott bevorstehen, ist es für jeden Gewerkschafter äusserst lohnend das Referat Auers und auch die Diskussion in dem Protokoll des Berliner Parteitags nachzulesen. Ganz richtig nach meiner Meinung hat Auer damals darauf angespielt, dass der Boykott als ernstgemeintes Kampfmittel eine gewisse Ähnlichkeit hat mit dem Generalstreik. Die berechtigten Einwendungen und Bedenken gegen ihre Anwendung sind in beiden Fällen ziemlich die gleichen. Dass der Boykott in der Regel ins Wasser fällt, weil er sich nicht auf die grosse Masse stützen kann, hat uns leider gar zu häufig die bittere Erfahrung schon gelehrt. Dass es sich hierbei aber keineswegs nur um einen Mangel bei den Arbeitern, um deren guten Willen handelt, hat von Elm vor drei Jahren nach Beendigung des Hamburger Bierboykotts in einem vorzüglichen Artikel in den *Sozialistischen Monatsheften* in zahlenmässiger Berechnung nachgewiesen. Nach der Nachweisung von Elms sind nur 40 % der Erwerbstätigen in Hamburg ihrer Klassenzugehörigkeit zufolge bei einem Bierboykott überhaupt interessiert. Hierzu kommt dann obendrein noch, dass nur die Hälfte davon, nämlich nur die organisierten Arbeiter, wirklich zuverlässig ist, so dass von Elm zu dem Schluss kommt: »Gestützt auf unsere eigene Kraft könnten wir mithin den Bierkonsum durch einen Boykott nur um 20 % schwächen.«¹⁾ Eine solche Verminderung des Absatzes mache sich für die Brauereien zweifellos auch schon unangenehm fühlbar, aber genüge nicht die Unternehmer zur Kapitulation zu zwingen. Wenn die Dinge aber in Hamburg schon so liegen, der anerkannten Hochburg der Arbeiterbewegung, um wieviel geringer sind dann die Aussichten auf eine erfolgreiche Anwendung des Boykotts in anderen, zurückgebliebenen Bezirken! Das betonte auch Auer in seinem erwähnten Referat, indem er ausführte: »Der Boykott setzt voraus, dass möglichst breite Schichten der Bevölkerung seine Notwendigkeit und Ersprisslichkeit einsehen. Er verlangt, dass nicht bloss die organisierte Arbeiterschaft sondern die gesamte Arbeiterschaft daran teilnimmt.« Man wird nicht sagen können, dass seitdem immer nach dieser Erkenntnis gehandelt worden wäre; manche Niederlage wäre uns sonst sicherlich erspart geblieben.

Mit energischem Nachdruck hat Auer damals auch den Streik gegen den Vorwurf in Schutz genommen, dass er als Mittel zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen immer mehr an Wert verliere. Damals wird mancher Auer diese Kritik des Halberstädter Gewerkschaftskongresses übel genommen haben, und doch hatte Auer durchaus recht, wenn er den Boykott mittel- Kontrollmarke als Ersatzmittel für den Streik ablehnte. Ihm trat insbesondere Augustin-Berlin entgegen, der die Kontrollmarke als ein ganz ausserordentliches Kampfmittel pries. Mit ihr bekomme der Arbeiter »die Macht in die Hände«, gewinne er »ein Machtmittel, welches er noch nicht besessen hat«. In gewissen Gewerben sei die Kontrollmarke »wirklich dazu angetan den Streik aus der Welt zu schaffen«. Aus welchen Stimmungen heraus sich solche Anschauungen Raum verschaffen konnten, geht aus einer Bemerkung des Genossen Schmalfeldt-Bremerhaven hervor, der da ausführte: »Tatsache ist, dass die Gewerkschaftsbewegung im rapiden Rückgang

¹⁾ Vergl. Adolph von Elm *Der Boykott als Waffe im wirtschaftlichen Kampf* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 1. Band, pag. 41.

begriffen ist, und bei dem zunehmenden Pauperismus ist es sehr zweifelhaft, ob sie sich je wieder erheben wird. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich deshalb nach anderen Mitteln umgesehen.« Dabei hatte schon zwei Jahre vorher auf dem Parteitag in Halle /1890/ Karl Kloss in seinem Referat über Streiks und Boykotts die wahren Ursachen für die häufigen Niederlagen der Gewerkschaften bei den Streiks der damaligen Zeit sehr klar aufgedeckt. Er führte aus, die vielen Streiks, von gar nicht oder erst kurze Zeit organisierten Arbeitern inszeniert, seien »gewissermassen einem Erwachen aus dem Schlafe zu vergleichen, wo der Erwachende sich im Augenblick nicht klar in die wirklichen Verhältnisse hineinversetzen kann«. Wer in damaliger Zeit in der Gewerkschaftsbewegung mit tätig war, wird gut genug wissen, wie sehr Kloss mit diesem Vergleich das Richtige getroffen hat. Zum grossen Glück steht der Hamburger Gewerkschaftskongress heute vor anderen, besseren Verhältnissen, und wenn wir Schmalfeldt an seine vor 16 Jahren ausgesprochene trübe Prophezeiung erinnern, wird er heute sich selbst eines Lächelns nicht erwehren können.

Nicht uninteressant ist übrigens, dass der Parteitag in Halle Streik und Boykott durchaus gemeinsam behandelt und beide gewissermassen auf die gleiche Stufe gestellt hat. Kloss legte als erfahrener Gewerkschafter allerdings in seinem Referat das Hauptgewicht auf die gewerkschaftliche O r g a n i s a t i o n und erwarb sich namentlich dadurch ein Verdienst, dass er sehr energisch für die damals noch recht angefeindeten Zentralorganisationen eine Lanze brach. In der vom Parteitag angenommenen Resolution aber wird neben dem Streik auch der Boykott als »eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse« anerkannt. Im zweiten Absatz wird dann zwar wieder eine erhebliche Einschränkung vorgenommen, und Streiks und Boykotts werden als zweischneidige Waffen bezeichnet, die »am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können«. In seinem Schlusswort führte Grillenberger diese Bedenken speziell gegen die Anwendung des Boykotts ins Feld, den er als Kampfmittel für die Gewerkschaften im Grunde genommen überhaupt nicht guthiessen wollte. »Den Boykott aber in allen den Fällen, wo es sich um eine kleine Differenz zwischen Unternehmern und Arbeitern handelt, gleichsam als ständige Institution ins ganze gesellschaftliche Leben zu übertragen wäre das gefährlichste, was seitens der Arbeiterbevölkerung überhaupt geschehen könnte«, so äusserte sich Grillenberger, und man wird ihm im grossen und ganzen noch heute darin beistimmen müssen.

Ich habe die Überzeugung, dass der für den Hamburger Gewerkschaftskongress aufgestellte Referent, der Vorsitzende des Bäckerverbandes Allmann-Hamburg, die grossen Schwierigkeiten eines wirklich ernsthaften Boykotts nicht ausser acht lassen wird. Leicht wird aber gerade ihm diese Aufgabe nicht fallen; denn der Bäckerverband ist bekanntlich in dieser Frage auch Partei, er hat schon in manchen Städten und erst im letzten Jahre in Berlin einen grösseren Boykott geführt. In seinem letzten Jahrbuch habe ich eine Schilderung des Berliner Bäckerstreiks und -boykotts gelesen, die mir, was die tatsächliche Wirkung des letztern anlangt, teilweise doch etwas überschwänglich erschienen ist. Jedenfalls wäre es sehr verkehrt neben den vereinzelt erfolg-

reichen Boykotts die grosse Zahl der erlittenen Niederlagen und Enttäuschungen etwa zu vergessen. Als gewerkschaftliches Kampfmittel kann nach meiner Ansicht der Boykott nur in ganz seltenen Ausnahmefällen in betracht kommen. Um aber aussichtslose Boykotts und damit Schädigungen unserer ganzen Bewegung zu verhüten, muss der Gewerkschaftskongress die Bedingung aufstellen, dass die beteiligte Gewerkschaft für sich allein nicht das Recht hat die Verhängung eines Boykotts zu beschliessen. Mit der eingetretenen Erstarkung aller Gewerkschaften ist bei einmütigem Vorgehen die Möglichkeit eines erfolgreichen Boykotts grösser geworden als ehemals, aber wir wollen nicht vergessen, dass auch das Risiko und die Verantwortung um ebenso viel gestiegen sind und in Zukunft noch grössere Vorsicht erheischen als in der Vergangenheit schon geboten war.

XX

JOHANNES TIMM · ZUR VEREINHEITLICHUNG DER ARBEITERVERSICHERUNG



ACH Mitteilungen in der Presse soll im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf zur Reform der Arbeiterversicherung fertiggestellt sein. Der Entwurf nebst Begründungen soll sich zurzeit bei den Bundesregierungen zur Begutachtung befinden. Bei dem grossen Interesse, das die beteiligten Kreise der Versicherten an der beabsichtigten Reform der Arbeiterversicherung haben, wäre es zweifellos richtiger gewesen die Grundzüge für die Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze zugleich der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die Versicherten haben ein Recht zu verlangen, dass sie laufend über die Pläne der Reform unterrichtet werden, damit sie als Beteiligte ihren Einfluss auf die weitere Gestaltung der Dinge ausüben können. Da also im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit nur die Bundesregierungen ihre Meinung zu äussern haben, und da auch nicht bekannt ist, von welchen Grundzügen aus die Regierung eine Reform der Arbeiterversicherung vornehmen will, so wird es nicht unangebracht sein, wenn an dieser Stelle kurz die Hauptgesichtspunkte hervorgehoben werden, von denen eine fortschrittliche Reform der Arbeiterversicherung ausgehen muss.

Eine gründliche Reorganisation in der Verwaltung und ihre einheitliche Gestaltung für Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung ist der wichtigste Schritt. In seiner bedeutsamen Reichstagsrede vom 2. März 1905 hat Graf Posadowsky mit vollem Recht die besondere Organisation in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung scharf verurteilt. Unfall, Krankheit und Invalidität sind drei physiologische Zustände, die mit einander in ihren Ursachen und Wirkungen eng zusammenhängen. Als vollständig richtig muss der Posadowskysche Gedanke auch heute noch anerkannt werden, dass die drei grossen Versicherungszweige in einen einheitlichen, klaren und schnell arbeitenden neuen Organismus eingefügt werden.

Nur sozialpolitische Erwägungen dürfen bei der Reform der Arbeiterversicherung ausschlaggebend sein. Jede andere Nebenabsicht muss von Anfang an auf das schärfste bekämpft und zurückgewiesen werden. Will die Regierung bei der Neugestaltung der Arbeiterversicherung damit die Frage der Unterbringung von Militäranwärtern verbinden oder gar in den Vorder-

grund rücken, so wäre nichts verfehlter als das. Denn eine moderne Reform muss davon ausgehen den Versicherten selbst den weitestgehenden Einfluss auf die Verwaltung einzuräumen. Das Vordrängen ungeeigneter bürokratischer Elemente in die Verwaltung kann nur geeignet sein tiefes Misstrauen hervorzurufen, das eine glatte Erledigung der Geschäfte sehr hindern muss. Die Arbeiterversicherung muss, um wirksam zu sein, in ihren sämtlichen Zweigen volkstümlich gestaltet werden, damit sie das Vertrauen der Versicherten erringt. Die grossen sozialpolitischen und sozialhygienischen Aufgaben der Arbeiterversicherung können nur durch die weitestgehende Anteilnahme der Beteiligten an der Verwaltung, durch eine auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation gelöst werden.

Dazu gehört die Einbeziehung aller bestehenden und noch zu schaffenden Zweige der Arbeiterversicherung in einen einheitlichen Verwaltungskörper. Unter den zahlreichen Vorschlägen zu einem Um- und Ausbau der Arbeiterversicherung tritt immer deutlicher der hervor zunächst die Invaliden- und Krankenversicherung zu einem Verwaltungskörper zu vereinigen, dagegen aber die Unfallversicherung in ihrer bestehenden Organisation unangetastet zu lassen. Als Grund hierfür werden die besonderen Schwierigkeiten angeführt, die sich bei einer Angliederung der Unfallversicherung ergeben müssen. Aber die gleichen Reformer suchen mit teilweise recht erkünstelten Gründen nachzuweisen, dass eine Zusammenlegung der Invaliden- und Krankenversicherung sich schmerzlos vollziehen lässt. Dabei geht wie ein roter Faden der Gedanke durch ihre Vorschläge das keineswegs übermässig entwickelte Selbstverwaltungsrecht der Krankenversicherung bedeutend zu beschneiden. Auf das fadenscheinige Tatsachenmaterial, das mit mehr Eifer als Geschick herbeigeschleppt wird, um die Gründe mühsam zu stützen, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Wir wollen uns vielmehr darauf beschränken in einem kurzen Überblick die Gesichtspunkte zu zeigen, die für eine organische Verschmelzung aller Zweige der Arbeiterversicherung sprechen.

Der grösste Mangel der Organisation der Unfallversicherung ist die Gliederung in Berufsgenossenschaften, die sich ausschliesslich in den Händen der von Arbeitgebern gewählten Organe befinden, soweit die gewerblichen Berufsgenossenschaften in Frage kommen. Die Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die meistens den Staatsbehörden übertragen ist, kann ebenfalls als keine praktische gelten. Den Arbeitern ist das Recht der Teilnahme an der Erlassung von Unfallverhütungsvorschriften und an der Rechtssprechung eingeräumt; dagegen scheidet sie bei der wichtigen erstmaligen Rentenfestsetzung aus. Die Ausschaltung der Arbeiter von der Verwaltung hat den grossen Nachteil, dass ein Vertrauen zu der Objektivität der einseitig geleiteten Berufsgenossenschaften nicht besteht und auch nicht vorhanden sein kann. Denn trotz aller Sicherungsbestimmungen, die das Gesetz für eine objektive Festsetzung der Renten vorgesehen hat, bleiben diese Vorschriften meistens nur auf dem Papier stehen. Die Leiter der Berufsgenossenschaften gehen meistens nur von dem einseitigen Bestreben aus die Genossenschaft möglichst zu entlasten. Die Rechte der Versicherten treten dabei in den Hintergrund. Wenn das Bestreben vorhanden wäre ein einwandfreies Material über die Missstände der einseitig geleiteten Unfallversicherungs-

organisation zu sammeln, würden die Berufsgenossenschaften ein solches in Hülle und Fülle bieten. Die Verschwendung in der Verwaltung, das Bestreben einzelner Personen, die ehrenamtlich tätig zu sein haben, sich grosse materielle Vorteile zu verschaffen und anderes mehr sind nirgends so krass ausgeprägt wie hier. Merkwürdigerweise nimmt man daran an den massgebenden Stellen aber weiter keinen Anstoss.

Das vollständig erschütterte Vertrauen der Versicherten zu einer objektiven Würdigung ihrer Rechte in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften hat in der Praxis dazu geführt die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung ausserordentlich zu belasten. Die Schiedsgerichte sind in der Mehrzahl der zu erledigenden Fälle erst die eigentlichen Rentenfestsetzungsinstanzen. Nicht durch eine Beschneidung des Rechtsweges sondern nur durch eine Umformung der Verwaltung können die Rechtsprechungsinstanzen im Unfallversicherungsverfahren mit Erfolg entlastet werden. Die Unfallverhütung, die Bestrebungen eines besseren Fortkommens der Unfallverletzten, die Ausgestaltung des Heilverfahrens erfordern ein gemeinschaftliches Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern in der Verwaltung. Und die Zusammenhänge zwischen Unfall und Krankheit machen es notwendig, dass die Unfallversicherung in die allgemeine Vereinigung der Arbeiterversicherung einbezogen wird. Jede Reform, die darauf abzielt die Unfallversicherung als getrennte Organisation für sich bestehen zu lassen, müsste als eine sozialpolitisch verfehlte bezeichnet werden.

Soweit die Verwaltungsorganisation in betracht kommt, ist sie bei der Invalidenversicherung zweifellos fortschrittlicher als bei der Unfallversicherung. Aber der bestehende Verwaltungsapparat muss als ein zu bürokratischer bezeichnet werden. Es ist durch nichts gerechtfertigt, dass den beamteten Vorstandsmitgliedern eine bevorrechtigte Stellung eingeräumt wird; auch hier muss verlangt werden, dass die Verwaltung eine möglichst volkstümliche Ausgestaltung findet. Der Einfluss der Versicherten und der Arbeitgeber muss gehoben werden. Damit wird das Interesse beider Teile an dem gemeinsamen Wohl mitzuwirken zweifellos gehoben.

Am besten hat sich die Verwaltungsorganisation in der Krankenversicherung bewährt. Darüber sind die Stimmen aller fortschrittlichen Kreise einig. Und doch geht eine einseitige, scharfmacherische und einflussreiche Strömung dahin das Verwaltungsrecht, wie es in der Krankenversicherung besteht, zu beseitigen. Auf dem diesjährigen Krankenkassenkongress wurde wiederholt von unparteiischer Arbeitgeberseite anerkannt, dass der ausschlaggebende Einfluss der Versicherten für die Leistungen der Krankenkassen von grösstem Nutzen gewesen ist. Die Arbeitnehmer seien in den Krankenkassen das anregende, vorwärtsdrängende, vorwärtsstürmende Element. Die Beamten der Krankenkassen hätten meist glänzend ihre Pflicht getan. Es wäre eine interessante Aufgabe eine Denkschrift auszuarbeiten, in der die riesigen Fortschritte der Krankenkassen über die gesetzliche Mindestleistung hinaus dargesteilt werden. Dann würden die Regierenden staunen über die Riesenleistungen der Selbstverwaltung.

Fassen wir zusammen, so sprechen alle sachlichen Gründe dafür, dass aus den drei grossen Versicherungsgesellschaften ein einheitliches Gebilde gefügt

werden müsse. Die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung wäre diesem grossen Versicherungskörper anzugliedern. Die Vereinheitlichung kann aber nur dann vorteilhaft sein, wenn eine Verwaltungsorganisation geschaffen wird, die den beteiligten Versicherten und Arbeitgebern die ausgedehnteste Selbstverwaltung sichert. Das Bestreben die Versicherten zu majorisieren muss aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. Denn der stärkste Einfluss der Versicherten selbst ist unbedingt erforderlich zur Vertiefung und Förderung der grossen Aufgaben der Arbeiterversicherung. Diese Grundsätze müssen jeder wirksamen Reform der Arbeiterversicherung vorangestellt werden. Auch wer sich noch nicht dazu bekennt, wird sich überzeugen müssen, dass ohne sie jede Änderung unvollkommenes Flickwerk bleiben wird. Ist man sich indessen darüber klar geworden, dass alle Zweige der Arbeiterversicherung in die vorgeschlagene fortschrittliche Verwaltungsorganisation gebracht werden müssen, so erscheint es nicht mehr als eine allzu schwierige Arbeit mit der einheitlichen Verschmelzung die weiteren Aufgaben der Versicherung zu lösen.

Es ist hier aus Raumverhältnissen nicht der Platz näher auf die zahlreichen Einzelvorschläge zu diesem Thema einzugehen. Beachtenswerte Vorschläge für eine einheitliche Arbeiterversicherung hat der als Zentralarbeitersekretär zweifellos kompetente Robert Schmidt in den *Sozialistischen Monatsheften* gemacht.¹⁾ Arbeitersekretär G. Bauer hat zur Reform der Arbeiterversicherung den oben erwähnten Krankenkassenkongress ausführliche Leitsätze unterbreitet, die im einzelnen Vorschläge zur Abänderung enthalten.²⁾ Ferner hat Friedrich Kleeis den Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung vom Standpunkt der Versicherten in einer umfangreichen Broschüre behandelt.³⁾ Ausserdem sind in der Fachliteratur zahlreiche Arbeiten über Vorschläge zur Umgestaltung der Arbeiterversicherung erschienen. Das Problem ihrer künftigen Vereinheitlichung ist nach allen Richtungen beleuchtet. Die widerstreitenden Meinungen und Vorschläge hier näher zu behandeln erscheint vorläufig nicht am Platze, weil anzunehmen ist, dass das Reichsamt des Innern bald seine Grundsätze zu der beabsichtigten Reform der Öffentlichkeit unterbreiten wird.

Worauf es uns ankam, war an dieser Stelle nochmals scharf zu betonen, dass eine fortschrittliche Reform der Arbeiterversicherung einheitlich sein muss, und dass sie nur unter weitestgehender Mitwirkung der Versicherten an der Selbstverwaltung wirksam gestaltet werden kann.

XX

ROBERT SCHMIDT · JUGENDBILDUNG



N den Kreisen der Parteigenossen macht sich seit geraumer Zeit das Verlangen nach einer Vertiefung unserer theoretischen Erkenntnis mit regen Eifer bemerkbar. Für diese Zwecke sind, ganz abgesehen von unserer sehr umfangreichen Literatur, Einrichtungen dienstbar gemacht, deren Unterhaltung ganz erhebliche finanzielle Aufwendungen beansprucht. Bildungsvereine und Unterrichtskurse sind in

¹⁾ Vergl. Robert Schmidt *Eine einheitliche Arbeiterversicherung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Band, pag. 469 ff.

²⁾ Vergl. die Rubrik *Sozialpolitik* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 694 ff.

³⁾ Vergl. Friedrich Kleeis *Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung* /Berlin 1907/.

zahlreichen Orten ins Leben gerufen, um dem, der Neigung und Interesse zeigt über seine dürftige Volksschulbildung hinauszugelangen, die Gelegenheit zur Weiterbildung zu bieten. Der Mannheimer Parteitag /1906/ hat einen besonderen Ausschuss eingesetzt, dem eine systematische Förderung der Bildungsbestrebungen übertragen wurde; die Parteischule und die Unterrichtskurse der Gewerkschaften bemühen sich die Teilnehmer in die wichtigsten Gebiete der Wissenschaften einzuführen, die derjenige beherrschen sollte, der im öffentlichen Leben steht oder an verantwortungsvollem Posten die Verwaltung einer grossen Organisation übernimmt.

Es lag nahe, dass bei diesem Durst nach Aufklärung auch die Bildung der Jugend eine Rolle spielen musste. Dem jungen Menschen, dem die Schule so manche Lücke im Wissen, Vorurteile und Unklarheiten hinterliess, musste die Gelegenheit gegeben werden das von der Schule Versäumte mit Hilfe der Institutionen, die Partei und Gewerkschaften schaffen konnten, nachzuholen. Vor allem ihm auch für die Politik und Gewerkschaft Interesse einzufliessen, die ihm, sobald er der elterlichen Fürsorge entrückt ist, im Ringen um seine wirtschaftliche Selbständigkeit als Probleme entgetreten.

Die Jugendorganisation in Deutschland hat sich leider nicht in enger Verbindung mit der Partei oder Gewerkschaft entwickelt, sie ist vielmehr ihren eigenen Weg gegangen, ohne dass die andere Seite ernste Versuche unternommen hätte einen bestimmenden Einfluss auf die Organisation zu gewinnen. Diese Zurückhaltung ist bedauerlich, es wären die jungen Kräfte, die sich in den Jugendorganisationen regen, erfolgreicher den Aufgaben zuzuführen, die einer Jugendbildung harren. Die s ü d d e u t s c h e Organisation, die ihre Anregung aus den französischen, belgischen und holländischen Jugendbestrebungen erhielt, versuchte eine Zeitlang eine antimilitaristische Spielerei nachzuahmen, die ihre sehr bedenklichen Seiten hatte. Auch die internationale Konferenz, die im vorigen Jahre im Anschluss an den internationalen Kongress in Stuttgart tagte und mit grossen Programmklärungen und internationaler Organisation endete, zeigt einen Zug starken Selbstbewusstseins in politischen Fragen und ein Hinübergreifen in die Befugnisse der Parteitage, die in Deutschland berufen sind über diese Dinge zu entscheiden. Die internationale Verbindung zu pflegen wird Aufgabe der Partei und Gewerkschaft bleiben, das Hineindrängen anderer Korporationen erscheint zum mindesten überflüssig. Die n o r d d e u t s c h e Organisation hat sich von dieser Tendenz freigehalten, die Teilnahme an der internationalen Konferenz abgelehnt und sich der unpolitischen Aufklärung ihrer Mitglieder gewidmet.

Eine selbständige Jugendorganisation muss immer erhebliche Schwächen zeigen, denn die Jugendorganisation soll, wenn sie ihre Aufgabe richtig erfasst, eine Vorbereitungsschule für die Partei und die Gewerkschaft sein, in die später die jungen Leute eintreten sollen. Die Vereine der Jugendorganisation werden mithin einem fortwährenden Wechsel ihrer Mitglieder unterworfen sein, da jene für die jungen Leute nur eine Durchgangsstation bedeuten. Dazu gesellt sich der Mangel an praktischer Erfahrung, der es zu keiner stabilen Vereinsführung kommen lässt. Eine andere Schwäche der Organisation ist ihre ungünstige finanzielle Lage, da bei dem geringen Verdienst ihrer Mitglieder, der bei den Lehrlingen oft ganz fortfällt, die Mittel für die Organisation nur spärlich aufkommen und damit die Vereinstätigkeit sehr gehemmt

wird. Die weiteren Aufgaben der bestehenden Organisationen, wie Lehrlingsfürsorge, Errichtung eines Arbeitsnachweises, würden besser von den Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten übernommen werden können, sie müssen sogar von der Gewerkschaft als Eingriff in das Gebiet ihrer Tätigkeit betrachtet und zurückgewiesen werden. Den Jugendorganisationen haftet zu viel Vereinscharakter an, der sie auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu Betätigungen und Entscheidungen führt, die wir der Partei und Gewerkschaft vorbehalten müssen. Wollen wir die Erziehung der Jugend fördern, dann muss der Vereinscharakter zurücktreten, und die Bildungsbestrebungen müssen unter Führung geeigneter Personen aus der Partei und den Gewerkschaften in die richtigen Bahnen geleitet werden; nicht dass junge Leute in ihrem Eifer, der sehr lobenswert ist, selbst sich berufen fühlen als Lehrer aufzutreten, obwohl ihnen dazu die sichere Grundlage fehlt.

Die Frage der Jugendorganisation ist durch das Vereinsgesetz in ein neues Stadium getreten, die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist Personen unter 18 Jahren bei Strafe verboten. Die Folge ist, dass wir wohl oder übel die Politik aus der Jugendaufklärung ausmerzen müssen, denn wir werden die Verantwortung nicht übernehmen können, dass junge Leute wegen der Anteilnahme an politischen Vereinen oder Versammlungen bestraft werden; den Kampf auf politischem Gebiete hat die sozialdemokratische Partei zu führen; wir können unselbständige, im Lehrverhältnis stark abhängige junge Menschen nicht in eine Situation hineinzerrn, der sie nicht gewachsen sind, und die ihnen unter Umständen die ganze Berufskarriere zerstören kann. Die Aufgabe sich der Erziehung und Bildung der Jugend zu widmen tritt unter den gegebenen Verhältnissen mit grossem Nachdruck an uns heran, doch bietet ihre Lösung nicht unerhebliche Schwierigkeiten. In einigen Gewerkschaften ist man der Frage bereits nähergetreten; man hat Jugendabteilungen eingerichtet, besondere Veranstaltungen getroffen und den Beitrag für jugendliche Mitglieder möglichst niedrig gestellt. Auf die grosse Zahl der ungelerten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen kann die Gewerkschaftsorganisation nicht verzichten, da sie bei Lohnkämpfen ein bedeutender Faktor in der Bewegung sein können. Und da nach der Erklärung des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg die Gewerkschaften nicht als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sind, besteht kein Anlass jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften auszuschliessen. Weniger Wert werden die Gewerkschaften auf die Heranziehung der Lehrlinge legen, da diese für den Lohnkampf nicht in betracht kommen. Die enge Vertragsbindung und die Rechtsstellung der Lehrlinge nach der Gewerbeordnung verbietet ihre Teilnahme an der Lohnbewegung; eine solche wäre für die Lehrlinge ein Vertragsbruch, der zu sehr unangenehmen Konsequenzen führen muss. Es stände in solchem Fall dem Lehrherrn frei den Lehrling durch die Polizei zur Rückkehr zu zwingen oder den Vertrag zu lösen und vom Vater oder Vormund des Lehrlings die Vertragsbruchstrafe einzufordern. In solche Konflikte darf der Lehrling nicht hineingetrieben werden.

Für unsere Parteiorganisationen scheiden nach dem Vereinsgesetz Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aus, es kann also die Parteiorganisation innerhalb des Vereins jugendlichen Personen keine Anleitung bieten. Die Neuregelung

der Jugendbelehrung wird auf ganz anderer Grundlage erfolgen müssen als es bisher geschah. In einer Beratung des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der *Generalkommission der Gewerkschaften* hat man sich dahin verständigt, dass die Bildung von Kommissionen aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften, die eine planmässige Agitation übernehmen, an allen Orten angeregt werden soll. In diese Kommissionen sollen die Jugendlichen ihre Vertretung entsenden, die ganze Leitung und die Veranstaltungen aber wesentlich in den Händen Erwachsener liegen. Es wäre zum Beispiel so zu verfahren, dass im Winter regelmässig am Sonnabend oder Sonntag öffentliche Vorträge veranstaltet werden, die dem Ideenkreis der Jugend angepasst sind; die Vorträge können abwechselnd aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft gewählt werden, können eine Vorbereitung sein, um die jungen Menschen später leichter in die Politik einzuführen, wozu ja eigentlich eine gute Allgemeinbildung Voraussetzung ist. Neben diesen Versammlungen können dann für Personen über 18 Jahre Vortragszyklen arrangiert werden, die politische Themata behandeln. Man wird unter geeigneter Führung Museen besuchen, Unterhaltungsabende veranstalten, um sowohl den Sinn für das Ernste als auch für eine heitere, fröhliche Jugendlust wachzurufen. Im Sommer können auch gemeinsame Ausflüge unternommen werden, und Spiel und Sport mehr zur Geltung kommen.

Dies Programm durchzuführen wird keine leichte Aufgabe sein; es wird an Personen fehlen, die dafür die nötige Befähigung haben, sodann ist der Kostenpunkt nicht zu unterschätzen. Die Mittel können die Jugendlichen allein unmöglich aufbringen, vielmehr wird Partei und Gewerkschaft Gelder hergeben müssen. Aber wir haben schon grössere Schwierigkeiten überwunden, und machen wir zunächst einen Anfang, so wird sich die weitere Entwicklung von selbst ergeben. Die Herausgabe einer gut redigierten Zeitung ist nicht minder wichtig, denn die beiden bisher erscheinenden Blätter, die *Junge Garde* und die *Arbeitende Jugend*, können ihre Aufgabe nicht erfüllen, da es diesen Unternehmungen an genügenden Mitteln fehlt. Eine solche Zeitung mit einem grossen Mitarbeiterstab müsste mit feinem Takt redigiert, frei von aller schwerfälligen Spintisiererei, der Jugend ein freundlicher Wegweiser sein.

Die Aufgaben, die die Arbeiterorganisationen auf dem Gebiet der Jugendbildung übernehmen müssen, sind sehr dankenswerte, und der Gewinn kann nicht ausbleiben; Mühe und Arbeit wird belohnt werden, wenn wir in der jungen Generation unsere Ideen erstarken sehen, wenn wir uns die Scharen zuverlässiger, aufgeklärter Streiter erziehen werden, denen wir freudig und voll Zuversicht die Zukunft anvertrauen können.

XX

HERMANN MATTUTAT · DIE BERICHTERSTATTUNG DER ARBEITERSEKRETARIATE

NAHEZU 14 Jahre sind verflossen, seit in Nürnberg das erste Arbeitersekretariat errichtet wurde. Eine verhältnismässig kurze Zeit; aber welche Entwicklung haben wir seitdem auf dem Gebiet des sozialpolitischen Auskunftswesens erlebt! Nach dem letzten Verzeichnis des *Korrespondenzblatts* bestehen gegenwärtig in Deutschland 96 teils von den freien Gewerkschaften allein teils in Verbindung mit

den Organisationen der sozialdemokratischen Partei errichtete Arbeitersekretariate, ungezählt die von katholischer, evangelischer oder angeblich neutraler Seite gegründeten und unterhaltenen Rechtsauskunftsstellen.

Dass die Arbeitersekretariate eine für die arbeitende Bevölkerung ausserordentlich segensreich wirkende Einrichtung sind, wird von Freund und Gegner zugegeben, und die jährlichen Tätigkeitsberichte der Sekretariate bestätigen dies in eindrucksvollster Weise. Eine reiche Fülle von Erfahrungen, Anregungen und Material über die soziale Gesetzgebung, Rechtsprechung und die Lage der Arbeiter strömt uns aus diesen Berichten entgegen: ein Umstand, der ihnen die aufmerksamste Beachtung nicht nur in den Kreisen der Sozialpolitiker sondern ganz besonders auch der Arbeiter verschaffen sollte. Für die Arbeiter bilden die Berichte eine wahre Fundgrube an Belehrung, die ihnen in unzähligen Fällen von praktischem Nutzen sein kann. Wer die Auskunftstätigkeit der Sekretariate kennt, weiss, wie so oft Unkenntnis, Sorglosigkeit und Unüberlegtheit die Ursache schwerster Schädigungen ist. Die Jahresberichte führen solche Fälle an, decken Schwindelmanipulationen von Warenhäusern, Abzahlungsgeschäften, Versicherungsagenten und Schwindelkassen auf und weisen den Weg, den der Arbeiter zur Wahrung seiner Interessen zu gehen hat. Aber leider finden die Berichte nicht die ihnen unter solchen Umständen zweifellos gebührende Beachtung.

Dem war jedoch nicht immer so. Als es erst nur wenige Sekretariate gab, wurden die von ihnen herausgegebenen Berichte von der bürgerlichen wie von der Arbeiterpresse in eingehender Weise gewürdigt. Man brachte lange Auszüge aus dem gebotenen Material, und namentlich die Gewerkschaftspresse bemühte sich es ihren Lesern in weitestgehendem Umfange zugänglich zu machen. Mit dem Hinzukommen immer weiterer Sekretariate und der entsprechenden Vermehrung der Jahresberichte wuchs indes der gebotene Stoff derartig, dass seine gründliche Bearbeitung in der Presse fast unmöglich wurde. Einzelne Blätter versuchten es nun mit einer summarischen Behandlung der Sekretariatsberichte, gaben den Versuch aber bald auf, da auf diese Weise eine einigermaßen befriedigende Verwertung des vorhandenen Materials nicht erreicht werden konnte. Infolgedessen ist nichts weiter übrig geblieben, als dass sich noch die Lokalpresse jeweilig mit dem neuerschiedenen Bericht des am Orte bestehenden Sekretariats in einem oder zwei Artikeln beschäftigt und die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* über die Tätigkeit aller Arbeitersekretariate einen jährlichen summarischen Gesamtbericht veröffentlicht. Hin und wieder kommen dazu noch Arbeiten von Schriftstellern, die das Material einer kleineren oder grösseren Anzahl Berichte verwenden, sonst aber wird davon nur noch wenig Notiz genommen.

Ganz zweifellos sind die Jahresberichte der Arbeitersekretariate im Gehalt wie in der Form in den letzten Jahren wesentlich besser geworden. Die ursprünglich dünnen Heftchen der älteren Sekretariate haben sich zu stattlichen Bänden entwickelt, und die Berichte der jüngeren Sekretariate stehen ihnen in nichts nach. Unter den Sekretariaten hat sich ein förmlicher Wettstreit herausgebildet, wobei sich jedes bemüht sein Bestes zu geben. Dabei wird nicht selten ziemlich weit über das ursprüngliche Ziel hinausgegangen, und es bleibt längst nicht mehr bei dem blossen Geschäftsbericht, sondern man gibt in Verbindung damit gleich einen ganzen sozialgesetzlichen Rechtskommentar.

Ja, in einem Falle finden wir dem Bericht sogar einen Inseratenteil, Kalender, politischen Jahresrückblick, Notizen- und Anekdotenteil beigelegt: ein Verfahren, das freilich nicht als nachahmenswert bezeichnet werden kann. Trotz des reichen und wertvollen Inhalts aber, und obgleich für die Berichte nur ein lächerlich geringer Preis gefordert wird, der die Herstellungskosten bei weitem nicht deckt, ist ihre Verbreitung in den Arbeiterkreisen nur eine sehr geringe, die Auflagen bleiben ganz erheblich hinter der Mitgliederzahl der den Sekretariaten angeschlossenen Organisationen zurück. Und ob die abgesetzten Exemplare schliesslich wirklich gelesen werden, ist sehr fraglich, denn die Häufigkeit gewisser Fälle, die trotz der in jedem Jahresbericht wiederholten Warnungen keine Abnahme erkennen lassen, berechtigt in dieser Beziehung zu starken Zweifeln. Es ist eben nicht jedermanns Sache sich in die von den Sekretariatsberichten behandelte Materie zu vertiefen, und es fehlt nebenbei auch nur zu oft an der dazu erforderlichen Bekanntschaft mit den gesetzlichen Grundlagen. Demnach bleiben als Leser nur noch die sozialpolitisch Interessierten übrig. Aber auch hier zeigt sich den Berichten gegenüber eine ziemlich weitgehende Teilnahmslosigkeit, die leicht verständlich wird, wenn man bedenkt, dass die Sekretariatsberichte zum überwiegenden Teil immer wieder die selben Gegenstände behandeln und sich darin notwendigerweise zu sound-sovielen Malen wiederholen müssen.

Angesichts dieser Verhältnisse verlohnt es sich wohl die Frage aufzuwerfen, ob es sich empfiehlt die Berichterstattung der Sekretariate in der heutigen Form fortzusetzen. Gibt man zu, dass der beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird, so sollte man zu einer Änderung gelangen, schon aus finanziellen Gründen. Die gegenwärtige Art der Berichterstattung ist nämlich ziemlich kostspielig. Nehmen wir beispielsweise an, dass von den vorhandenen Sekretariaten nur 50 einen gedruckten Jahresbericht herausgeben und ihren Etat hierfür durchschnittlich mit 400 Mark pro Jahr belasten, so kommen wir auf eine Gesamtausgabe von 20 000 Mark; in Wirklichkeit dürfte sie aber wesentlich höher sein. Es kann nicht gleichgültig sein, ob dieser Betrag resultatlos verausgabt wird oder nicht.

Die Frage der Berichterstattung der Arbeitersekretariate ist aber nicht nur vom finanziellen sondern auch vom Standpunkt der geistigen und physischen Leistungsfähigkeit der Arbeitersekretäre zu betrachten. Die Jahresberichte erzählen zwar nichts davon, unter welchen Verhältnissen sie entstanden sind. Wer die Dinge näher kennt, weiss aber, dass die Herausgabe der Berichte in der Regel die Arbeitskraft der Sekretäre auf das höchste anspannt. Schon in normalen Zeiten haben sie alle Hände voll zu tun, um nur die laufenden Geschäfte zu erledigen. Das Studium der einschlägigen Fachliteratur, die Ausarbeitung von Referaten usw. muss fast stets nebenher in den Feierabend- und Mussestunden erfolgen, falls diese Zeit nicht mit gewerkschaftlicher oder politischer Tätigkeit ausgefüllt ist. Zu dieser Überlastung kommt nun noch am Jahresschluss die Herstellung des Jahresberichts, der selbst bei sorgfältigster Vorbereitung eine wochenlange Arbeit darstellt, weil sie eben nur nebenher verrichtet werden kann. Vergleicht man mit diesem Aufwand an Geld und Überarbeit den schliesslichen Erfolg, so kann man kaum zu einer anderen Auffassung kommen, als dass die heutige Berichterstattung der Arbeitersekretariate verfehlt und nicht zeitgemäss ist.

Selbstverständlich wird niemand auf die Berichterstattung selbst verzichten wollen; es kann sich daher nur um eine Änderung der Form handeln und eine solche erscheint angebracht. Für eine Änderung ergeben sich zwei Möglichkeiten und zwar entweder, dass man unter Beibehaltung der seitherigen Einzelberichterstattung alles Unnötige und Überflüssige ausscheidet oder aber die Einzelberichterstattung vollständig beseitigt und zu einem Kollektivbericht übergeht, der von der *Generalkommission* herauszugeben wäre. Dass sich sehr gut eine erhebliche Einschränkung der Berichterstattung erzielen lässt, ist beim Durchblättern der einzelnen Berichte leicht zu bemerken. Man kann sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, als ob häufig nicht so sehr innere Notwendigkeit zu der kompensiösen Ausgestaltung des Berichts Ursache und Anlass war als die Befürchtung mit einem nach aussen weniger stattlich wirkenden Band isoliert dazustehen und als minderleistungsfähig zu gelten, und doch wäre sehr oft auch hier weniger mehr. Im allgemeinen verlieren sich die Berichte viel zu sehr ins einzelne. In jedem Jahresbericht finden wir neben anderen fast die gleichen, oft wenig wichtigen Fälle wiederholt und durch die wörtliche Wiedergabe belangloser Schriftstücke, Berufungsausführungen, Entscheidungen und Gutachten ins Endlose ausgedehnt. Es wird erzählt, welche Rente der Verletzte für den Verlust eines oder mehrerer Finger, eines Auges oder eines Fusses erhalten hat, und welche Massnahmen zu seiner Vertretung eingeleitet wurden. Den Arbeitersekretär, der den speziellen Fall bearbeitet, mögen diese Einzelheiten interessieren, für die Masse der Leser haben sie dagegen nicht das mindeste Interesse; ihnen wird die Sache durch zu breite Behandlung langweilig und ungeniessbar. Eigentümlich berührt es übrigens, dass sich diese Ausführlichkeit der Berichterstattung fast nur auf die Unfallversicherung erstreckt; über die anderen Versicherungszweige geht man meist schnell hinweg. Es soll nicht geleugnet werden, dass die Unfallversicherung grosse, der Besprechung werthe Mängel aufweist und im Laufe des Jahres eine schier unendliche Menge von Konfliktsstoff liefert, der sich vortrefflich zur Verwendung bei der Berichterstattung eignet. Aber auch die anderen Versicherungszweige weisen keine idealen Einrichtungen auf, und eine Kritik ihrer Mängel wäre — wenn man nun einmal auf eine eingehende Berichterstattung besonderen Wert legt — nicht minder notwendig.

Einer ganz besonderen Pflege erfreut sich in den Berichten die Statistik, und zwar einer so weitgehenden, dass man in nicht wenigen Fällen ohne Übertreibung von einer statistischen Spielerei reden kann. Wir üben doch sonst — und nicht mit Unrecht — Kritik an den bürokratischen Sonderlichkeiten und Gepflogenheiten unserer Staats- und Gemeindebehörden, schelten über die unnütze Vielschreiberei, die sich nur im Aktenanhäufen wohl fühlt und wegen lächerlicher Nichtigkeiten Berge von Papier verschwendet. Was soll man aber sagen, wenn wir in den Berichten sorgfältig verzeichnet finden, wieviel Briefe an jedem Tage des Jahres ein- und ausgingen, wieviel Personen an einem Tage oder in der selben Sache das Sekretariat ein-, zwei- oder dreimal besuchten, aus welchen Orten die Besucher kamen, welchen speziellen Berufen sie angehörten, wieviel Schriftsätze, nach Gruppen klassifiziert, angefertigt wurden und selbst wieviel Seiten Papier dabei beschrieben werden mussten? Haben alle diese Angaben, deren Anführung für den Sekretär bei der Zusammenstellung viele Stunden Arbeit bedeutet, auch nur den geringsten Wert?

Es dürften sich nicht viele finden, die diese Frage bejahen. Kein Mensch fragt danach, ob unter den vielen Tausenden von Besuchern des Sekretariats ausgerechnet 1 Kahnführer, 1 Instrumentenmacher, 2 Kassenboten, 1 Käsehändler usw. mitunterlaufen, oder wie viele Auskunftsuchende auf jeden einzelnen Ort des Auskunftsbezirks entfallen. Kurze summarische Angaben erfüllen hier zur Genüge ihren Zweck. Die *Generalkommission* ist leider an solchen Zahlenspielerereien in den Berichten nicht unschuldig, denn ihr alljährlich an die Arbeitersekretariate zwecks Zusammenstellung des Gesamtberichts versandter Fragebogen weist eine Anzahl völlig überflüssiger Fragen auf, die von den Sekretären nur mit übermässigem Zeitverlust beantwortet werden können. Darunter ist auch die Frage nach dem Wohnort der Besucher, die zu ihrer genauen Beantwortung die Anlage und Führung eines eigenen alphabetischen Registers erforderlich macht, eine in jeder Beziehung zwecklose und überdies zeitraubende Arbeit. Nicht besser verhält es sich mit der Frage nach dem Ausgang der im Laufe des Jahres behandelten Fälle, ob erfolgreich, teilweise erfolgreich oder erfolglos. Die Frage nach dem partiellen Erfolg ist schon dieses relativen Begriffs wegen überflüssig, umso mehr als eine gar nicht so geringe Anzahl von Sekretariaten es noch nicht einmal fertig gebracht hat, von dem Ausgang der von ihnen mit vollem Erfolg behandelten Fälle Kenntnis zu erhalten. Ebenso überflüssig erscheinen die weiteren Fragen über die Gebührenerhebung für Auskunftserteilung, Satzsätze, persönliche Vertretung, Porti und dergleichen, die spezialisiert zu geben den Sekretären ganz unmöglich ist. Diese Fragen stellen naturgemäss nur eine unnötige Belästigung dar und sollten für die Folge von den Fragebogen verschwinden.

Wie weit sich die Vereinfachung der Berichterstattung ausdehnen lässt, zeigt in klarer Weise der Bericht des Zentralarbeitersekretariats, und doch ist in ihm alles Notwendige gesagt. Dabei läge es gerade für das Zentralarbeitersekretariat sehr nahe bei der grossen Zahl wichtiger und prinzipieller Fälle, die es alljährlich zu behandeln hat, einen eingehenden Bericht herauszugeben. Dies unterbleibt, weil man sich mit Recht sagt, dass prinzipiell wichtige Fälle bereits auf andere und zweckmässige Weise bekannt gegeben werden, und dadurch die Kritik über die Handhabung der Sozialgesetze in breitere Kreise dringt als durch die Veröffentlichung im Jahresbericht. Das gleiche trifft für die jetzige Berichterstattung der Arbeitersekretariate zu. Die in den Jahresberichten niedergelegten Beanstandungen und Anregungen gehen heute, obwohl sie sich schliesslich 96 mal wiederholen, zum grossen Teil unbeachtet verloren, müssen verliessen gehen. Würde dagegen von einer Zentralstelle aus alles zusammengefasst in die Öffentlichkeit gebracht werden, was sich durch die tägliche Erfahrung der Sekretariate als notwendig für eine Neuschaffung oder Abänderung der Gesetzgebung erweist, so würden solche Anregungen und Kritiken grössere Beachtung finden.

Damit kommen wir zum Kollektivbericht an Stelle der heutigen Einzelberichte, für den in dem summarischen Bericht des Zentralarbeitersekretariats bereits ein Vorläufer geschaffen ist. Selbstverständlich müsste der Bericht in diesem Falle eine weitere Ausgestaltung erfahren, zu dem die einzelnen Sekretariate das Material zu liefern hätten. Dieses Material zu sichten, zu verarbeiten und in dem Kollektivbericht entsprechend zu gruppieren wäre Sache des Zentral-

arbeitersekretariats oder eines damit betrauten Redakteurs. Dass ein solcher Bericht der allgemeinen Beachtung sicher wäre, bedarf keiner Beweisführung. Daneben könnten die Arbeitersekretariate auch für die Folge kurze, auf das notwendigste beschränkte Tätigkeitsberichte entweder in Verbindung mit den ebenfalls einer Kompression sehr fähigen Kartellberichten oder in der lokalen Presse veröffentlichen. Für Mitteilungen von allgemeinem oder für die Arbeiter unmittelbar praktischem Interesse eignet sich letztere fraglos am besten, schon deshalb, weil solche Veröffentlichungen auf diese Weise eine viel grössere Verbreitung finden und den Ereignissen nicht so lange nachhinken wie bei der Bekanntgabe durch die Jahresberichte.

XX

ROSA MAYREDER · EIN ZWIST



IRGEND ein indischer, chinesischer oder altmexikanischer Gott mit drei Köpfen hatte soeben die Welt geschaffen. Fix und fertig stand die Maschine da. Sie war ein unerreichtes Meisterstück, ein *Perpetuum mobile*; der Gott brauchte nur *P!* zu machen, und alle die Milliarden Räder, grosse und kleine, gezahnte und ungezahnte, mussten laufen, zuerst eines, dann zwei, dann vier, dann acht, dann sechzehn und so fort in geometrischer Progression, bis das ganze Riesenwerk in Gang war für alle Ewigkeit.

Äonen hindurch hatten die drei Köpfe darüber nachgedenken, und lange waren sie über das System der Konstruktion nicht einig gewesen. Den einen verdross es, dass das Ding, einmal fertig und angeheizt, fortschnurren sollte ohne Unterbrechung und ohne dass ein weiteres Hinzutun notwendig wäre.

»Wenn ich mich künftig gar nicht mehr einmischen soll«, wandte er ein, »wozu bin ich dann da? Seht ihr nicht ein, dass wir alle drei vollständig überflüssig sind, sobald das Ding einmal zu gehen angefangen hat?«

Die beiden anderen sahen das in der Tat nicht ein. Sie beharrten mit dem Stolze der Erfinderschaft auf dem *Perpetuum mobile* als der Krone aller denkbaren Erfindungen und erklärten es unter ihrer Würde sich aus Liebhaberei mit einer weniger vollkommenen Einrichtung abzugeben.

»Sollen wir vielleicht in Zukunft«, sagten sie, »beständig dahinter her sein und täglich oder stündlich wieder aufziehen, nachheizen, einölen und dergleichen? Dieser erbärmliche Okkasionalismus würde uns ja den ganzen ästhetischen Genuss verderben!«

Und da sie in der Majorität waren, setzten sie ihre Ansicht durch.

Nun war der grosse Augenblick gekommen. Der Gott stellte sich an die Weltachse, eine ungeheure Röhre aus glänzend poliertem Stahl, die vom Zenit bis zum Nadir lief, und richtete seine drei Köpfe nach oben, nach unten und nach der Mitte. Dann zählte er: »Eins, zwei, drei«. Und bei *drei* machten alle drei Köpfe nach oben, nach unten und nach der Mitte mit einem leicht nachstürzenden Hauch *P!*

Da begann sich das Werk zu regen wie ein schlafendes Ungeheuer, das mit Gebrüll erwacht. Langsam setzte sich eine Transmission nach der andern in Bewegung, die Räder fingen an sich zu drehen, und Gottes Hauch sprang wie ein elektrischer Funke von einem Nietenkopf zum andern. Bald war das Ganze in Gang, donnernd und dröhnend, schmetternd und schwirrend, rollend

und rasselnd, klappernd und klirrend; in seinem Höllenlärm scheinbar ein chaotisches Durcheinander, aber für die Augen des Meisters ein Schauspiel voll Wohlklang und sinnreich klarer Mechanik, an dem er sich nicht ersättigen konnte.

Das Wunderbarste an dieser Maschine war die Drehscheibe, auf der die menschlichen Wesen befestigt waren. Jedes von ihnen hatte auf dem Kopf einen spinnwebdünnen Faden eingehakt, der jedoch, genauer besehen, sich als ein mikroskopisch feines Kettchen erwies, dessen Glieder mit denen aller anderen Wesen durch noch feinere Fäden verbunden waren. Dieses ganze Gespinnst unzählbarer Fäden war in ein gewaltiges Seil zusammengedreht, das sich auf der Weltachse unten aufspulte, um oben wieder herabzulaufen und sich in einzelne Fäden zu zerteilen. Durch die Drehung der Weltachse wurde die Scheibe in gleichmässiger Bewegung erhalten; aber die Püppchen, die auf ihr so eifertig zappelten und strampelten, glaubten, dass sie selbst vermöge ihrer emsigen Tätigkeit sich vorwärts bewegten. Denn sie konnten den Faden auf ihrem Kopfe nicht erblicken, noch das ganze, göttliche Gewebe, in das sie hineingeknüpft waren wie Glasperlen in einen gestrickten Geldbeutel.

Die Drehscheibe bewegte sich um die Weltachse dergestalt herum, dass die eine Hälfte auf der beleuchteten, die andere auf der finsternen Seite kreiste. Die beleuchtete Seite nannten die Wesen das Leben, die finstere den Tod. Während sie auf der finsternen Seite waren, erstarren sie in der langen, einförmigen Dunkelheit zu einer Art Winterschlaf, und wenn sie dann wieder in die Helligkeit kamen, erinnerten sie sich an nichts mehr. Sie waren eben recht grob und plump organisiert; und ihre geistigen Fähigkeiten reichten nicht weiter als es für die Existenz auf einer Drehscheibe notwendig ist. Das aber war eine weise Vorkehrung des Erfinders. Hätten sie nicht immer wieder die alte Welt für eine neue Welt und sich selbst für etwas Niedagewesenes gehalten, so wäre ihnen das Leben nach einigen tausend Umdrehungen unerträglich langweilig geworden, und ihr Treiben hätte jenen possierlichen Anstrich verloren, den sich der Gott als *ewige Heiterkeit des Lebens* gedacht hatte.

So ging das nun fort und fort, ganz fabelhafte Zeiträume hindurch.

Mittlerweile hatte der linke Kopf Gottes angefangen sich missvergnügt zu schütteln. Den beiden anderen gab ihr *orbis pictus* so viel zu schauen, daß sie nicht darauf achteten.

Eines Tages aber sagte er plötzlich laut: »Nein, jetzt halte ich es nicht länger aus!«

Erstaunt blickten die beiden anderen auf.

»Wie sagtest du?« fragte der Rechte höflich.

»Ich sage, ich halt' es nicht mehr aus. Das ewige Einerlei langweilt mich zum Sterben. Wie lange soll denn das noch dauern?«

Feierlich versetzten die beiden anderen: »Ewig.«

»Ja, sagt mir, habt ihr es denn noch nicht satt? Ich muss gestehen, ich möchte beinahe lieber unten auf der Drehscheibe kleben als hier oben zusehen, wie das so eintönig fortgeht jahraus jahrein. Diese Welt hat nicht das geringste Interesse mehr für mich; ich kenne sie auswendig von Alpha bis Omega. Endlich muss doch etwas Neues geschehen!«

Nun war die Reihe des Kopfschüttelns an den beiden anderen. Sie begriffen diese Neuerungssucht durchaus nicht und blieben bei ihrer ursprünglichen Ansicht, dass diese Welt die beste aller möglichen Welten sei. Sie ihrerseits würden des Zusehens in alle Ewigkeit nicht satt werden. Der Linke versuchte durch Argumente zu wirken; aber sie erklärten diese Argumente für *subjektiv*. Alles, was er erreichte, war, dass sie ihm die Freiheit einräumten seinen subjektiven Standpunkt für sich zu behalten. Es wäre wider alles göttliche Recht, wenn er diesen Standpunkt auch ihnen aufnötigen wollte.

Nun bemächtigte sich des Linken eine wachsende Verstimmung. Hartnäckig hielt er seine Augen geschlossen. Die anderen merkten es, aber sie überliessen ihn sich selbst, wohl wissend, dass solche Unterschiede in der Weltanschauung nicht durch Auseinandersetzungen zu lösen sind.

Nach einigen Jahrtausenden öffnete der Linke wieder seine göttlichen Augen. Sie funkelten unheimlich wie von verhaltenem Ingrim.

»Ihr werdet wohl erraten, was ich vorhabe«, sagte er.

»Hast du eine neue Erfindung gemacht?« fragte der Rechte erwartungsvoll.

»Und ihr würdet sie einführen?«

»Darüber sind die Akten geschlossen«, versetzte der Mittlere bestimmt.

»Gut denn, ihr wollt es nicht anders haben. Meine Geduld ist erschöpft. Und ich sage euch, es wird dennoch etwas geschehen! Nicht verbessern will ich euer Machwerk: ich will es zerstören!«

Ungläubig lächelnd blickten ihn die beiden anderen an. Aber sie konnten sich nicht mehr darüber täuschen, dass der Linke zum Äussersten gebracht war. Eine furchtbare Veränderung hatte sich an ihm vollzogen; Blitze schossen aus seinen Augen, und sein Angesicht glühte. Sein Atem war ein schnaubender Sturmwind, seine Stimme wie ein heraufziehendes Gewitter. Und plötzlich ausbrechend, in rasendem Zorn, riss er sich los aus der göttlichen Einheit und sprang mit gellendem Hohngelächter hinab in die Wirbel der Welt. Donnernd zerschellte sein Haupt an der Weltachse; die Räder erfassten die Stücke und zermalmten sie in Milliarden Atome. Und in Milliarden Tropfen spritzte Feuer aus den zerrissenen Adern und ergoss sich über die Welt und zündete, wohin es traf.

Die beiden anderen sahen zu. Unbeweglich verfolgten sie die ungeheure Tat.

»Er wird reuig zurückkehren«, meinte der Rechte.

»Er wird nicht nachgeben«, meinte der Mittlere.

Wieder vergingen ungemessene Zeiträume. Der abtrünnige Gott blieb in der Welt verschollen. Nicht spurlos aber. Der Mechanismus stockte bald da, bald dort; Nieten lockerten sich, Ketten rissen, Riemen dehnten sich, Kessel platzten, Räder liefen sich heiss, Radkränze barsten, Seile verknüpften sich.

Am schlimmsten ging es auf der Drehscheibe zu. Die artigen Püppchen waren nicht wiederzuerkennen; anstatt ordentlich fortzutrotten, eines neben dem andern, in Reih und Glied, auf den angewiesenen Plätzen, begannen sie hin und her zu reissen, einander zu drängeln und zu stossen, einander auf die Hacken zu treten oder ein Bein zu stellen, dass eines über das andere purzelte. Zugleich erhob sich unter ihnen ein mörderliches Geschrei; die einen redeten vom Sündenfall, die anderen vom Kampf ums Dasein; noch andere kamen auf einmal zur Erkenntnis, dass sie ja alle nichts als elende Marionetten

seien, an unzerreißbaren Fäden durch einen unbekanntem Willen gegängelt; und sie verkündeten laut, dass die angebliche Freiheit des Willens nur eine Erfindung der Polizei sei, ein windiger Vorwand zur strafrechtlichen Verfolgung unverantwortlicher Staatsbürger. Viele wollten durchaus nicht weiterzappeln, da doch die ganze Zappelei keinen Zweck habe; sie setzten sich nieder, betrachteten ihren Nabel und sagten, man müsse die Welt verneinen, das sei das einzige Mittel, um aus dieser Höllenmaschine herauszukommen. Andere wieder lehrten, dass diese jammervolle Existenz auf der Drehscheibe nur die Vorbereitung für ein besseres Jenseits sei, und dass der erhabene Ingenieur, der die ganze Anlage geschaffen habe, die Wesen, die sich auf der Drehscheibe durch ihren Wandel bewährten, nach Vollendung ihrer Laufbahn zu sich zu nehmen beabsichtige.

Alle diese Hauptmeinungen, deren es eine Unmenge gab, fanden Anhänger und Gegner und spalteten sich in immer zahlreichere Untermeinungen, so dass unter den Wesen auf der Drehscheibe allmählich eine heillose Verwirrung um sich griff. Und in ihrer groben Weise sich die Sachen zurechtzulegen fielen sie über einander her und schlugen sich weidlich die Köpfe blutig, alle gegen alle, alle gegen einen, einer gegen alle, wie es gerade kam. Kurz, sie massten sich an, über sich und die Welt nachzudenken, die Narren, und merkten dabei nicht, dass es Gottes Zorn war, der in ihnen gärte. Zuweilen witterte ein besonders feiner Kopf etwas dergleichen und predigte vom Teufel, der losgelassen sei und umhergehe wie ein brüllender Löwe. Dann wuchs die Angst und Pein der Wesen auf der Drehscheibe ins Unerträgliche; sie stellten in ihrer Gewissensqual die verrücktesten Dinge an, bis sie wieder den Teufel und seine Prediger vergassen.

Mit der ewigen Heiterkeit des Lebens war es aus. Aber auch mit der ewigen Heiterkeit seines Schöpfers. Sorgenvoll ordneten die beiden Köpfe den widerspenstigen Mechanismus immer von neuem. Nicht mehr jedoch mit der seligen Ruhe der ästhetischen Kontemplation. Sie waren schmerzlich in Mitleidenschaft gezogen: der Gott in der Welt hatte sich nicht gänzlich von dem Gott ausser der Welt geschieden.

Endlich erhob sich der Rechte. Die Klarheit eines himmlischen Entschlusses leuchtete auf seinem Antlitz. Er hub an:

»Länger kann dieser Zustand nicht dauern. Er, der sich hinabgestürzt hat, um mit seinem göttlichen Leben die Harmonie der mechanischen Ordnung zu zerstören, er ist der Unüberwindliche für uns, die wir von aussen lenken. Es muss ein Opfer gebracht werden. Ich werde in die Welt hinuntersteigen.«

»Und was wirst du in der Welt tun?«

»Ich werde ihn suchen.«

»Er wird sich zur Wehr setzen.«

»Ich werde mit ihm kämpfen.«

»Welche Waffe hast du gegen ihn, der den Hass in die Welt gebracht hat?«

»Ich werde die Liebe in die Welt bringen . . .«

Und nun sind sie beide in der Welt, suchen und flichen einander, lieben und hassen einander. Die Welt, sie ist voll eines Gottes, der mit sich uneins ist: wer kann daran zweifeln?

XX

RICHARD CALWER · DER 3. JUNI 1908

NICHT nur in der Parteigeschichte der Sozialdemokratie sondern auch in der politischen Geschichte Preussens wird der 3. Juni 1908 einen merkwürdigen Tag bedeuten: er bedeutet den Eintritt der Sozialdemokratie in das preussische Parlament. Alle Parteien sind darin einig, dass in der Eroberung sozialdemokratischer Mandate die Bedeutung der neuesten Landtagswahlen liege, ja man kann sagen, dass sich die Bedeutung darin erschöpfe. Der Erfolg der Sozialdemokratie wird auch gebührend von der Parteipresse gefeiert: die Arbeiterschaft sendet nunmehr eine Anzahl Vertreter ins Dreiklassenparlament, so dass den Arbeiterfragen auch dort künftig grössere Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden muss, dass eine Reihe von Materien, die die Arbeiterschaft angehen, die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter, der Bergarbeiter usw., eine grosse Anzahl von Verwaltungsfragen vom Standpunkt der freien Gewerkschaften aus behandelt werden können. Wer wollte diesen Erfolg unterschätzen?

Wenn ich trotzdem auch an dieses Wahlresultat einige kritische Bemerkungen knüpfe, so geschieht es nicht, um den Erfolg etwa verkleinern zu wollen, sondern aus einem Grunde, den ich schon vor einem Vierteljahr in den *Sozialistischen Monatsheften* auseinandergesetzt habe, als ich ausführte, bei der innegehaltenen Taktik werde die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses im wesentlichen die bleiben, die sie bisher war: es werde keine Vermehrung der oppositionellen Linken, sondern nur eine Verschiebung eintreten; eine Schwächung der bisherigen Majorität werde nicht erreicht werden.¹⁾ Und in der Tat hat die Sozialdemokratie ihre Erfolge auf Kosten der liberalen Parteien erreicht. Die Hochburg des Freisinns, Berlin, ist mit Erfolg von der Sozialdemokratie bestürmt worden. Es ist bitter für den Freisinn, der in Selbsterfleischung vor den Wahlen das Möglichste leistete, sich von der *Deutschen Tageszeitung* sagen lassen zu müssen, dass »die Widerstandskraft der freisinnigen Parteien gegen die Demagogie und Massenverhetzung sich als ausserordentlich schwach« erwiesen habe. Der Freisinn wird ja in seiner jetzigen Situation diese Charakterisierung ruhig hinnehmen müssen, aber vielleicht wird es doch da und dort dämmern, dass der Ruck nach rechts den Liberalismus bei einem grossen Teil der Wähler stark diskreditiert hat. Die Niederlage in Berlin ist wenigstens in etwas auf dieses sinkende Vertrauen zurückzuführen.

Wenn einige liberale Blätter für die Stichwahlen die Parole *Front nach rechts!* ausgeben, so wäre allerdings dringend zu wünschen, dass danach gehandelt würde. Es könnten keine entscheidenden Änderungen in der Zusammensetzung des künftigen Abgeordnetenhauses mehr erzielt werden, aber immerhin könnte die Linke wenigstens einige Verstärkung erfahren. Für die weitere Entwicklung der Wahlrechtsfrage wäre dies aber nicht gleichgültig. Und die Hauptbedeutung dieser Wahl soll doch darin liegen, dass sie einen erheblichen Schritt zu einer freierheitlicheren Gestaltung des Wahlrechts bringen soll. Werden die liberalen Parteien von diesem Gesichtspunkt aus ihr Verhalten bei den Abgeordnetenwahlen einrichten? Ich glaube noch eher, dass es das Zentrum tun würde, obwohl die Liberalen doch die nächsten dazu wären. Die Sozialdemo-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Wahlrechtskampf und Wahlkampf in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 331 ff.

kratie wird hoffentlich überall bei den Entscheidungen die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt rücken und jeden Kandidaten unterstützen, der für die radikale Umgestaltung des Wahlrechts einzutreten gewillt ist. Es ist zu wünschen, dass ausschliesslich nach diesem grossen Gesichtspunkt verfahren werden wird.

Freilich, daran ist nichts mehr zu ändern, dass die einer einschneidenden Wahlrechtsreform entgegenwirkende Majorität nach wie vor fest im Sattel sitzt. Die Fehler, die veranlassten, dass es so kommen musste, sind gemacht und können nachträglich nicht mehr korrigiert werden. Gut Ding will nun einmal Weile haben, und man muss darauf vertrauen, dass man bei den nächsten Wahlen das Versäumte nachholt. Denn seien wir doch angesichts unseres Erfolges offen: Konnten wir uns nicht schon früher, konnten wir nicht schon seit 15 Jahren uns vielleicht nicht des gleichen, aber doch eines ähnlichen Erfolges erfreuen? Die heute Hosianna rufen, haben sie nicht einst die Genossen, die für die Sache der Landtagswahlbeteiligung Pionierdienste geleistet haben, in wenig freundlicher Weise kritisiert und abgetan? Man muss es bedauern, dass diese Pioniere — wir nennen nur der zeitlichen Reihenfolge nach die Namen Schippel, Bernstein und Arons — nicht selber in das nunmehr erschlossene preussische Parlament einziehen: sie mögen die Genugung empfinden, das trotz aller Anfeindung aus den eigenen Reihen die von ihnen ausgestreute Saat schliesslich doch zur erfreulichen Ernte herangereift ist. Auch das muss heute nach diesem ersten Erfolg hier ausgesprochen werden, weil es sonst vielleicht nirgends gesagt werden würde.

Gerade an der Entwicklung dieser Wahlbeteiligungsfrage kann man wieder einmal sehen, wie grundverkehrt es ist die freie Diskussion innerhalb der Partei einengen zu wollen. Was heute vielleicht noch als unzutraglich für die Partei erkannt wird, das ist einige Jahre später so selbstverständlich, dass man gar nicht mehr daran glauben will, wie die Verfechtung einer fortschrittlichen Idee innerhalb der Partei eine recht unangenehme Sache war. Man kann das ruhig aussprechen, ohne sich der Hoffnung hinzugeben, dass es nun mit einem Schlage anders werden wird. Das liegt nun einmal so in der Natur der Verhältnisse, in der Psychologie fest begründet. Aber man kann aus solchen Erfahrungen die Hoffnung entnehmen, dass es vorwärts geht, langsam zwar, aber sicher. Ist die Sozialdemokratie erst einmal im preussischen Abgeordnetenhaus vertreten, so wird das Interesse an den preussischen Landesangelegenheiten bei den Arbeitern und ihren Abgeordneten sich noch in viel intensiverem Grade entwickeln als dies vorher der Fall war. Man wird erst recht die Fesseln des Dreiklassenwahlrechts empfinden und nach einer Taktik suchen, durch die die Lösung der Wahlrechtsfrage mehr gefördert wird als es diesmal geschah. Man wird zu der Erkenntnis gelangen, dass eine konsequente Zusammenfassung aller Parteien, die ein freieres Wahlrecht fordern, dass eine gegenseitige Unterstützung dieser Parteien im Interesse der einen, wichtigsten politischen Aufgabe unumgänglich notwendig ist, dass jede Zersplitterung, jede Ablenkung von dieser Hauptaufgabe ein politischer Fehler ist. Denn darin sind sich wohl alle einig, dass mit dem Ausgang dieser Wahl die einer Wahlreform feindliche Majorität kaum einen Schaden erlitten hat. Sagt doch auch der *Vorwärts* vom 4. Juni in seinem den Wahlsieg feiernden Artikel: »Die roten Siege des 3. Juni sind ein Schritt zur Befreiung des preussischen Volkes von übermütigen Herren, zur Befreiung Deutschlands vom preussischen

der Werkzeuge aus prähistorischer Zeit sind die wahrhaftigsten Dokumente der Menschheit, unzweideutiger und eindringlicher geschrieben als je eine Aufzeichnung in Stein, Pergament oder Papier. »Die ganze Menschengeschichte, genau betrachtet, löst sich zuletzt in die Geschichte der Erfindung besserer Werkzeuge auf«, sagt mit Recht Edmund Reitlinger. In diesem Sinne wäre eine Geschichte der Technik gleichzeitig die Grundlage einer Psychologie der Technik, überhaupt der Unterbau jeder Erkenntnislehre. Ihre Aufgabe wäre Geburt, Werden, Ausgangspunkte und Ziele der Technik zu untersuchen und gleichzeitig die parallellaufende Entwicklung der Wissenschaften zu betrachten, um zu zeigen, wie die sich in Erfindungen äussernde Erkenntnis nach und nach zu Gesetzen kristallisierte. Eine solche Geschichte der Technik wäre der Rahmen, in den sich die Kulturgeschichte der Menschheit passend fügte, ja noch mehr: beide müssten zu einer untrennbaren Einheit verschmelzen.

Ein derartiges Unternehmen würde die Arbeitskraft eines einzelnen weit übersteigen; sie würde ein geistiges Zusammenarbeiten bedeutender Kräfte fordern, deren Ziel, trotz der Verschiedenheit der Wege, das selbe sein müsste. An einem solchen Werke müssten Ingenieure und moderne Philosophen beteiligt sein. Betrachtet man die bisherige schriftstellerische Tätigkeit des Ingenieurs, muss man beinahe zur Erkenntnis kommen, dass ihm der historische Sinn zu fehlen scheint. Es wäre auch erklärlich. Der Ingenieur ist ein Gegenwartsmensch; für ihn gilt es mehr als für jeden anderen der *Forderung des Tages* zu leben; im wirtschaftlichen Kampfe muss man um sich und vorwärts schauen; die Vergangenheit ist mit der Lehrzeit abgetan. Berufen und gewöhnt den täglich neuen Aufgaben des praktischen Lebens gerecht zu werden, fehlt ihm sogar die Zeit und Musse zu rückschauender Betrachtung. Der Wettbewerb der siegreich fortschreitenden Industrie gewährt keine Ruhepunkte, und selbst als Gelehrter muss der Ingenieur noch schöpferisch tätig sein, will er die innige Fühlung mit seinem eigentlichen Beruf nicht verlieren. Technik heisst Fortschritt und Entwicklung. Was war, ist überwunden von dem zwingenden *ist*. Das Ideal des Ingenieurs liegt vor, nicht hinter ihm. Deshalb erscheint ihm die bisherige Gymnasialerziehung unzureichend als Vorbildung kräftiger Gegenwartsmenschen.

Es gibt sicherlich viele zünftlerische Gelehrte, die in dem Wesen des Ingenieurs nur den Ausdruck jener materialistischen Gesinnung erblicken, die unsere Zeit jedes Idealismus bar erscheinen lässt. Sehr mit Unrecht. Der Ingenieur ist heute mehr als je von einem hohen Idealismus erfüllt, allerdings von einem realen Idealismus, der ihm, ohne Illusionen, auf dem festen Boden der Wissenschaft einen sicheren Weg nach oben weist. Merksteine dieses Weges sind Taten, Wunderwerke für den Laien, Ergebnisse eifriger, zielbewusster Energie für den Kenner. Und seine Arbeit wird gedeckt durch das sittliche Gefühl der vollen Verantwortlichkeit für jede Tat; sie wird gehoben durch das Bewusstsein mitzuwirken an nützlichen Werken, die dem Gemeinwohl dienen; sie wird getragen durch das Gefühl der Persönlichkeit, das, nach künstlerischer Schönheit dürstend, seiner Schöpfung ein künstlerisches Gepräge gibt. Der Ingenieur steht im Leben, dessen Probleme an ihn herantreten: neben den Aufgaben seines Berufes der wirtschaftliche Kampf, die soziale Frage. Gerade die letzte zwingt ihn zur grössten Energieentfaltung, um seiner

hohen Aufgabe Vermittler oft widerstreitender Interessen zu sein gerecht zu werden. Sein Blick muss daher die Gegenwart scharf ins Auge fassen, und deshalb fehlt dem Ingenieur der historische Sinn. Erst jetzt werden aus Ingenieurkreisen die ersten Ansätze einer Geschichte des Maschinenbaues, einer Würdigung bedeutender Männer der Technik unternommen. Es ist daher leicht begreiflich, dass die vor dreissig Jahren erschienene *Philosophie der Technik* von keinem Ingenieur sondern von einem Philosophen geschrieben wurde.¹⁾ Der Verfasser jenes interessanten Werkes sieht in allen Erfindungen, in den Werkzeugen, Apparaten und Maschinen unbewusste Projektionen der Organe des Menschen auf die Aussenwelt. Was je erfunden wurde, ist nach ihm nichts anderes als eine unbewusste Nachahmung der Organe und Vorgänge im menschlichen Körper. Werkzeuge sind die Fortsetzung vorbildlicher Organe, deren Kraft sie beliebig darüber hinaus verstärken, das Netz der Blutgefässe ist ein organisches Vorbild des Eisenbahnsystems, die Nerven sind Kabeleinrichtungen des menschlichen Körpers wie die Telegraphenkabel Nerven der Menschheit sind usw., wobei alle diese Äusserungen nicht etwa bildlich, als blosser Vergleich sondern wörtlich zu nehmen sind; für jede Erfindung schwebte nach Kapp dem Erfinder unbewusst ein organisches Vorbild tatsächlich vor. Schon Eyth macht sich über das Prokrustesverfahren Kapps in heiterer Ironie lustig, indem er auf die erste Feuererzeugung hinweist, die wahrscheinlich nach Kapp eine Projektion des Verbrennungsvorgangs im tierischen Körper bilde.²⁾ In der Tat führt der Philosoph seine Methode mit vielem Scharfsinn und einem grossen Aufwand an Zitaten durch; dabei hat das Buch den Vorzug einer durchaus schönen und klaren Sprache. Schade, dass er für die Explosionsmaschine, für die Wasser- und Dampfturbine kein Vorbild im Körper findet; dass er die in der Technik überhaupt vorwiegend herrschende Rotationsbewegung, sogar das Rad, aus seinen Betrachtungen ausscheidet! Gerade die Drehbewegung ist ein Beleg dafür, dass die Erfindertätigkeit zum grossen Teile in einem darüber hinaus Schaffen einer etwa zufällig erlangten Erkenntnis besteht, abgesehen davon, dass sie im Körper nicht vorhanden ist.

Es ist bis heute noch nicht gelungen in jenes Mysterium der Geburt grosser Gedanken hineinzuleuchten; selbst ihre Entdecker wissen davon wenig zu sagen. Von Faraday sagt Tyndall: »Die meisten seiner Gedanken kamen vollkommen überraschend, wie durch einen unbegreiflichen Instinkt gefunden, zu tage, und Faraday selbst wusste die Gedankenverbindungen, die ihn dazu geleitet haben, auch später kaum in klaren Worten wiederzugeben.« Es scheint, als ob das Werden grosser Gedanken sich in ähnlicher Weise äussere wie die Geburt der Tragödie oder eines anderen Kunstwerkes. Eine Erfindung ist jedenfalls eine Folge einer Inspiration, eine Entladung eines geistigen Gewitters, das ungewollt hereinbricht. Auch Eyth weist darauf hin, dass das Erfinden die selbe Wurzel haben müsse wie die Kunst, dass bei beiden nur das Handwerksmässig erlernbar sei. Durch die Kenntnis aller Elementenpaare, kinematischer Ketten und ihrer Umkehrungen werden bedeutende Erfindungen ebensowenig möglich wie die Komposition einer bedeutenden Symphonie durch blosses Studieren in Harmonie- und Instrumentationslehre. Die

¹⁾ Ernst Kapp *Grundlagen einer Philosophie der Technik* /Braunschweig 1877/.

²⁾ Vergl. Max Eyth *Lebendige Kräfte* /Berlin 1906/.

Träger grosser Gedanken, die Entdecker, Pfadfinder der Menschheit sind ebenso selten wie die grossen Künstler; noch hat man für das Genie keine Formel gefunden, trotz Lombroso und Nordau. Das Instinktive und Unbewusste eines grossen Gedankens hindert jedoch nicht, dass die Umsetzung in die Tat das vollste Bewusstsein und die grösste Tatkraft erfordert. Wie bezeichnend ist dafür die Äusserung Haydns, dass er mit dem Rosenkranz um Eingebung schöner Themen gebetet habe, um sich sodann, mit allen Regeln der Kunst gewappnet, ruhig, ohne Rosenkranz an die Durchführung zu begeben.

Es wird sicherlich viele geben, die einmal einen erleuchteten Gedanken gehabt haben, wenige jedoch, die ihn mit zäher Energie bis zum Ende durchführten. »Gedanken und Meinungen sind oft billig wie Brombeeren, ihre brauchbare Verwirklichung meist eine mühevollere Lebensarbeit«, sagt Professor Riedler. Bei den ersten Erfindungen, von den ersten Genies gemacht, war sicherlich die Tätigkeit der Hand, des »Premierministers des Menschen«, wie sie Bölsche nennt, vorbildlich; handelte es sich doch darum ihre Leistungen zu erhöhen, zu potenzieren. Sicherlich spielte bei diesen Erfindungen, den ersten Werkzeugen, der Zufall eine grosse Rolle, der jedoch im Gehirn der ersten Erfinder neue Gedanken auslöste, die sie dazu veranlassten die zufällig gefundenen Gegenstände — von der Natur geformt — wiederholt zu einem bestimmten Zwecke zu gebrauchen. Wenn die ersten Erfinder ihren Gebrauchsgegenständen eine ihren Organen ähnliche Form gaben, so ist dies zunächst der Erfahrung zuzuschreiben, die sie stündlich und täglich an ihrem eigenen Körper machten: die geballte Faust wird für den Hammerkopf, der Finger für den Bohrer, das Gebiss für die Säge bewusstes Vorbild. Das Unvollkommene wird durch das Vollkommenere ersetzt, gerade so wie im Laufe von Jahrtausenden auch die Organe eine stete Verbesserung und Anpassung aufweisen. Es lässt sich deshalb eine Ähnlichkeit der Werkzeuge und Organe leicht begreifen, ohne dass man beim Unbewussten eine Anleihe zu machen braucht.

Es liegt gewiss ein grossartiger Gedanke darin, dass die Natur in den Schwungfedern eines Vogels Körper von gleichem Widerstandsmoment geschaffen hat, dass die Knochen eines Menschen genau so aufgebaut sind wie der Ingenieur einen ebenso belasteten Kran konstruieren würde: ein Gedanke, der Mystikern und Poeten höchst willkommen sein wird. Mit Recht sagt Mach hierüber, dass nicht die blosser Bewunderung sondern die Erforschung der organischen Natur die Aufgabe der Wissenschaft sei, und er weist dabei auf die Anpassungstheorie Darwins als ersten Versuch zur Lösung dieser Frage hin.³⁾ Befriedigende, einwandfreie Erklärungen für solche Erscheinungen gibt es nicht. Wenn der Ingenieur zu ähnlichen Resultaten gelangt wie die Natur, liegt darin ein Beweis für die Richtigkeit seiner Gedanken. Es liegt darin aber noch der Gedanke: dass der Geist als ein Kind der Natur die selben Wege einschlagen muss wie sie. Was die Natur den Körper lehrte, lehrte sie auch den Geist. Zu diesen Momenten tritt noch eines hinzu, das übrigens das Wesen der Technik am meisten kennzeichnet: die Ökonomie der Arbeit, von der Mach sagt: »Es geschieht immer nur so viel als vermöge der Kräfte und Umstände geschehen kann«. Wenn das Wasser

³⁾ Vergl. Ernst Mach *Die Mechanik in ihrer Entwicklung* (Leipzig 1901).

den kürzesten Weg nach unten findet, wenn der Lichtstrahl sich geradlinig fortpflanzt, verlangt auch des Menschen Geist nach dem kürzesten Wege ein gestecktes Ziel zu erreichen. Wenn man den Geist, gleichgültig was er sei, als eine Energieform auffasst, ist die Einheitlichkeit in der Behandlung des vorliegenden Problems gegeben. Wenn die ersten Erfinder durch ihre ersten Werkzeuge eine Ersparnis an Kraft oder eine erhöhte Leistung erreichten, war das Tor der Kultur geöffnet; die Not, die Quelle alles Fortschrittes zwang sie weiterzubauen; aus der Not entstand das Bedürfnis das Alte zu verbessern und Neues zu finden.

Und im selben Geiste arbeitet, kämpft und forscht heute noch der Ingenieur; in dem selben Masse wie die Bedürfnisse gestiegen sind, hat er seine Maschinen und Werkzeuge verbessert und vervollkommenet. Ihr Zweck ist aber genau der selbe geblieben wie beim ersten Werkzeug, das der Troglodyte erfand: die Menschenarbeit zu erleichtern, zu potenzieren, ja zu ersetzen. Und wie im Leibe alle Spuren der entwicklungsreichen Vergangenheit vorhanden sind, hat auch der Geist die Fähigkeiten seiner Vorfahren geerbt und entwickelt. In Werken und Schriften ist die geistige Arbeit vergangener Jahrtausende niedergelegt, und ihr Extrakt bildet den Inhalt seiner Wissenschaft, die, einer Biene gleich, aus tausend Erfahrungen den Honig einer einzigen Wahrheit gesammelt hat. Dem Ingenieur von heute steht die Wissenschaft zur Seite; sie lebt in ihm und die Wissenspyramide zeigt ihm in ihrer obersten Spitze den Satz der Erhaltung der Energie. Nichts Unmögliches wollen heisst ihn seine Erkenntnis. Die moderne Technik weiss, was sie will, und sie kann, was sie will. Die Wissenschaft steht im innigsten Zusammenhang mit der Praxis. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis, von der man so gern sprach, ist überbrückt. Es gibt keine technische Wissenschaft des *grünen Tisches* mehr sondern nur eine solche, die sich auf realen Versuchen aufbaut, die zu den Forderungen des Lebens in einem bestimmten, bewussten Verhältnis stehen.

Diesem modernen Geiste der wechselseitigen Durchdringung von Theorie und Praxis, deren Resultat die technische Wissenschaft bedeutet, tragen unsere Schulen Rechnung; sie erziehen für das Leben und erfüllen schon den jungen Ingenieur mit dem für seinen Beruf nötigen Idealismus. Der Mensch muss frei sein und Herr über die Gewalten der Natur; wie seine Urväter mit ihren armseligen Waffen bereits die Ungetüme der Urwelt besiegen konnten, unterjocht er heute seinem Willen den tosenden Gebirgswasserfall, erklimmt spielend die Höhe des Montblanc, durchquert den Simplon, überwindet das Weltmeer und zwingt die Wellen des Äthers seinen Geist von einem Ende der Welt zum anderen zu tragen. Was ist ihm Raum und Zeit? Die Tätigkeit des Ingenieurs macht die Sklaven frei, die unter schwerer körperlicher Arbeit seufzen; sie führt zu jenem Gedanken empor, dass — bei aller Wertschätzung der körperlichen Arbeit — die geistige Arbeit einem freien Menschen notwendig sei. Der Grundzug der Technik führt zur Konzentration der Energie auf kleinstem Raume, und da die geistige Energie die konzentrierteste zu sein scheint, wäre jede andere Tätigkeit des Menschen unwirtschaftlich. Sie soweit als möglich durch Maschinen zu ersetzen ist das Ziel der Technik, nicht aus Faulheit oder Bequemlichkeit sondern weil die geistige Arbeit die körperliche an Wert übertrifft.

Aber es ist dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Im Wesen der Ökonomie der Arbeit liegt es das Angefangene auf kürzestem Wege zur Vollendung zu führen; in dem Kampf gegen die Naturkräfte, in der Überwindung ihres Widerstandes regt sich das Ideal sie völlig zu unterjochen. Dass dies dem Ingenieur noch nicht gelungen ist, beweist ein Wort seines Sprachschatzes: der *Wirkungsgrad*, jenes Wort, das er nur mit Zähneknirschen oder Wehmut aussprechen sollte, weil es ihm zeigt, wie wenig er eigentlich erreicht und wie viel er noch zu erreichen hat.⁴⁾ In jenem unscheinbaren Symbol η liegt der Rechenschaftsbericht seiner Leistung, die an dem Ideale $\eta = 1$ gemessen ihm die Ohnmacht des Menschen deutlich zeigt. In der Unmöglichkeit der Erreichung dieses Ideals, in dem noch fehlenden Rest liegt der Tribut, den der Mensch der Allmutter Natur zollen muss; hier zeigen sich die Grenzen seines Könnens. Sein Kampf ist aussichtslos, weil das Naturkind *Geist* nie stärker werden kann als seine Mutter Natur. Doch auch dies ist ein Kennzeichen dieses Geistes: nicht das Unmögliche fordern, aber das Mögliche fördern. Es ist ein Kennzeichen des Ideals, dass es unerreichbar ist, aber es entmutigt starke Menschen nicht sondern feuert sie zu neuen Taten an.

In diesem Sinne ist das in letzter Zeit häufig bespöttelte *Jagen nach dem Zehntel* zu verstehen. Der selbe Geist führte zur Vervollkommnung der Dampfmaschine und über das Problem hinaus zur besseren Ausnützung der Brennstoffenergie in der Gasmaschine. Versuche und nochmals Versuche führten zur Erkenntnis ihrer Schwächen, zur Aufstellung der Bilanz. Wir wissen, wo der Hebel anzusetzen ist, und suchen reale Stützpunkte für ihn, und es ist kein Zweifel, dass solche gefunden werden, durch die die Ausnutzung der vorhandenen Energieen noch wirtschaftlicher erfolgen wird als bisher. Die Erkenntnis der Naturgesetze im Verein mit den Forderungen des Lebens führt die Technik auf den Weg fortschreitender Entwicklung; ihr Grundgedanke aber bleibt immer: den Sieg des Geistes zu fördern, den Menschen zum Herrn und Sieger zu machen, um ihn durch die äussere Kultur zur Freiheit und Höhe der inneren zu führen.

XX

EMIL GIRBIG · DIE FLASCHENMASCHINE IN DER GLASINDUSTRIE

ZU einer achtungsgebietenden Stellung auf dem Weltmarkt hat sich die deutsche Flaschenindustrie aus ganz kleinen Anfängen emporgeschwungen. Deutschland steht mit seiner Produktion von 350 Millionen Flaschen an erster Stelle und hat die englische Flaschenindustrie nicht allein an Zahl sondern vor allen Dingen in der Ausführung bei weitem überflügelt. Die ungeheuren Betriebe der *Aktiengesellschaft Gerresheimer Glashüttenwerke*, *Aktiengesellschaft für Glasindustrie* in Dresden und H. Heye in Nienburg an der Weser, waren noch vor dreissig Jahren direkt kleine Fabriken. Heute sind es Riesenwerke, in denen Tausende von Arbeitern den Besitzern unermessliche Reichtümer einbringen. Auch in anderen Unternehmen ist die Arbeitskraft in hohem Masse ausgenutzt worden.

⁴⁾ *Wirkungsgrad* ist das Verhältnis des Erreichten zum Erreichbaren.

aber gerade die Flaschenmacher haben für die Besitzer der Betriebe ein ungeheures Kapital erarbeitet.

Die am 1. Januar 1908 aufgenommene Statistik der organisierten Flaschenmacher, die sich über ganz Deutschland erstreckt, zeigt uns, dass im ganzen an 46 Orten 50 Betriebe mit 26 Press- und 105 Wannenöfen bestehen. An diesen 131 Öfen werden 11 237 Arbeiter beschäftigt. Darunter sind 6604 gelernte Flaschenmacher, 1365 Lehrlinge, sogenannte *Motzer*, 396 *Pfleger*, das heisst Arbeiter, die die heisse Flasche bis zur Abkühlung pflegen, und 510 Feuerleute, die für die Inbetriebhaltung der Öfen sorgen müssen. Die übrigen 2362 Arbeiter sind meist solche, die die fertigen Flaschen in den Kühlöfen bringen. Die Arbeitszeit ist bei der kolossalen Hitze, unter der die Glasarbeiter zu leiden haben, eine eminent lange, sie schwankt in den einzelnen Betrieben zwischen 9 und 11 Stunden einschliesslich der Pausen. Die längste Arbeitszeit besteht — sowohl bei Tag- wie bei Nachtschicht — in der Dresdner Gesellschaft sowie in fast allen ihren Zweigfabriken. Diese übermässig lange Arbeitszeit muss die Gesundheit der Arbeiter sehr bald ruinieren, die Krankenziffer unter den Flaschenmachern ist auch eine ausserordentlich hohe. Alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter nach dieser Richtung eine Besserstellung zu schaffen werden von den Industriellen in der rücksichtslosesten Weise zurückgewiesen. Die Organisation der Arbeiter hat einen schweren Kampf mit dem Ring der Flaschenindustriellen zu bestehen, und schon sind ungeheure Opfer seitens der Arbeiter gebracht worden.

Nun ist ein neuer Feind aufgetaucht. Eine Flaschenmaschine ist erfunden worden, und es heisst, dass nun mit einem Schlage die Flaschenmacher arbeitslos werden. Es ist merkwürdig, wie ganz besonders bürgerliche Blätter mit einem Mal um die armen Flaschenmacher besorgt sind, die nun arbeitslos werden. Die Industriellen des ganzen Kontinents sind am 15. November 1907 in Düsseldorf zusammengetreten und haben einen *Europäischen Verband der Flaschenindustriellen* gegründet. Der Zweck des Verbandes soll sein das Owensche Patent zu erwerben, für welches 12 Millionen Mark gezahlt werden sollen. Wie klein erscheinen hier die Glasindustriellen! Wäre das Owensche Patent ein solches Nonplusultra, wie es in den bürgerlichen Blättern dargestellt wird, so brauchten die Heye, Siemens etc. zur Erwerbung jener Maschine keinen *Europäischen Verband* zu gründen. Die Herren sind in ihren Riesenbetrieben, die jährlich Millionen an Gewinn abwerfen, in der Lage ohne den *Europäischen Verband* jenes Patent aufzukaufen und für sich allein auszunutzen. Sie trauen aber offenbar der Sache nicht recht. Da andererseits die Konkurrenz des Auslandes — ganz besonders Amerikas — zu fürchten ist, so sind sie trotzdem zusammengetreten und haben 161½ Millionen Mark gezeichnet, um sich den Ankauf des Patents zu sichern. Dem einzelnen war das Risiko zu hoch; daher der *Europäische Verband*.

Man wird also jene Maschine trotz der hohen Kosten zur Einführung bringen und verkündet jetzt schon, dass den Flaschenmachern der ganzen Welt das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohe. In Amerika soll die Maschine bereits in Betrieb sein. Eine einzige Maschine, die von einem Arbeiter gehandhabt wird, soll 30 Arbeiter ersetzen und in der Minute 40 bis 50 Flaschen produzieren. Damit wären mit einem Schlage die unzufriedenen Flaschen-

macher entbehrlich geworden. Die Sache hat nur einen Haken: Es kommt nicht allein auf die Zahl der zu produzierenden Flaschen an sondern vor allen Dingen auf die Haltbarkeit jeder einzelnen Flasche. Die Flaschenmaschine, die in Amerika, besonders im Staate Ohio, zur Aufstellung gekommen ist, fertigt Frucht-, Milch- und Konservenflaschen an. Aus den Berichten geht aber nicht hervor, dass man mit der Owenschen Flaschenblasmaschine auch Flaschen für schäumende Getränke fabrizieren kann, die einen sehr erheblichen Druck auszuhalten haben. Flaschenmaschinen sind nämlich durchaus keine neue Erscheinung; schon vor zwanzig Jahren hat man auch in Deutschland Flaschen in tadelloser Ausführung mit der Maschine hergestellt. Dann besetzte Heye in Nienburg einige Jahre hindurch einen ganzen Wannnofen mit Maschinen; aber der Betrieb dieser Maschine ist heute vollständig wiedereingestellt. In Achern (Baden) ist ebenfalls ein grosser Wannnofen im Betrieb, an dem Flaschen mittels Maschinen hergestellt werden. Aber der maschinelle Betrieb war bisher durchaus unrentabel. Nicht etwa, weil die Maschine nichts leistete, sondern einzig und allein, weil die angefertigten Flaschen nicht halten. Dies liegt an der Eigenart des Glases. Das Glas ist ein eigenes Produkt und lässt sich nicht gleichmässig verarbeiten, am allerwenigsten das ordinäre, gewöhnliche Glas, das allein bei der Flaschenproduktion Verwendung findet. Das gute weisse Glas würde den Druck noch eher aushalten, weil es aus bedeutend besserem Material ist. Würde man aber dies teure Glas zur Herstellung der gewöhnlichen Selters-, Bier- oder Weinflaschen verwenden, so würden sich die Herstellungskosten ungemein erhöhen, und der Vorteil, den die Maschine brächte, dürfte wohl für die Industriellen mehr als kompensiert werden.

Man wird vielleicht einwenden, es stehe doch fest, dass die Maschine erfunden sei, und dass man durch sie eine ungeheure Zahl Arbeitskräfte ersparen könne, daher werde man auch noch einen Weg finden die Haltbarkeit der Flasche zu erreichen. Dieser Weg ist aber keineswegs leicht zu finden. Heye in Nienburg hat sich mit seinen Direktoren die erdenklichste Mühe gegeben — ohne Resultat. Ebensowenig scheint es in Amerika geglückt zu sein; denn nach den Berichten werden nur solche Flaschen angefertigt, die keinen Druck auszuhalten haben. Es ist doch heute schon bei der Handflaschenfabrikation ein schwerer Übelstand, unter dem Arbeiter und Unternehmer gleicherweise zu leiden haben, dass die Flaschen nicht halten. Unmöglich kann hier eingewendet werden, dass die Maschine gleichmässiger als der Handarbeiter arbeite. Bei der Herstellung aller anderen Produkte mag dieser Einwand seine volle Berechtigung haben, beim Glas ist er nicht zutreffend. So besitzt zum Beispiel gepresstes Glas niemals die Haltbarkeit des auf gewöhnlichem Wege hergestellten. Man stelle sich einmal vor, eine grosse Weinfirma bestelle bei einer Flaschenfabrik 50 000 Weinflaschen. Diese Flaschen würden mit teurem Wein gefüllt, der meist jahrelang zu lagern hat, und da mache man dann die Erfahrung, dass 80 bis 90 % der Flaschen den Druck, den der Wein durch die Gärung erzeugt hat, nicht ausgehalten haben. Ein solcher Schaden, wie er dem Weinhändler dadurch entstehen würde, könnte die Firma leicht ruinieren. Bei den Brauereien ist es nicht anders. Der Schaden, den die Brauereien durch Zerspringen der gefüllten Flaschen erleiden, ist ein ganz enormer. Und ebenso verhält es sich bei dem Selter-

und natürlichem Brunnenwasser, das aus den Gebirgsgegenden oft über den ganzen Kontinent versandt wird, nur dass der Schaden hier nicht ganz so hoch ist wie beim Wein. Die Weinhändler, Brauereien und Lieferanten von Sprudelgetränken klagen immer wieder und wieder über die geringe Haltbarkeit der Flaschen.

Die eingangs erwähnte Statistik zeigt, dass in den 50 Betrieben 333 Arbeitsplätze vakant sind. Die Flaschenindustrie steht noch immer in der Hochkonjunktur. Alle Fabriken haben ungeheure Aufträge. Arbeitslose Flaschenmacher gibt es heute in Deutschland nicht. Sollten heute in Deutschland alle frei stehenden Werkstellen nach den Wünschen der Industriellen besetzt werden, dann fehlten sicher 400 Flaschenmacher. Aufträge über Aufträge sind vorhanden. Auch hat man es in den letzten beiden Jahren nicht zu einem Streik kommen lassen. Die Industriellen haben fast ausnahmslos die geringen Forderungen der Arbeiter bewilligt. Dies geschah nicht etwa aus Mitgefühl für die Arbeiter sondern nur, weil sie die Arbeitskraft des einzelnen zu schätzen wissen, und die letzten Jahre Riesengewinne abwarfen. Erbarmungslos würden die Flaschenmacher auf die Strasse gesetzt werden, wenn es möglich gewesen wäre, an stelle der jetzigen Produktionsweise die Maschinenfabrikation zu setzen. Die Flaschenindustriellen verfügen über grosse Kapitalien und werden die Maschine sofort ankaufen, sobald sie die Gewissheit haben, haltbare Flaschen mit ihr herzustellen. Solange es aber nicht feststeht, dass auch die Maschine die selbe individuelle Rücksichtnahme auf die Eigenart des Glases ermöglicht wie die Handarbeit, braucht der Flaschenmacher die Konkurrenz der Owenschen Erfindung nicht zu fürchten. Und kommt es über kurz oder lang zur Einführung von Maschinen wie in anderen Industrien, so wird, wie überall, die Arbeit der Maschine die der Hände nicht auf die Dauer verdrängen: die steigende Produktion ruft Bedürfnisse und Notwendigkeiten innerhalb der Produktion hervor, die zur Vermehrung statt zur Verminderung der Arbeiterzahl führen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Preussische Landtagswahlen

Die Dreiklassenwahl hat in der Tat auch diesmal ihre Unberechenbarkeit bewiesen. Blickt man ausschliesslich auf die eigenen Wählerziffern und die eigenen Mandate, ohne jede Rücksicht auf das parlamentarische Gesamtbild, dann haben wir als Sozialdemokraten Grund zum Jubel. Denn heute darf man es ruhig heraus sagen, dass vor dem 3. Juni in weitesten Parteikreisen die Zweifel an jedem Erfolg wesentlich stärker waren als der Glauben. Heute dagegen wissen wir, dass uns der 5., 6., 7., 9. und 11. Berliner Wahlkreis sicher zugefallen sind, dazu Rixdorf-

Schöneberg und Linden. Auch ein paar Stichwahlkreise erscheinen zum mindesten als nicht ganz aussichtslos, so Berlin XII, Altona, Frankfurt a. M.-Land. Unsere Freude ist um so berechtigter als unsere Siege nur möglich waren durch die unermüdliche, unübertreffliche Kleinarbeit des Kernes der Parteiorganisation und durch das ruhige Selbstbewusstsein der arbeitenden Massen Berlins, die den möglichen Folgen der öffentlichen Stimmabgabe mutig die Stirn boten, selbst in der Zeit der Arbeitslosigkeit und Krisis. Für ein solches musterhaftes gemeinsames Zusammenwirken gibt es tatsächlich kein Hindernis, das sich nicht nehmen liesse. Als System der Unberechenbarkeiten er-

wies sich jedoch die Dreiklassenwahl noch mehr für die linke Seite des Blocks, hier allerdings in deprimierendster Weise. Nationalliberale und Freisinnige erhofften, wie sie oft genug und vielleicht allzu oft kundgaben, eine wesentliche Verstärkung ihrer Reihen, um die alte, bald latente bald lebendig funktionierende konservativ-klerikale Majorität (zusammen 254 von früher 433, jetzt 443 Sitzen) auszuschalten und eine arbeitsfähige Blockmehrheit auch im Landtag bilden zu können. Diese Frontwendung gegen die Rechte und das Zentrum hat in einem kläglichen Durcheinander für die Nationalliberalen geendet, während die Freisinnigen froh sein müssen, dass sie ihr Häuflein von Abgeordneten notdürftig zusammenhalten konnten. Der Traum des ausschlaggebenden Landtagsblocks ist ausgeträumt und erst recht natürlich der eines Blocks, bei dem die Freisinnigen, weil unentbehrlich, zum Zünglein an der Wage aufrücken könnten. Konservative und Zentrum halten mehr als je das Heft in den Händen, obwohl die Verschiebungen sich zuletzt wahrscheinlich als ganz geringe herausstellen werden. Das parlamentarische Gesamtbild hat sich also sicherlich nicht zu unseren Gunsten geändert. »Wie 1903 ist auch jetzt der Generalangriff gegen rechts abgeschlagen«, konstatiert Freiherr von Zedlitz und Neukirch im *Tag* vom 5. Juni.

Trifft das jedoch zu, und hat der unermüdete und kluge freikonservative Scharfmacher weiter recht mit seiner Behauptung, dass die Regierung nunmehr die ganze Wahlreform als Bagatelle in grösster Ruhe von oben herab behandeln könne, so wird unsere Partei in Zukunft noch mehr als bisher schon vor der grundlegenden Frage aller unserer Wahltaktik stehen: Beteiligen wir uns an Wahlen, lediglich um Stimmen und Mandate für unser, hinter der bürgerlichen Gesellschaft liegendes Endziel zu erlangen und zu zählen, oder beteiligen wir uns, um für ein paar der nächsten Jahre die parlamentarische Gesamtlage für die Lösung bestimmter, realer Gegenwartsaufgaben günstiger zu gestalten? Je nach der Antwort wird man Licht und Schatten bei dem diesmaligen Wahlergebnis verschieden verteilt sehen und eine Aufrechterhaltung oder Änderung unserer bisherigen Wahltaktik für möglich und ratsam halten.

Im übrigen sei jedoch wiederholt, dass die Wahlreform in Preussen wahrscheinlich am meisten von den politischen Kon-

stellationen ausserhalb des parlamentarischen Getriebes, ausserhalb des Dreiklassenlandtages abhängen wird, und hier arbeiten Zeit und Verhältnisse unablässig für uns. Die erste Bresche ist gelegt, und meist hat sich das bereits als Anfang vom Ende erwiesen.

× England-Frankreich-Russland ×
Die englischen Arbeitervetreter und Radikalen versuchten im Unterhause Einspruch zu erheben gegen die geplante Königsreise zum Zaren, die sie wohl nicht ohne guten Grund mit der Absicht weitgehender internationaler Verständigungen in Verbindung brachten. Einen Einfluss auf den Gang der englischen auswärtigen Politik werden natürlich diese Verwahrungen zunächst nicht haben, obwohl ihnen der Premier Asquith, dem hier die Vergangenheit seiner eigenen nächsten Parteifreunde im Wege steht, nur verlegene Redewendungen entgegenzusetzen wusste. Da der französische Präsident gleichzeitig als vielumworbener Gast, in Begleitung Pichons, in London weilte und Ende Juli gleichfalls den Zarenhof aufsuchen wird, so ist es kein Wunder, dass viele und ernste Beobachter einen neuen Dreibund Frankreich-Russland-England am Horizont auftauchen und seine Spitze abermals gegen Deutschland und Deutschlands wirtschaftliches und politisches Ausdehnungsstreben kehren sehen. Wenn man die Vielgeschäftigkeit der reisenden gekrönten und ungekrönten Diplomaten — auch Eduard VII. wird Sir Charles Hardinge, den einstigen Gesandten in Petersburg, mit sich nehmen — nicht für eitel Augenverblendung halten soll, so ist in der Tat schwer ein anderes Ziel zu denken: die Teilnehmer der unter Englands Führung geschaffenen Ententen sichern sich gegenseitig ihre Expansionsgebiete zu, gestern in Afrika, heute in Mittel- und Ostasien, morgen am Bosphorus, während sie gleichzeitig jede ähnliche und gleiche Einflusserweiterung Deutschlands als selbstsüchtige, ehrgeizige Störung des internationalen Kräftegleichgewichtes und im Notfall als unerträglichen feindlichen Akt zu betrachten suchen. Auf jeden Fall bedeutet das ein verletzendes Missachten der internationalen Gleichberechtigung, wie sie schliesslich allein die Grundlage dauernder friedlicher Fortschritte im modernen Völkerleben bilden kann. Selbst innerhalb engster Grenzen gehalten, muss eine solche Missachtung er-

bitternd wirken wie Nadelstiche. Über diese Grenzen hinausgetrieben muss sie unbedingt zum denkbar gefährlichsten Spiel mit dem Feuer werden. Hören wir doch unsere Alldeutschen immer lauter vor aller Öffentlichkeit die Frage erörtern, ob es für Deutschland nicht richtiger sei den drohenden Einschnürungsring zu zersprengen, solange Russland noch schwach und innerlich zerrütet und Frankreich durch Marokko halb gelähmt sei. Und selbst wenn die Prediger solcher Dr. Eisenbartscher Radikalkuren vereinzelt bleiben, so müssen wir deutschen Sozialisten dennoch damit rechnen, dass der Widerstand gegen Flotten- und Armeevorlagen in den bürgerlichen Fraktionen und Wählermassen infolge solcher Vorgänge zusehends immer mehr erlischt. Wir haben daher alle Ursache den englischen Arbeiterabgeordneten für ihre Proteste dankbar zu sein.

× **Bagdadbahn** Mit welchem Argwohn man sogar rein wirtschaftliche

Erfolge Deutschlands beobachtet, beweist die Aufnahme der Nachricht, dass am 2. Juni in Konstantinopel der neue Bagdadbahnvertrag unterzeichnet worden sei. Eigentlich beginnt damit erst der Bahnbau. Denn bisher waren, auf grund der Konzession von 1903, dem früheren anatolischen Bahnnetz nur 200 km, von Konia bis Bulgurlu, hinzugefügt worden, während der Weg bis an den Persischen Golf etwa 2400 km beträgt. Die 4 neubewilligten Sektionen sind zusammen etwa 840 km lang; sie sollen in 8 Jahren betriebsfertig vollendet sein und bilden, wie man glaubt, den schwierigsten Teil des Gesamtwerkes, weil gleich im Anfang die taurischen Berggländereien zu überwinden sind, durch deren Pässe seit dem Altertum die grossen Heerstrassen und Handelswege der asiatischen Völker liefen. Die türkische Kilometergarantie ist ungefähr in der alten Weise heibehalten: sie wird aus den Überschüssen gespeist, die sich seit der Vereinheitlichung der türkischen Staatsschuld aus den im Muharremdekret der *Dette publique* überwiesenen Einkünften ergeben, ferner aus der Hammelsteuer der durchlaufenen Vilajets. Die Kosten der Anlage werden auf 180 Mill. M. geschätzt.

Wenn für das deutsche Kapital rein wirtschaftliche Interessen überwiegen, so soll damit natürlich nicht bestritten sein, dass für die Türkei militärische und sonstige

staatliche und religiöse Ziele ausschlaggebend sind. Die lose angegliederten Innengebiete Kleinasiens rücken durch den Bahnbau in engere Verbindung mit der Zentralregierung, die Türkei gewinnt eine festere strategische Grundlage gegenüber der persischen Grenze, zum Teil gegenüber russischen Vorstössen, alte Handelsstrassen werden durch ein modernes Verkehrsmittel ersetzt, der Anschluss Konstantinopel-Mekka, der über Aleppo führt, wird erreicht und dadurch ein höherer Einfluss des Sultans auf die vielverzweigte muhamedanische Völkerwelt ermöglicht.

× **Kurze Chronik** Die Wahlrechtsdeputation der sächsischen 2. Kammer hat die in voriger

Rundschau (pag. 692) geschilderten Vorschläge in 2. Lesung angenommen, gegen 4 Stimmen bei der Endabstimmung.

× Der englische Premierminister teilte einer Deputation von 60 liberalen Abgeordneten mit, dass die Regierung vor den nächsten allgemeinen Wahlen eine umfassende Wahlreform plane. Vor allem solle die längere Anwesenheit am Orte als Vorbedingung des Stimmrechtes, ferner die Möglichkeit des Pluralstimmrechtes beseitigt werden. Auch dem Frauenstimmrecht scheint das liberale Kabinett freundlicher als früher gegenüberzustehen; nach den Andeutungen von Asquith würde das Ministerium entsprechende Anträge des Unterhauses nicht ablehnen (vergl. die Rubrik *Frauenbewegung*, pag. 761). × Dagegen hat die Ritterschaft des mecklenburgischen Landtags in ihrer Vorversammlung am 3. Juni beschlossen im Plenum für die Beibehaltung der alten ständischen Verfassung zu stimmen und damit die Regierungsvorlage (vergl. pag. 693) zu Fall zu bringen. Die Landschaft (Städte) erklärte die Regierungsvorlage zur Basis einer Verständigung nehmen zu wollen.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Internationale Organisation Vor kurzem ist der 4. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1906 erschienen, der wieder manch interessanten Aufschluss über die ausserdeutsche Gewerkschaftsbewegung bringt. Allerdings ist auch dieser Bericht nicht vollständig; aus Amerika, Australien, ebenfalls aus Frankreich und Russland sind keinerlei Angaben über die Organi-

sation von den Landeszentralen gemacht. In folgenden Ländern waren im Jahre 1906 gewerkschaftlich organisiert:

Land	in Industrie, Handel und Verkehr		in der Landwirtschaft	insgesamt organisiert
	insgesamt Personen	davon weibliche	Personen	
England . . .	2 106 283	150 000	—	2 106 283
Holland . . .	128 645	4 459	200	128 845
Belgien . . .	158 116	5 400	—	158 116
Dänemark . . .	97 360	7 842	1 072	98 432
Schweden . . .	193 077	13 047	7 847	200 924
Norwegen . . .	25 339	1 010	—	25 339
Deutschland . . .	2 215 165	140 554	—	2 215 165
Österreich . . .	445 618	41 838	2 652	448 270
Ungarn . . .	129 332	5 503	24 000	153 332
Serbien . . .	5 350	550	—	5 350
Bulgarien . . .	5 000	—	—	5 000
Italien . . .	202 125	1 752	71 629	273 754
Spanien . . .	30 914	—	1 491	32 405
in summa	5 742 324	372 006	108 801	5 851 215

In den 13 Bericht erstattenden Ländern sind also nahezu 6 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Den gewerkschaftlichen Landeszentralen gehörten hiervon 3 222 252 Mitglieder an, im Jahre 1905 2 791 453, im Jahre 1904 2 333 261, im Jahre 1903 2 053 298 Mitglieder. Hier zeigt sich die Entwicklung gerade der fortgeschrittenen Gewerkschaftsbewegung, die sich in den Landeszentralen vereiniget, von Jahr zu Jahr günstiger.

Über die Einnahmen und Ausgaben der Organisation wird nur aus 12 Ländern (ausschliesslich Spaniens) und nur für 4 483 173 Mitglieder berichtet. Die berichtenden Organisationen hatten eine Gesamtjahreseinnahme von 108 283 428 M., eine Ausgabe von 91 360 424 M. und am Jahresschluss einen Vermögensbestand von 150 509 305 M. Verausgabt wurden für Verbandsorgan und Bibliotheken 3 537 036, Reiseunterstützung 990 756, für Arbeitslosenunterstützung 12 875 134, Krankenunterstützung 12 743 808, Invalidenunterstützung 6 861 707, Sterbegeld 1 700 613 und sonstige Unterstützungen 2 935 285, für Unterstützungen insgesamt 38 107 303, für Streiks und Aussperrungen 22 314 077 M. Die Ausgabe für Agitation, Prozesskosten, Kongresse usw. betrug 9 617 238 M., die für Verwaltung 17 341 663 M. Die höchste Ausgabe für Unterstützung hatte England mit 25 597 859 M., dann folgt Deutschland mit 9 301 238, Österreich mit 1 902 077 M. Für Streiks wurde der höchste Betrag in Deutschland mit 15 839 318 M. veraus-

gabt, in England 3 158 267, in Österreich 1 631 065 M.

Dem Bericht sind aus 14 Ländern Spezialberichte, ferner ein Gutachten der englischen Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit und die tägliche Arbeitsdauer und das Protokoll der 5. internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen eingefügt. Alle diese Publikationen verdienen die weiteste Beachtung der Gewerkschafter.

× **Tariffbewegung** × Die Tariffbewegung hat in den letzten Jahren einen so grossen Umfang angenommen, dass man sich eigentlich nicht zu wundern braucht, wenn jetzt in einer ganzen Reihe von Gewerben Bestrebungen auf Schaffung von Generaltarifen, Reichstarifen oder Durchführung eines einheitlichen Vertragsverhältnisses, einer Tarifgemeinschaft für das ganze Reich, zu tage treten. Diese Bestrebungen geben zurzeit nicht nur der Tariffbewegung im Baugewerbe, im Malergewerbe und in der Holzindustrie ihren bedeutungsvollen Inhalt, auch in anderen Berufen und Gewerben zeigen sich solche Bestrebungen. So ist am 29. März in Kassel zwischen den beteiligten Zentralleitungen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen im Stukkateurgewerbe ein Generaltarif vereinbart worden, der bei den örtlichen Tarifverhandlungen im Gewerbe künftig zur Grundlage dienen soll. Auch im Steinsetzergewerbe sind schon seit einigen Jahren Bestrebungen im Gange, die auf Abschluss eines einheitlichen Arbeitstarifvertrages für das gesamte Reichsgebiet hindrängen. In diesem Gewerbe ist bereits durch Abschluss von Bezirksverträgen einem Reichsvertrag vorgearbeitet worden. Ferner sind auch in der Portefeuilleindustrie Vorarbeiten zur Schaffung eines Einheitstarifes für das ganze Gewerbe getroffen worden. Auf einer Konferenz der beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in Berlin wurde vereinbart, alle bestehenden Tarife gemeinsam zum 1. Juli zu kündigen und einen Einheitstarif abzuschliessen auf der Grundlage der höchstens 9stündigen täglichen Arbeitszeit und der Festsetzung von 25 % Zuschlag für Überarbeit, eines höheren Zuschlages für Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Lohnfrage soll örtlich geregelt werden. Hier ist der Abschluss eines Einheitsstarifes in greifbare Nähe gerückt.

Schliesslich sind im Schneidergewerbe zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen Vereinbarungen über die künftige tarifliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse getroffen worden. Auch hier ist ein Tarifvertragschema vereinbart worden, das den örtlichen Verhandlungen zu grunde gelegt werden soll. Die Vereinbarung hat in diesem Frühjahr bereits praktische Erfolge gezeitigt, indem eine Reihe von Tarifen durch Eingreifen der Organisationszentralen und auf der früher beschlossenen Basis auf dem Verhandlungswege abgeschlossen worden sind. Auch im Schuhmachergewerbe sind Ansätze zu einer allgemeinen tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse gegeben. Sicher entspricht der Weg, der hier begangen wird, nicht den Wünschen aller Gewerkschafter, doch ist diese Entwicklung notwendig, sie ist die Konsequenz der von den Gewerkschaften intensiv geförderten Tarifbewegung, und sie wird nur die Quelle grosser Erfolge sein.

× **Frankreich** Vom Arbeitsministerium wurde kürzlich eine Statistik der Streiks im Jahre 1906 veröffentlicht, die trotz ihrer Mangelhaftigkeit Beachtung verdient. Die Zahl der Streiks, ihre Dauer und auch die Zahl der beteiligten Personen ist im Vergleich zu 1905 beträchtlich gestiegen. Das ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass im Jahre 1906 zwei grosse Bewegungen stattfanden, der Bergarbeiterstreik des Nordens und in Pas de Calais und die Maibewegung um den Achtstundentag. Es wurden im Jahre 1906 1309 (1905 830) Streiks geführt, an denen 438 466 (177 666) Personen mit 8 692 104 (2 522 030) Streiktagen beteiligt waren. Von diesen Streiks wurden 19 637 Betriebe betroffen. Auf die Maibewegung entfielen allein 295 Streiks mit 202 507 beteiligten Personen und 3 571 033 Streiktagen. Ein Zeichen dafür, wie sehr die regere Streikbewegung des Berichtjahres durch die sogenannte *direkte Aktion* beeinflusst war. Viel Erfolg hatte diese Streikbewegung allerdings nicht aufzuweisen, denn von den Streiks endeten nur 278 mit 31 148 beteiligten Personen erfolgreich, 539 mit 253 264 Personen wurden durch einen Vergleich beendet, während 490 mit 154 010 beteiligten Personen den Arbeitern eine Niederlage brachten. Leider sind in der Statistik nähere zusammenfassende Angaben über das Mass der errungenen ma-

teriellen Erfolge nicht gemacht. Es wird nur angegeben, dass in 383 Streiks mit 220 438 Streikenden eine Arbeitszeitverkürzung erzielt wurde. Für 183 000 Arbeiter wird eine Lohnerhöhung im Betrage von durchschnittlich 2 fr. pro Woche nachgewiesen, während die Zahl der Arbeiter, die in diesen Streiks irgendwelche Lohnaufbesserungen erzielten, wohl um ein beträchtliches höher ist.

In Paris haben die organisierten Unternehmer im Baugewerbe eine Aussperrung inszeniert, weil die Arbeiter sich weigerten auf die ihnen diktierten Arbeitsbedingungen einzugehen. Doch hat die Aussperrung lange nicht den von den Unternehmern gewünschten Umfang angenommen, so dass sie nach kurzer Dauer mit einem Fiasko der Unternehmer endete.

× **Kurze Chronik** Die christlichen Gewerkschaften veranstalten im Juli in Zürich eine internationale Konferenz. Diese soll sich mit der Frage der Organisationsform, mit den organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten und mit der Gründung eines internationalen Sekretariats befassen. Sonst wurden die freien Gewerkschaften von den Christlichen verhöhnt, weil sie auf die Pflege internationaler Beziehungen Wert legten. × Im Kürschnergewerbe hat sich nunmehr eine Einigung zwischen der lokalistischen Berliner Organisation und dem Zentralverband vollzogen. × Dem Zeichnerverband haben sich auf einem Zeichnertag, der Ostern in Dresden tagte, mehrere lokale Zeichnerorganisationen angeschlossen. × Im Bäckerverband haben bei einer Probeurabstimmung über Verschmelzung der Gewerkschaften im Nahrungsmittelgewerbe zu einer Einheitsorganisation 2796 Mitglieder mit Ja, 894 Mitglieder mit Nein gestimmt. × Am 13. und 14. April fand in Amsterdam der 3. allgemeine Kongress des Verbandes der niederländischen Gewerkschaften statt. Der Kongress erteilte den Gewerkschaften unter anderem den Auftrag die sozialdemokratische Partei im Wahlrechtskampf tatkräftig zu unterstützen.

Bildungsbewegung / Franz Lindheimer

Lehrer und Lehrerinnen betitelt Johannes Tews ein Kapitel seiner Schrift *Die deutsche Volksschule* /Berlin, Mar-

quardt/, und dieses Kapitel ist nicht das uninteressanteste des Buches, das in seiner Gesamtheit uns ein wenig lau, wenn auch noch immer kritisch, so doch sicher weniger kampfesfreudig vorkommt als manches, was Tews früher über und gegen die preussisch-deutsche Volksschulknebelung geschrieben hat. Pädagogische Gesichtspunkte, meint Tews, kommen heute bei der Geschlechterfrage im Lehrkörper nicht in Frage. Die Schulverwaltung setze vielmehr ohne weiteres die Lehrerin an Stelle des Lehrers, ohne zu fragen, ob man Mann und Weib als pädagogische Faktoren einfach vertauschen dürfe, was doch nicht der Fall sei. Die Lehrerinnenfrage sei eine soziale und politische Frage. Hinter der Lehrerin stehen »Mächte, die durch die Beschlüsse der Lehrerversammlungen nicht im entferntesten berührt werden, die aber in der Öffentlichkeit eine starke Vertretung haben.« Nämlich die katholische Kirche und die moderne Frauenbewegung. Die moderne Frauenbewegung, die gemeint ist, ist natürlich die nichtproletarische, erscheint aber hier nicht als der *Sport*, wie in manchen sozialdemokratischen Betrachtungen, sondern sie tritt als eine Waffe im wirtschaftlichen Kampfe vor uns hin. »In der Lehrerin«, sagt Tews, »nimmt im wesentlichen die Tochter materiell nicht besonders gut fundierter, aber politisch einflussreicher Volkskreise von der Volksschule Besitz. Rekrutierte sich der Stand der Volksschullehrer ebenfalls aus diesen Kreisen, stände der um das Amt werbenden Tochter der Sohn gegenüber, so würden die Interessen der Volksschule selbst dabei mehr in den Vordergrund rücken. Aber da dies nicht der Fall, da die männlichen Lehrer grösstenteils aus sozial tiefer liegenden und politisch weniger einflussreichen Volksschichten kommen, so handelt es sich hier im wesentlichen um den Platz an der Sonne, wenn es einen solchen in der Volksschule überhaupt gibt, um einen Kampf, der weniger zwischen Mann und Frau ausgefochten wird als zwischen sozialen Schichten und politischen Faktoren.« Das städtische Schulwesen werde »verweiblicht«, und »der männliche Lehrer muss sich immer mehr darauf einrichten bis an das Ende seiner Tage da zu amtieren, wohin behördliche Fürsorge ihn zuerst verwies«. Der Lehrermangel stehe im engsten Zusammenhange mit der Verweiblichung des städtischen Schulwesens, und solange

man hier nicht eingreife, sei selbst bei erheblicher Aufbesserung der ländlichen Gehälter und Beseitigung des niedern Kirchendienstes und der geistlichen Schulaufsicht nicht an eine Änderung des skandalösen Zustandes zu denken, dass Tausende von Schulstellen lange Zeit unbesetzt bleiben. Da auf einen solchen Eingriff aber nicht zu hoffen ist, so rechnet Tews mit der natürlichen Entwicklung und dem Gesetz von Ebbe und Flut. »Die Frauenbewegung hat bereit: *höhere Ziele*. Sie sucht für ihre Schützlinge mehr und *Besseres* zu gewinnen als ein Volksschulamt; je mehr man das Gewicht der betreffenden sozialen Klasse, aus der die zu Versorgenden stammen, in die Wagschale wirft, je mehr man für die Frau ein besonderes Recht auf gewisse Arbeitsgebiete konstruiert, um so mehr wird sich wahrscheinlich die Frauenbewegung zu heute ihr gleichgültig oder freundlich gegenüberstehenden Faktoren in Gegensatz bringen. Auch die Absichten der katholischen Kirche bei der Förderung der Lehrerin werden sicherlich wieder einmal stärker ins Bewusstsein treten als heute.« Dass man den Frauen die Volksschule so bereitwillig öffnet, bedeutet übrigens für Tews nicht ohne weiteres eine Wertschätzung der weiblichen Arbeit. »Häufig ist es umgekehrt: weil man die Volksschule nicht besonders hoch einschätzt, hält man weibliche Arbeitskraft in ihr für ausreichend.« Die Logik dieser als Symptom beachtenswerten Ausführungen zu beurteilen können wir dem Leser überlassen, der auch zu erkennen vermag, inwieweit sie durch die Psychologie wirtschaftlicher Konkurrenz getrübt sein könnte. Es ist zu bemerken, dass wegen der gleichen Anschauungen das Mitglied der *Freisinnigen Volkspartei* Herr Kopsch sich von dem Konservativen und ehemaligen Korpsstudenten Herrn von Brandenstein im preussischen Abgeordnetenhaus beschränkt und reaktionär nennen lassen musste.

× ×
Kurze Chronik Ein Jahresbericht der *Osakabibliothek* in Japan tut in beredten Zahlen den Bildungshunger des japanischen Volkes kund. Im vergangenen Jahre wies die Bibliothek eine Frequenz von 372 845 Bänden auf, davon 16 554 in fremden Sprachen. Da die Bibliothek damals 53 845 Bände enthielt, so ergibt sich, dass jeder Band im Jahre 7mal entliehen

wurde, ein Prozentsatz, den die übrigen grossen Bibliotheken nicht annähernd aufweisen. Bei dieser Zirkulation entfielen 92 427 auf Philosophie und Literatur, 50 711 auf Kunstgeschichte, 35 872 auf Weltgeschichte und Verwandtes. Die 105 237 Benutzer (darunter 33 088 Frauen) gliedern sich in 15 000 Kaufleute, 1574 Regierungsbeamte, 43 600 Studierende usw.

×
Literatur

In ihrer neu aufgelegten Broschüre *Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts!*/ definiert Wally Zepler den Wert der Bildung für das Kulturleben der Menschheit sehr gut in folgenden Worten: »Sie eint und umspannt die durch die Teilung der Arbeit im menschlichen Geiste zerrissenen und durch das Berufsleben im einzelnen einseitig entfalteten Tätigkeiten.« Nur der Gebildete sei in Wahrheit ein Kind seiner Zeit; nur er verstehe ihren Geist. Übergehend zu der speziellen Frage, die der Schrift den Titel gibt, heisst es, dass der wirtschaftliche Kampf des Proletariats am wirksamsten geführt wird, wo eine theoretische Grundlage die Möglichkeit gibt den proletarischen Standpunkt zu begründen, und dass für die arbeitende Frau und Mutter noch eine erhöhte Pflicht bestehe alles aufzunehmen, was ihr geistiges Verständnis, Kunstsinn und Schönheitsempfinden bringen kann. Denn um dem Manne eine teilnehmende, verständnisvolle Freundin, dem Kinde eine Erzieherin zu sein, »dazu muss man vor allem selbst ein Mensch sein, der . . . Anteil nimmt an allem, was draussen vorgeht, . . . der selber urteilt und denkt. Derjenige Mann, der seiner Frau Beschränkung auf das Haus auferlegt, wisse nicht, dass er bei bester Absicht sich selbst und seine Kinder um das Beste betrügt, was er besitzen könnte. Diesen leitenden Gedanken ist unbedingt zuzustimmen. × Unter dem Titel *Das Problem der Bücher- und Lesehallen* /Leipzig, Maas/ hat H. E. Greve die Erfahrungen langjähriger Studien in verschiedenen Ländern, wobei die Bibliotheksbewegung in Deutschland in den Vordergrund des Interesses tritt, herausgegeben. Im 1. Kapitel wird die sozialpädagogische, im 2. die technische und im 3. die finanzielle Seite des Problems behandelt. Die gross angelegte Arbeit zeigt den Charakter eines umfassenden und zuverlässigen Nachschlagewerkes

und dürfte in Zukunft von keinem, der sich mit der zur Behandlung stehenden Frage befassen will, zu umgehen sein. In dem Abschnitt, der sich mit dem Einfluss der Volksbildung auf den Klassenkampf befasst, tritt der Autor der bekannten flachen Meinung Schmollers, der letzte Grund aller sozialen Gefahr liege nicht in der Dissonanz der Besitzsondern der Bildungsgegensätze, mit bemerkenswerter Sachlichkeit entgegen. Wenn man die Umstände näher ansehe, die das Besitzergreifen der geistigen Entwicklung bedingen, dann stosse man doch fortwährend auf Besitzgegensätze. Auch beruhten die Machtverhältnisse, die auf den Klassenkampf Einfluss üben, »keineswegs auf einem grössert oder geringern Masse von Entwicklung. Es sind im Gegenteil andere als Entwicklungs-, (nämlich Besitzgegensätze, die den Klassenkampf ins Leben riefen und am Leben erhalten.« Geistiges Vermögen sei aber ein Hilfs- und Streitmittel im Klassenkampf; daher das Interesse der modernen Arbeiterbewegung an der Vereinfachung und Verbilligung des Weges zur geistigen Entwicklung. × In seinen *Volksunterhaltungsabenden* /Hamm i. W., Beer & Thiemann/ bietet Arnold Hirtz Leitsätze und Material. Die Leitsätze enthalten die immerhin löbliche Erkenntnis, dass das »unwissende Volk« nicht nur vor »den Lockrufen der Umsturzpartei« zu warnen ist, sondern dass es »auch noch in anderer Hinsicht der Belehrung bedarf«. Das Material enthält sogar kastierte Gedichte. Dass Freilicht-Trompeter, nachdem er den Reitersleuten den Schnurrbart streichen und sich auf die Seite zu der Marktenderin schleichen tät, solch eine verruchte Teufelei kann ein Rektor in Köln a. Rh. dem katholischen Volk aber auch unmöglich mitteilen.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Wahlrecht Im Mittelpunkt des Interesses für die Frauen, die proletarischen sowohl wie die bürgerlichen, steht gegenwärtig die Frage des Frauenstimmrechts. Unverkennbar haben die letzten Jahre überall Fortschritte nach dieser Richtung hin gebracht. Und wo die Frauen tatsächlich noch keine neuen politischen Rechte errungen haben, da war doch die fortschreitende Bewegung mindestens in dem aufgewandten Kampfesfieber bemerkbar.

Von Finnland abgesehen, wo bekanntlich in der Revolutionsströmung von 1906 das allgemeine aktive und passive Frauenstimmrecht erkämpft worden ist und die ins Parlament gewählten Frauen (in der Mehrzahl Sozialdemokratinnen) sich sofort als eifrige Mitarbeiter an der Gesetzgebung erwiesen, abgesehen ferner von der kleinen Insel Man, besitzen die Frauen in Europa politisches Stimmrecht nur in Norwegen. Dort ist es ihnen ebenfalls erst im vorigen Jahre verliehen worden, und zwar in beschränkter Form, an ein Jahreseinkommen von zirka 400 M. gebunden.

Neben diesen Ländern besteht gegenwärtig in England die stärkste Hoffnung für das weibliche Geschlecht endlich volle politische Gleichberechtigung zu erringen. Die letzten Tage erst brachten die Nachricht, der englische Premierminister Asquith habe noch für diese Session eine allgemeine Wahlreformbill in Aussicht gestellt und erklärt: die Regierung werde sich bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs einem Antrage zu gunsten des politischen Frauenstimmrechts nicht ablehnend gegenüberstellen. Da das Unterhaus, wie schon früher wiederholt, im April dieses Jahres in 2. Lesung bereits das Frauenstimmrecht auf gleicher Grundlage wie das Männerstimmrecht votiert hat, so ist nicht daran zu zweifeln, dass es in absehbarer Zeit Gesetz werden dürfte. Denn mag das Oberhaus einen Frauenstimmrechtsantrag diesmal vielleicht noch zu Fall bringen, auf die Dauer kann es sich nicht dem vereinten Wunsche von Unterhaus und Regierung entgegenstellen.

Jene neueste ministerielle Erklärung scheint jedenfalls den Anschauungen der *I. L. P.* gegenüber dem Standpunkte der *S. D. F.* recht zu geben. In der von der Regierung angekündigten Reformbill wird vermutlich eine Erweiterung des Wahlrechts geschaffen werden, die dann den Frauen so gut wie den Männern zu gute käme. Damit wären aber die Einwände zum Teil schon entkräftet, die gegen die Ausdehnung des gegenwärtigen englischen Wahlrechts auf das weibliche Geschlecht seitens der *S. D. F.* wie der deutschen Genossinnen auf dem internationalen Stuttgarter Kongress erhoben worden sind. Wie dem indessen auch sei, unbedingt musste es von vornherein klar erscheinen, dass bei den demokratischen englischen Verfassungs-

formen die Wahlrechtsbeschränkungen bei jedem energischen Ansturm der ausgeschlossenen Volksklassen sehr bald fortfallen müssen, und ebenso, dass sich bei einmal erobertem Frauenstimmrecht jede Änderung des Wahlrechts auf die Frauen mitbeziehen würde. Hätten unter diesen Umständen die Arbeitervertreter im Parlament — soweit sie etwa in der Frage ausschlaggebend waren — das beschränkte Frauenstimmrecht abgelehnt, so hätten sie gerade dem Vordringen der Bewegung in einer ihrer wichtigsten Etappen Halt geboten. Dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zuliebe, der in diesem Spezialfall höchstens momentan durchbrochen war, für die weitere Zukunft aber ganz und gar nicht gefährdet erschien.

Wir stehen hier wieder einmal, wie so oft in der Parteipolitik der letzten Jahre, vor einem Punkt, wo nach der Auffassung vieler das formale Prinzip dem Sinn der Sache widerstreitet. Denn die Erringung des Frauenstimmrechts auf gleicher Grundlage wie das Männerstimmrecht in einem politisch und wirtschaftlich so entwickelten Lande wie England wäre kulturgeschichtlich so bedeutungsvoll, dass sie auch für den Fortschritt der Arbeiterbewegung bei weitem die kleine Stimmverschiebung aufwöge, die dadurch unter dem gegenwärtigen Wahlrecht zu ungunsten des Proletariats erfolgen könnte. Diejenigen deutschen Genossinnen, die das Aufgeben einer grundsätzlichen Programmforderung unter allen Umständen für verwerflich halten, stehen durchaus konsequent auf dem Standpunkt der *S. D. F.* Aber auch die Geschichte der deutschen Partei hat in den letzten Jahren vollauf bewiesen, dass diese absolute Aufrechterhaltung des Prinzips in der politischen Praxis mehr und mehr unmöglich wird. Oder sollte es etwas anders sein als solch' eine Prinzipdurchbrechung, wenn wir heute bei den preussischen Landtagswahlen mittun, oder wenn die Partei in den Reichs-, Landes- oder städtischen Parlamenten fortdauernd ihre Zustimmung zu Gesetzen gibt, die mit Recht nur als winzige Abschlagszahlungen auf unsere Programmforderungen bezeichnet werden? Leider ist trotz aller Revisionistendiskussionen niemals versucht worden an der Hand der historischen politischen Tatsachen die Grenzen solcher Prinzipverletzungen festzulegen. Oder vielleicht ist diese Aufgabe an sich

unmöglich, und es bleibt im Einzelfall nur ein scharfes Abwägen des Für und Wider übrig.

So schreibt auch Genosse Knudsen-Kopenhagen in einem Artikel der *Gleichheit*, ohne damit übrigens einen Widerspruch der Redaktion wachzurufen: »Obgleich wir in unserer Eigenschaft als Sozialdemokraten nur das Einkammersystem und das direkte, allgemeine Wahlrecht anerkennen, haben wir jedoch vorderhand geglaubt weder die Abschaffung des *Landstings* noch der höchstbesteuerten Wählerklasse beantragen zu sollen. Die entsprechenden Forderungen würden nämlich der Herabsetzung des Wahlrechtsalters wie der Einführung des Frauenstimmrechts unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen.« Der sozialdemokratische Stimmrechtsantrag, auf den sich dieser Artikel bezieht, führte gegenwärtig noch zu keinem Erfolg. Dagegen ist in Dänemark nun von beiden Häusern das kommunale Frauenwahlrecht votiert worden, leider in einer weit reaktionärer Form als sie der ursprüngliche Regierungsentwurf vorsah. Die Frauen sind den Männern im kommunalen Wahlrecht zwar völlig gleichgestellt, aber dieses ist auch für die Männer bei Gelegenheit des Frauenstimmrechtsgesetzes mit einer Reihe neuer Verklausulierungen zu ungunsten der Arbeiterschaft belastet. Diese ungünstigere Fassung, die einem Kompromiss der Regierung mit den bürgerlichen Parteien ihr Entstehen verdankt, veranlasste die Sozialdemokraten im *Folkething* gegen den Entwurf zu stimmen, während sie ihn in seiner ursprünglichen Formulierung angenommen hätten.

In Schweden wurden kürzlich von der sozialdemokratischen, der liberalen und der Lindhagenpartei eingebrachte Frauenstimmrechtsanträge mit ziemlich knapper Majorität abgelehnt. Auch in allen anderen, selbst den kulturell weniger hervortretenden Ländern ist eine verstärkte Bewegung für Frauenstimmrecht deutlich erkennbar.

In Österreich beschäftigte sich die 3. sozialdemokratische Frauenkonferenz, die am 19. und 20. April in Wien tagte, mit der Stimmrechtsfrage. Genossin Schlesinger-Eckstein hielt das Referat. Die Konferenz erklärte es in der zum Schluss angenommenen Resolution für dringend notwendig und unaufschiebbar in Parlamenten und Parteiagitation der Forderung des Frauenstimmrechts eine erhöhte Beachtung zu schenken. Die

Feier des 1. Mai sollte zu einer besonderen Agitation dafür ausgestaltet werden. In Frankreich findet im Juni im Anschluss an eine internationale Frauenstimmrechtskonferenz ein Kongress zur Erörterung der bürgerlichen und politischen Rechte der Frauen statt. In Italien brechen sich die Ideen der sozialen und politischen Befreiung des weiblichen Geschlechts trotz der in vieler Beziehung noch so rückständigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes rasche Bahn. Vom 23. bis zum 30. April tagte in Rom der 1. nationale italienische Frauenkongress, der ohne Widerspruch allgemeines Frauenstimmrecht in seine Forderungen aufnahm. Auch im spanischen Parlament wurde kürzlich ein Antrag auf Gewährung des kommunalen Frauenstimmrechts gestellt, der natürlich vorläufig keine Mehrheit erzielte.

Ähnlich in Einzellandtagen. In Böhmen, wo an dem beschränkten Wahlrecht zum Landtag auch Frauen teilnehmen, haben diese neben den Männern bei der letzten Wahl rege mitgekämpft. Bei der Wahl zum galizischen Landtag, zu dem ein Teil der Frauen wahlberechtigt ist, wenngleich sie nur durch Bevollmächtigte stimmen dürfen, war von den Frauenrechtlerinnen eine Kandidatin aufgestellt worden, die von 5000 abgegebenen Stimmen 500 auf sich vereinigte.

Dass in den Vereinigten Staaten, wo das Frauenstimmrecht am frühesten rastlose und energische Vorkämpferinnen fand, die Bewegung in absehbarer Zeit zu vollem Erfolge führen muss, darf man als sicher annehmen. Gegenwärtig genießen die Amerikanerinnen allerdings erst in 4 der Unionsstaaten volle politische Gleichberechtigung, in einigen anderen nur ein beschränktes Stimmrecht. Aber die fortgesetzte kraftvolle Agitation schlägt unermüdlich Bresche in das Lager der Stimmrechtsgegner und entreisst ihnen die politischen Vorrechte Stück für Stück. Bemerkenswert ist in Amerika die Tatsache, dass in einer ganzen Reihe von Unionsstaaten Parlament und Regierung wiederholt das Frauenstimmrecht votierten, es dagegen in der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Am 3. März dieses Jahres hatte der amerikanische Frauenstimmrechtsverband wiederum Audienzen bei beiden Häusern des Kongresses. In der Konferenz mit dem Repräsentantenhaus trat der Senator von Oklahoma als eifriger

Verfechter des Frauenstimmrechts auf. Den fortschreitenden Erfolgen im Ausland gegenüber nimmt Deutschland noch eine recht abwartende Haltung ein. Als bei den Etatsberatungen dieses Jahres die Sozialdemokraten im Reichstag von neuem einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht für alle Parlamente auch für die Frauen einbrachten, stimmten selbst von den Liberalen nur 2 Abgeordnete, D. Naumann und Dr. Potthoff, dafür, Ein gleich grossartiges Ergebnis hatte eine schriftliche Umfrage der Ortsgruppe Berlin des *Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht* an sämtliche Landtagskandidaten für Berlin und die Vororte, wieweit sie sich bereit erklärten im kommenden preussischen Landtag Anträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen zu unterstützen respektive selbst zu stellen. An Sozialdemokraten war die Anfrage nicht gerichtet worden, da sich eine bejahende Erwidrerung ihrerseits von selbst verstand. Von allen anderen Kandidaten antworteten wiederum ganze 2 in rückhaltlos bejahendem Sinne. Ein wahrhaft klägliches Resultat. Die Berliner Lokalgruppe beschloss darauf — von ihrem Standpunkt durchaus konsequent — bei den Wahlen neben jenen beiden nur die Sozialdemokraten zu unterstützen. Über den Standpunkt selber soll ein andermal die Rede sein.

× ×
Kurze Chronik Vom 24. bis zum 28. Mai fand in Italien ein Kongress für soziale Frauenarbeit statt, dessen Vorsitz Ada Negri führte. × Auf der 3. sozialdemokratischen Frauenkonferenz Österreichs wurden neben dem Frauenwahlrecht Fragen der inneren Organisation, der politischen Frauenarbeit sowie sozialpolitische Forderungen erörtert. × Im Oktober soll in Berlin eine *Soziale Frauenschule* (Vorbildung für den häuslichen Pflichtenkreis und fachliche Ausbildung für soziale Arbeit) eröffnet werden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Entwicklung und Werturteil Der Wiener Privatgelehrte Rudolf Goldscheid, der durch sein Buch *Zur Ethik des Gesamtwillens* zuerst Aufmerksamkeit erregte, hat jetzt eine die dort angebahnten Gedankenreihen eigenartig weiterspinnende Programmschrift *Ent-*

wickelungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie / Leipzig, Klinkhardt/ publiziert; eine prinzipielle Erörterung, für die ein demnächst erscheinendes grösseres Werk des Autors nähere Belege und Illustrationen liefern soll. Das Buch beginnt mit einer Polemik gegen die übertriebene Bedeutung, die von den Darwinisten der sogenannten *natürlichen Auslese* als kausal wirksamen Faktor in der Entwicklung der Lebewesen beigemessen werde. Die Auslese, das Überleben der Passendsten im Kampf ums Dasein, bilde vielmehr nur einen unter den unzähligen vielen Faktoren, die bei Heraus- und Fortbildung der Arten im Spiele seien. Auch halte sich, je höher organisierte Arten man ins Auge fasse, der Umfang der Reproduktion, die Masse der Geburten, die das Material für die Auslese liefert, der Regel nach in um so engeren Schranken. Jene Meinung, dass mit der Härte der Daseinsbedingungen, der Schärfe, in der das Prinzip der Auslese walte, die Chancen für die Fortentwicklung einer Gattung, für die Heranzüchtung von Exemplaren erhöhter Lebensfähigkeit steigen — eine Hypothese, die die Lobredner des Bestehenden zur Entschuldigung, ja zur Verherrlichung der massenhaften Lebensvernichtung in der heutigen Gesellschaft nutzen —, zeuge von offenkundigster Missdeutung der naturwissenschaftlich gegebenen Tatsachen. Und was die menschliche Entwicklung anlangt, so sei diese im wesentlichen überhaupt nicht mehr als unbewusst »passive Anpassung des Subjekts an die Tücken und Launen des Naturlaufs« sondern umgekehrt nur als planmässige Umgestaltung, als »aktive Anpassung des Objekts an die Erfordernisse des Subjekts« verständlich. Das allgemeinste Ziel aber, dem eine solche aktive Entwicklung vernünftigerweise zustreben müsste, kann, wenn man mit Goldscheid als Massstab der Wert- und Zielbestimmung nicht irgend welche subjektiven Liebhabereien noch egoistisch partikuläre Interessen sondern das menschliche Gattungsinteresse, einen (freilich nur in der Idee bestehenden) vernünftigen »Kollektivwillen der Kulturgemeinschaft« annimmt, kein anderes sein als die Herstellung eines Gesellschaftszustandes, in dem all unsere menschlich-kulturell wertvollen Naturanlagen in freier Weise, also ohne Unterdrückung und Verkümmern des einen Teils der Gesellschaftsglieder durch den anderen, sich entwickeln

können. Es ist das gleiche Entwicklungsideal, das Kant bereits in seiner kleinen Abhandlung *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* formuliert, freilich ohne sich der in einer solchen Formulierung enthaltenen ökonomischen Konsequenzen bewusst zu werden.

Aber wenn Kant — hierin mit dem prinzipiellen Standpunkt der Marx'schen Geschichtsauffassung durchaus übereinstimmend — die Entwicklung zu diesem Ideal durchaus nicht als eine von der Einsicht und uneigennützig idealistischen Gesinnung der Gesellschaftsglieder planmässig bewirkte sondern als Bewegung auffasst, die unbeabsichtigt und doch notwendig aus dem Kampf partikulärer egoistischer Interessen im Völker- und Staatsleben entspringe, will Goldscheid das Ideal unmittelbar zum Richtmass der Kritik des Bestehenden, zur wegweisenden Instanz für die gesellschaftliche Praxis machen. Seine Argumentation ist schlagend gegenüber jener Sorte Menschenfreunde, die konfus an unkritisch generalisierende naturwissenschaftliche Hypothesen anknüpfend die Misere der Volksmassen in eine vom Aufstieg der Gattung unabänderlich geforderte, notwendige Entwicklungsbedingung umschwindeln möchte: ob diese Herrschaften nun in dem altspießbürgerlichen Malthuskostüm oder in der noch windigeren Nietzsche- und Übermenschensmode von vorgestern auftreten. Sie vermag in ihrer methodischen Begründung ausser der Widerlegung solcher interessierten und frivolen Trugschlüsse wohl insofern auch positive Arbeit zu leisten als sie in Kreisen, die schon eine gewisse Prädisposition dafür besitzen, die Gewissen gegenüber den himmelschreienden Missverhältnissen unserer so gerühmten Kultur aufrüttelt und schärft. Aber eine Denken und Handeln revoltierende Wirkung in dem Umfange, wie sie der Verfasser zu erwarten scheint, kann meines Erachtens schwerlich von ihr ausgehen.

Der Sozialismus, der die Unterdrückten in ihrem Klasseninteresse zum Kampf gegen die Lebenshemmungen, die die gegebene Gesellschaftsordnung für sie einschliesst, aufruft, dieser Sozialismus hat ja auch überall in der Darstellung seiner Ziele darauf hingewiesen, dass die von ihm erstrebte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine der denkbar höchsten gesteigerten Entwicklungsmöglichkeiten für jedermann ist, er hat seiner Kritik des Be-

stehenden vielfach, wenn auch meist nicht klar ausgesprochen, den Massstab eines solchen Entwicklungsideals zu grunde gelegt. Wie soll aber eine etwas andere Nuancierung und Begründung dieses Massstabes, in der Art, wie sie von Goldscheid vertreten wird, die Kraft derartigen Argumente, die an den harten Köpfen und Herzen der Herrschenden wie stumpfe Pfeile abprallten, um ein Beträchtliches vermehren? Was kümmert diese Leute der Nachweis, dass die heutige Gesellschaft, deren Privilegierte sie sind, mit der Gesundheit und Lebenskraft der Menschen, dem kostbarsten Entwicklungsgut, eine ruchlose Vergeudung treibt, was der Appell an das Gattungsinteresse? Glaubt er durch eine Widerlegung der von Wortführern der Herrschenden ausgeheckten Beschönigungstheorien Gesinnung und wirkliches Verhalten dieser Kreise und ihrer gedankenlosen Mitläuferscharen ändern zu können?

All die Gesichtspunkte, die Goldscheid für eine *richtige Ökonomie* entwickelt, das heisst für eine solche, die planmässig, bewusst zum Zweck menschlicher Erhaltung und Höherentwicklung die Arbeitsverteilung unter die verschiedenen Tätigkeitssphären wie die Verteilung der Produkte regelt, unterstellen ja offensichtlich immer schon eine Umgestaltung der privaten in eine kollektivistische Wirtschaftsordnung. Das ist die Vorbedingung, unter der so etwas wie ein »Kollektivwille der Kulturgemeinschaft« überhaupt erst sich formieren und eine leitende Macht werden kann. Die naturwissenschaftlich-evolutionistische Basis, die er zur Begründung heranzieht, schafft seinen Postulaten keine vermehrte Wirklichkeitsmöglichkeit im Rahmen des Bestehenden. Was und wieviel nach dieser Richtung realisierbar sein wird, darüber entscheidet schliesslich doch nur immer das Wachstum in der Macht und dem Einfluss der Arbeiterorganisation, die als Vertreter ihres Klasseninteresses im Sinne des Gattungsinteresses wirkt, aber durchaus nicht der Grad von Deutlichkeit, bis zu dem der Begriff eines rationalen Entwicklungszieles theoretisch herausgearbeitet ist. Die Begründung sozialer und sozialistischer Forderungen vom Standpunkt des Goldscheid'schen Evolutionismus und einer *Entwicklungswerttheorie*, die den höchsten Wert, den Wert des Menschlichen als letzte Direktive für das zu Schaffende proklamiert, mag unserer modernen

Denkart angepasster sein als die Berufung auf das, was man früher *Menschenrechte* nannte, praktisch ändert sich damit wenig. Beiderlei Deduktionen sind idealistisch und lösen sich, wo sie nicht den Rückhalt starker, unmittelbarer Interessen finden, in luftige Gedankenbildungen ohne selbstherrliche historische Bewegungskraft auf. Gewiss würde zum Beispiel die Methode einer rationellen Entwicklungsökonomie, wie Goldscheid hervorhebt, mit drei jeweils konkret gegebenen Momenten zu operieren haben: mit den gesellschaftlich notwendigen Bedürfnissen, das heisst den Bedürfnissen, deren Befriedigung zur zweckmässigsten Erhaltung des menschlichen Organismus und Entwicklung seiner geistigen Kräfte notwendig ist, mit den verfügbaren qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften der Menschen samt den verfügbaren Naturenergien, endlich mit der jeweils gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die bei der jeweiligen Technik zur Herstellung der vom Entwicklungsbudget erforderlichen Güter gebraucht wird. Aber was lässt sich heute mit einer solchen Methode anfangen, wo sind Ansatzpunkte zu irgend einer Praktizierung dieser? Was hat also die von Goldscheid der Wissenschaft zur Pflicht gemachte nähere Beschäftigung mit solchen Entwicklungsbudgets oder verwandten Problemen für einen Sinn? Was hilft es über die Vorzüglichkeit von Reis und Pflaumen zu philosophieren, wenn man, wie Reuters Bauern, sie doch nicht kriegt? Die Bedeutung humanitärer Entwicklungsideen gewinnt wenig durch Detailausspinnung. Das Wesentliche ist allein der Hinweis, dass die Entwicklungsrichtung, auf die heute die sozialistische Bewegung hindrängt, mit der Entwicklungsrichtung, die, vom Standpunkt der Gattung aus gesehen, rationell erscheint, zusammenfällt.

× **Geschichtsauf-**Das *Archiv für Sozial-*
fassung *wissenschaft und soziale Ge-*
setzgebung, in dem Pro-

bleme der soziologischen und historischen Methodik des öfteren anregend diskutiert wurden, brachte im 2. Heft des 25. Bandes eine kritische Überschau des Leipziger Professors Eulenburg über die Haupterscheinungen der neueren geschichtsphilosophischen Literatur. Die Auseinandersetzung mit Kurt Breysigs *Aufbau und Gesetze der Weltgeschichte* und Karl Lamprechts Vorträgen *Moderne Geschichtswissenschaft*

beansprucht durch die Art, wie hier am Beispiel dieser beiden Autoren die Schwierigkeit geschichtlicher Klassifikationsprinzipien erörtert wird, ein allgemeineres Interesse. Es liegt ja auf der Hand: Der Begriff einer *geschichtlichen Entwicklung* schliesst die Vorstellung einer von den verschiedenen Gesellschaften zu durchlaufenden Reihenfolge sozialer Zustände in sich; eine einheitliche Charakteristik dieser Stufenfolge aber erheischt als Ausgangspunkt die Fixierung eines gemeinsamen Massstabes, eines Klassifikationsprinzips, dem die Merkmale zur Unterscheidung der Stufen entnommen werden können. In der Konsequenz der marxistischen Geschichtsauffassung läge es die Stufen unmittelbar nach Merkmalen der Produktionsordnung und der Produktionsmittel abzugrenzen, indes ist diese Aufgabe für das grosse Ganze der Geschichte vorerst nur postuliert, nicht durchgeführt, und Breysig hat den Einwand erhoben, dass in den früheren Geschichtsperioden die Stufen, die sich so rein ökonomisch unterscheiden liessen, für die Zwecke des Historikers und Soziologen zu weit gesteckt und zu viel umspannend seien. Das Einteilungsprinzip, das er an Stelle des von ihm abgelehnten ökonomischen setzt, unterliegt aber, wie Eulenburg schlagend nachweist, nicht nur ganz ähnlichen Bedenken sondern schwebt auch losgelöst von jeder kausalen Fundamentierung völlig in der Luft. Breysig will auf Merkmale politischer Organisation und Machtentfaltung als das Entscheidende zurückgreifen. Das Nacheinander der politisch charakterisierten Stufen meint er als ein in gleicher Weise sich bei allen Völkern wiederholendes nachweisen zu können, in wie ungleichmäßigem Zeittempo auch die Entwicklung erfolge. Dabei muss er jedoch schliesslich selbst einräumen, dass bei dieser Einteilung Gesellschaften von gänzlich verschiedener Wirtschaftsweise und gänzlich verschiedener geistiger Kultur unter die selbe politische Stufenrubrik entfallen; was doch eben beweist, dass jene politischen Unterscheidungsmerkmale einen brauchbaren Index für den jeweiligen Gesamtcharakter einer Gesellschaft nicht ergeben, dass bei solcher Anordnung und Gruppierung soziale Organismen heterogener Art in eine Klasse zusammengefasst und eng verwandte auseinandergerissen werden. Als eigentlichen Kardinalfehler aber hebt Eulenburg mit vollem Recht hervor, dass jene politische

Stufenfolge bei Breysig zudem nur ein empirisch aufgegriffenes Nacheinander darstellt, von dem es gänzlich unklar bleibt, warum, infolge welcher inneren Notwendigkeit es so und nicht anders verlaufe: es fehlt hier gänzlich die Beziehung zu einem den Veränderungen zu grunde liegenden, sie aus sich erzeugenden, kausal wirksamen Grundfaktor des sozialen Lebens. Mit ähnlicher, gleich treffender Argumentation wird Lamprechts wunderlicher Versuch die Stufen nach psychologischen Merkmalen der in ihnen jeweils vorherrschenden Seelenstimmung zu sondern abgewiesen. *Konventionalismus* soll nach diesem Historiker die Signatur des späteren Mittelalters, *Individualismus* die der neuen, *Subjektivismus* und potenzierte *Reizsamkeit* die der neuesten Zeit sein. Es sind das vielschuldig schillernde Bezeichnungen, die, wie Eulenburg bemerkt, vorwiegend eine Charakteristik des Stimmungs- und des Phantasielebens im Auge haben, aber hinsichtlich des Handelns und praktischen Verhaltens der Menschen, mithin auch der realen Bewegung des sozialen Lebens auf den verschiedenen Stufen gar keine halbwegs fasslichen Direktiven geben. Hieran schliesst sich der prinzipielle Einwand, dass bei jeder psychologischen Klassifizierung das Seelische im Völkerleben am Ende immer als ein gesetzmässig sich durch eine Reihe bestimmter Stadien hindurch entwickelnder Faktor mit vorausgesetzt sei, während doch das, was dem Seelischen die Richtung des Handelns gibt und es umsetzt in Aktion und in gesellschaftliche Bewegung, in erster Reihe die absolut aus keinem Seelenschema deduzierbaren äusseren Verhältnisse sind. Die Standpunkte, von denen eine Geschichtsphilosophie bei dem Versuche methodischer Stufencharakteristik ausgehen kann, sind ihrer Zahl nach eng begrenzt. Insofern läuft die Aufdeckung der Widersprüche, an denen ein politisches wie psychologisches Klassifizierungsschema scheitern muss, der Sache nach, so scheint es, auf das Resultat hinaus, dass die Skizzierung einer Stufenfolge ihren Ausgangspunkt doch immer in dem ökonomischen Prozess zu suchen haben werde. Sollten die sich so ergebenden Hauptstufen zu weit gespannt sein, so bewiese das nur, dass dies Prinzip der Einteilung der Ergänzung durch andere Unterscheidungsmerkmale bedarf, die dann den ökonomischen zu subordinieren sind.

X

X

Kurze Chronik Nach der kurzen Episode der politischen Wirksamkeit des Generalstreiks, der nach verblüffenden Anfangserfolgen sich rasch abnutzte, kehrt man jetzt wieder zu dessen Studium zurück. Ein Buch Dr. Elsbeth Georgis /Jena, Gustav Fischer/ und eine Abhandlung Emile Vanderveldes im *Archiv für Sozialwissenschaft* beschäftigen sich eingehend mit der Theorie und Praxis dieses Phänomens; das erstgenannte Werk bringt auch ausführliche Literaturangaben. X Eine interessante Publikation ist die Sammlung der Reden A. Millerands *Travail et travailleurs* /Paris, Fasquelle/, die ein Bild seiner Tätigkeit und sozialen Auffassung gibt. X In 2. Neuausgabe ist Karl Marx' Schrift *Zur Kritik der politischen Ökonomie* /Stuttgart, Dietz/ erschienen, vermehrt durch die im Nachlass vorgefundene *Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie*. X An der Berliner Universität ist ein 4. Lehrstuhl für Nationalökonomie errichtet und mit dem Professor Ludwig Bernhard aus Kiel besetzt worden.

X

Literatur

Die verschiedenen Arten und Momente der modernen Wirtschaftskrisen untersucht Dr. Mentor Bouniatian im 1. Bande seiner *Studien zur Theorie und Geschichte der Wirtschaftskrisen, den er Wirtschaftskrisen und Überkapitalisation* /München, Reinhardt/ betitelt. Der Verfasser sieht in der der kapitalistischen Produktionsweise notwendig inhärierenden Tendenz zur Überkapitalisation den wesentlichen Faktor der Krisenbildung. Seine Erklärung und Deutung der Wirtschaftszyklen deckt sich im allgemeinen mit der hergebrachten Ansicht, gibt aber im Detail wohl auch neue Anregungen. Die relative Überkapitalisation, das heisst die Produktion und Anhäufung von Betriebsmitteln zur Zeit des Aufschwungs in einem Umfang, in dem sie sich bei sinkender Konjunktur von den kapitalistischen Unternehmern nur noch zum Teil gewinnbringend ausbeuten lassen, hat, wie in Übereinstimmung mit der sozialistischen Kritik betont wird; ihre Grundvoraussetzung in der kapitalistischen Einkommensverteilung, die durch niedrige Löhne den Massen einen Konsum, der mit der wachsenden Ertragsfähigkeit der Arbeit Schritt halten könnte, unmöglich macht. X Eine zuerst in den Festgaben für Adolf Wagner abgedruckte

Arbeit Dr. Michael Hainisch' *Die Entstehung des Kapitalzinses* /Wien, Deuticke/ will den Nachweis führen, dass sich das entgeltliche Darlehen bei den allerverschiedensten Völkern aus der Viehleihe an Nachbarn entwickelt habe, indem derjenige, der eine Kuh zur Milchnutzung langfristige auslieh, als Gegenleistung das Kalb, das sie warf, samt der Kuh zurückverlangte. Das beigebrachte Material ist reich und interessant, die These einleuchtend entwickelt. Dabei hebt der Autor selbst hervor, dass solche genetischen Untersuchungen natürlich auf die Frage nach Wesen und Funktion des Kapitalzinses in einer ökonomisch entwickelten Gesellschaft keine Antwort geben; auch verwirft er jene vulgäre Theorie, die Gewinn und Zins in solchen Gesellschaften aus der sogenannten *Produktivkraft* des Kapitals herleitet. Die Erklärung, die er an deren Stelle setzen will, kann freilich, soweit sich aus den Andeutungen der Vorrede etwas erkennen lässt, ebenso wenig befriedigen; sie verwechselt anscheinend die Frage nach dem Kausalgrund jener Einkommensarten innerhalb entwickelter Warenproduktion mit der Frage nach deren eventueller Berechtigung und begehrt so ein ganz ähnliches Quidproquo wie jene Produktivitätstheorie. X Ein Vortrag des Professors Siegfried Czapski, des langjährigen, nun auch verstorbenen Geschäftsleiters der berühmten *Carl Zeiss-Stiftung* in Jena, *Ernst Abbe als Arbeitgeber* /Tübingen, Laupp/ entwirft ein eindrucksvolles Bild der sozial-ethischen Auffassung und Tätigkeit des trefflichen Mannes. Charakteristisch ist die scharfe Betonung des Rechtsstandpunktes. Die Einführung der Pensionskasse für die in dem Betriebe alt gewordenen Arbeiter sowie die relativ hoch bemessene Abgangsentschädigung aller ohne eigenes Verschulden Gekündigten galten Abbe nicht als wohlthätige Extraleistung sondern als einfachste aus der Unternehmerfunktion fließende Rechtspflicht. Besonderes Interesse verdient der Hinweis auf die exakten von Abbe aufgestellten Berechnungen für das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung in dem Betrieb. Die Leistung stieg bei jeder Kürzung, auch nach der letzten, die die Stundenzahl von 9 auf 8 Stunden herabsetzte. X In den sozialpsychologischen Monographien *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ erschien eine Schrift *Richard Calwers Der Handel*, die die hervor-

stechendsten Typen der Händlerschaft und die Entwicklungstendenzen des Handelsgewerbes in knapper, anregender Weise skizziert. X Eine vorzüglich instruktive und dabei gut populäre Darstellung von Rousseaus Lebenswerk gibt Professor Paul Hensel in einem Bändchen von 120 Seiten der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/. In erster Reihe dürften die ausführlichen Kapitel über die Geschichts- und Rechtsphilosophie des eigenartigen, auch heut noch fortwirkenden Denkens interessieren.

Hygiene / Heinrich Grün

Schulhygiene Die Literatur über dieses Kapitel der sozialen Hygiene ist in den letzten Jahren unheimliche gewachsen. Es wird mitunter sehr Gutes geboten, aber bisweilen stößt man auf Thesen, die sehr lebhaft an Jules Verne erinnern: verlockend im ersten Moment, aber unmöglich zu realisieren. Von schulhygienischen Schriften der letzten Art kann hier kaum gesprochen werden, weil an dieser Stelle in erster Linie realpolitische Forderungen von Praktikern registriert werden sollen. Allerdings muss man sich eins vor Augen halten: Nicht alle Postulate der Schulhygieniker, vielleicht die wenigsten, können von dem Standpunkt aus beurteilt werden, ob sie bei den kompetenten Faktoren als undurchführbar bezeichnet werden; denn fiskalische Zugeknöpftheit und kapitalistische Engherzigkeit beurteilen gewisse Fragen nur nach den erforderlichen Opfern, und freiwillig werden sich gewisse Machthaber, von der kleinsten Dorfgemeinde angefangen bis hoch hinauf in die Ministerien, niemals dazu hergeben dem Allgemeinwohl zuzuliebe den Geldbeutel zu öffnen. Das hat aber bisher die Vertreter der Wissensgebiete, die für die Schulhygiene von Belang sind, der Baukunst, der Pädagogik und der Medizin, nicht abgeschreckt vernünftige Forderungen immer und immer wieder geltend zu machen, bis die leitenden und einflussreichen öffentlichen Faktoren klein beigaben. Hierbei muss mit besonderer Genugtuung konstatiert werden, dass die sterilen Bürokraten und kurzsichtigen Beschützer des Gemeinde-, Landes- oder Reichsvermögens von der Sozialdemokratie so lange gestossen wurden, bis sie sich vor der Öffentlichkeit ihrer Rückständigkeit schämten und Vernunftgründen zugänglich waren. Sprach doch

beispielsweise ein Abgeordneter namens Reimer in einer Sitzung der Hamburger Bürgerschaft noch am 24. März 1897 die kulturwidrigen Worte: »Die ungesunden und unfreundlichen Räume in den Häusern, aus denen unsere Volksschüler kommen, lassen es nicht wünschenswert erscheinen die Kinder durch lichte, freundliche Schulstätten — zu verwöhnen [!].« Auch in Österreich ist man in manchen Städten noch der offen ausgesprochenen Meinung, dass der Gegensatz zwischen einer hygienischen Schule und einem unhygienischen Heim die Unzufriedenheit der Schüler mit den häuslichen Verhältnissen erzeuge. Trotz solcher Personen, die etwas unzeitgemäss zur Welt kamen, haben es die an der Schulhygiene interessierten Kreise nicht daran fehlen lassen die Theorie der Schulhygiene so lange ins Volk zu bringen, bis man für sie allorts Verständnis erweckte.

Die Schulhygiene kann nach den vielen zu Gebote stehenden instruktiven Schriften in folgende, den drei Wissensgebieten, Baukunst, Pädagogik und Medizin entsprechende Kapitel eingeteilt werden: 1. Hygiene des Schulgebäudes und des Aufenthaltes darin, 2. Hygiene des Unterrichts und der Beschäftigung in der Schule und 3. Prophylaxe von Infektions-, Konstitutions- und Beschäftigungserkrankungen. Wir wollen im folgenden einen Überblick über die wichtigsten Erfahrungen geben, müssen dabei auch allgemein Bekanntes berühren, um später fortlaufend über alle bedeutenden Neuerscheinungen zu referieren.

Für die Hygiene des Schulgebäudes ist die Wahl eines geeigneten Bauplatzes von prinzipieller Bedeutung. In Deutschland und in Österreich sind für Schulbauten und Schuleinrichtungen gewisse Bedingungen, die von den Ministerien aufgestellt wurden, zu erfüllen. Das Schulgebäude soll möglichst eine freie und gesunde Lage haben, ein allerdings in Grossstädten oft nur irrales Verlangen. An das Schulgebäude soll sich wenn möglich ein Garten anschliessen, damit die Schüler während der Pausen gute Luft geniessen. In grossen Städten muss das Schulhaus von einem geräuschlosen Pflaster umgeben, und auch die Umgebung des Schulgebäudes soll möglichst gepflastert sein, damit die Schüler nicht allzuviel Staub in die Schule bringen. Einige Autoren schlagen daher ausserdem in den Fussboden eingelagerte Schuhreiniger vor, die die Schuhe auto-

matisch beim Darüberhingehen reinigen. Das Schulzimmer soll gross und ziemlich geräumig und bloss durch Tageslicht erhellt sein. Am besten soll das Licht von links einfallen, was bei einer grossen Schule allerdings für alle Klassen nicht so ohne weiteres zu ermöglichen ist. Bei der für Schulzimmer in betracht kommenden Grösse soll man jedoch den geäusserten Bedenken der Pädagogen Rechnung tragen, wonach in allzu grossen Räumen einerseits der Lehrer zu laut schreien muss, um gehört zu werden, andererseits schwerhörige Schüler weniger vom Unterricht haben, und endlich bei zu grosser Distanz vom Sitz der Schüler bis zum Katheder die Schüler auch das auf die Schultafel Geschriebene nicht gut lesen können. Erfahrene Hygieniker berechnen die grösste Länge des Schulzimmers auf 7 bis 10 m, die Breite auf 4 bis 6 m und endlich die Höhe auf nicht mehr als $3\frac{1}{2}$ bis 4 m, letzteres deswegen, weil ein zu hohes Zimmer schlechter geheizt werden kann. Die Zahl der Schüler in einer Klasse muss beschränkt sein, Überfüllungen sind aus mehrfachen Gründen unzulässig. Mit Hinzurechnung des freien Raumes berechnen unsere Schulhygieniker den Flächenraum für jedes Kind mit 0,5 bis 0,8 qm. Der Luftraum für jedes Kind soll nach den Verordnungen, die allerdings nicht selten ausser acht gelassen werden, 2,5 bis 5 cbm betragen.

Der Fussboden soll leicht zu reinigen und wöglichst mit Staubölen bestrichen sein, die zur Verringerung der Staubplage beitragen. Wenn auch das Schulzimmer täglich einige Male zu lüften ist, so sollen doch auch während der Schulzeit Ventilatoren für die Zufuhr frischer Luft sorgen. Dr. Hermann Cohn aus Breslau, der Altmeister der Schulhygiene, verlangte auf dem 1. internationalen Kongress für Schulhygiene in Nürnberg /1904/, dass sich der Abort unmittelbar an das Schulzimmer anschliesse, allerdings so, dass in letzteres kein übler Geruch dringen kann. Damit wollte er verhindern, dass die Kinder durch einen längeren Gang zum Abort den Unbilden der Witterung ausgesetzt werden. Der Abort soll nach jedesmaligem Gebrauch durch eine dafür angestellte Person zur Vermeidung der Übertragung gewisser Krankheiten gereinigt werden. Übrigens hätte eine solche Person die Kinder zu beaufsichtigen, ihnen Toilettepapier und Waschgelegenheit zu bieten. Die Waschgelegenheit sollte nach dem selben Autor

auch auf den Korridoren des Schulgebäudes sein, damit die Kinder, bevor sie ihr Frühstück essen, bevor sie eine Reinschrift beginnen usw., die von Kreide, Tinte oder Staub verunreinigten Hände säubern können.

Über die geeignetste Art von Schulbänken sind die verschiedensten Auffassungen zur Veröffentlichung gelangt. Allerdings haben sich jetzt die meisten Autoren dahin geeinigt, und die Praxis hat ihnen Recht gegeben, dass die Höhe der Bank der Länge des Unterschenkels entsprechen, die Breite der Bank hingegen dem Oberschenkel angemessen sein muss. Die Lehne muss die Lenden und Brustwirbelsäule unterstützen. Hierbei sei auf den in der schulhygienischen Literatur eingeführten technischen Ausdruck *Distanz* hingewiesen. Darunter ist die horizontale Entfernung des Tisches von der Bank zu verstehen. Ragt die Tischkante über die vordere Bankkante nach rückwärts, so spricht man von der Minusdistanz, und diese ist notwendig, weil sich dabei der Rücken beim Lesen und Schreiben an die Lehne stützen kann, während sich bei Plusdistanz — das ist eine wirkliche horizontale Entfernung von der Bank- und Tischkante — der Körper nach vorwärts zur entfernten Tischkante beugen muss, also von der Lehne absolut nichts hat. Die Minusdistanz ist also für die Schulbank eine hygienische Bedingung.

×
Schulärzte Das Verlangen nach Schulärzten geht längst nicht mehr von Ärzten oder schulpflichtigen Schulmeistern allein aus, sondern alle volks- und gesundheitsfreundlichen Kreise haben in Wort und Schrift die Forderung nach Schulärzten ausgesprochen. Wenn diese Institution, obgleich sie allen Vernünftigen als eine unbedingte Grundlage für Schulhygiene erscheint, noch immer erst in verhältnismässig wenigen Gemeinwesen eingeführt ist — man *studiert* beispielsweise im Ministerium in Österreich schon seit Jahren an der Schularztfrage —, so ist dafür lediglich der leidige Geldpunkt als Begründung anzuführen. Die Schulärzte haben in erster Linie die Schüler in gewissen Zeiträumen zu untersuchen; das Ideal wäre allerdings die Schüler täglich zu visitieren, ob sie sich nicht im Inkubations- oder Erkrankungsstadium einer ansteckenden Krankheit befinden. Bei Masern, Scharlach, Diphtheritis und anderen Infektionskrankheiten würde der

Schularzt oft Prodromalzustände finden, auf Grund deren er für die frühere, rechtzeitige Entfernung der Schüler aus der Klasse Sorge tragen könnte. Allerdings sind dadurch die niemals zu vermeidenden Gefahren der Ansteckung im Inkubationsstadium nur verringert, nicht ausgeschaltet, was immerhin auch ein kleiner Erfolg wäre. Die Schulärzte haben dafür zu sorgen, dass erkrankte Schüler nicht vorzeitig die Schule wieder besuchen, und dass auch ihre gesunden Wohnungsgenossen nicht vor Ablauf einer bestimmten Zeit zum Schulbesuch zugelassen werden.

Als eine der wichtigsten Aufgaben des Schularztes ist die Untersuchung neu aufzunehmender Schüler zu betrachten. Er hat die körperliche und geistige Reife festzustellen, etwa vorhandene Krankheiten der Behandlung zuzuführen. Ein Einblick in die Berichte der Schulärzte lehrt uns, dass bei der Qualifikation der untersuchten Schüler einige Skalen verwandt werden, und zwar bedeutet *gut* den vollkommenen Mangel eines krankhaften Zustandes, *mittel* das Vorhandensein chronischer Zustände, und endlich *schlecht* hochgradige Skrofulose, lymphatischen Habitus, starke Blutarmut, englische Krankheit, angeborene und akquirierte Herzfehler, ererbte Syphilis usw. Die bisherigen Erfahrungen der Schulärzte besagen beispielsweise, dass bei Neuaufnahmen von Schülern Veränderungen und Verkrümmungen der Wirbelsäule nur bei 1 bis 4 % zu konstatieren waren, während nach längerem Schulbesuch 45 bis 50 % der Schulkinder Wirbelsäulenveränderungen aufzuweisen hatten. Mussten solche Konstatierungen nicht dazu beitragen, die oben besprochenen Schulbänke einer Reform zu unterziehen? Und ist die orthopädische Behandlung solcher erkrankten Kinder nicht eine wichtige Lebensaufgabe derjenigen Faktoren, denen die Schüler anvertraut sind?

Wiederholte Untersuchungen der Kinder durch die Schulärzte bringen oft verborgene Leiden an den Tag, wie Herzfehler, Hernien, Defekte im Seh- und Hörvermögen usw. Bei manchen zurückgebliebenen Schülern wurden nicht selten vom Schularzt Krankheiten konstatiert, nach deren Behandlung in der Regel sich wieder bessere Unterrichtserfolge einstellen.

Die Schulärzte haben endlich, wie uns die Berichte besagen, durch Aufklärung der Schüler in hygienischen Fragen, be-

sonders durch Aufforderung zu gesundem Spiel und Sport, eine grosse sozialhygienische Aufgabe geleistet. Vielleicht werden die Schulärzte, wie manche beabsichtigen, auch die sexuelle Aufklärung der Schüler in die Hand nehmen, wobei jedenfalls nur zu wünschen wäre, dass sie sich dieser Aufgabe mit Geschick entledigen. Von vielen Seiten wird eine Änderung der Schulärzteinstitution dahin verlangt, dass Spezialärzte, wie Augen-, Zahnärzte usw., als Schulärzte fungieren sollen; ich bin absolut gegen solche Bestrebungen und halte die Ausführungen Liebermanns-Budapest auf dem oben erwähnten Schulhygienekongress in Nürnberg für richtig, nach denen man die Schule nicht den Spezialisten ausliefern sondern dafür lieber die Schulärzte zu Spezialisten machen sollte, indem sie für ihren Sonderberuf eine gründliche Ausbildung erhalten und ihr Wissen in Wiederholungs- und Fortbildungskursen vertiefen können.

×

×

Kurze Chronik Am 25. Mai hielt Dr. Ascher-Königsberg in der *Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik* einen Vortrag über Sozialhygiene, der auf die Forderung der Schaffung von sozialen Gesundheitsämtern hinauslief. × Das österreichische Handelsministerium hat am 15. April eine Verordnung zum Schutz der Maler, Anstreicher und Lackierer bekanntgegeben. × Der Direktor der akademischen Klinik für Hautkrankheiten in Düsseldorf Dr. Carl Stern fordert zu einer öffentlichen Organisation der *Lupusbekämpfung* an Stelle der privaten Gesellschaften auf. Er erklärt Lupus bei entsprechender Behandlung für unbedingt heilbar. × In Österreich, und zwar in der Bukowina, ist die chronische *Pellagra* endemisch. Sie ist eine veritable Proletarierkrankheit, hervorgerufen durch schlechte Ernährung. Die Sozialhygieniker arbeiten mit aller Kraft daran, in den Pellagralegenden ständige Volksskichen zu etablieren. × Die permanente Agitation der organisierten Bürsten- und Pinselmacher Nürnbergs zwecks Verhütung der *Milzbrandgefahr* hat einen schönen Erfolg gehabt. Der Stadtmagistrat hat trotz der Einwendungen der Industriellen die Zwangsdesinfektion der zur Verarbeitung kommenden Rinder-, Pferde- und Ziegenhaare sowie der Schweineborsten angeordnet.

KUNST

Bildende Kunst / Anna Plehn

Berliner Sezession Die Ausstellung der *Berliner Sezession* wurde am 14. April eröffnet. Wie im

vorigen Jahre die Separatausstellung zur Feier von Liebermanns 60. Geburtstag gibt der Veranstaltung diesmal das Leib-Kabinett und die Reihe von 15 zum grösseren Teil älteren Gemälden Wilhelm Trübners das Gepräge. Das ist für dieses künstlerische Unternehmen, das der neuen fortschreitenden Entwicklung gewidmet sein soll, kein günstiges Zeichen. Die fröhliche Weiterbildung, die gerade von dieser Stelle aus alljährlich in zuversichtlichen Worten verheissen wurde, scheint ausgeblieben zu sein, Hoffnungen, die überschwänglich gehegt, Talente, die bereitwillig geschmeichelt und gefördert wurden, haben nicht gehalten, was sie versprochen. Mit Ausnahme einer Reihe von anerkannten Künstlern, die auf der Höhe blieben, sieht man nur ausnahmsweise sichere, starke Leistungen, während eine Scheingenialität und ein gefälschter Kolorismus sich von Jahr zu Jahr mehr vordrängen. Die Ernte dieses Jahres kann als Ganzes gewiss nicht erfreulich genannt werden.

Die verführerischen Grundsätze eines malerischen Radikalismus sind an den überall bemerkbaren Verwüstungen nicht schuldlos. Man hat so lange den jungen Leuten gepredigt, dass Darstellungsform und Inhalt nichts bedeuteten, dass vielmehr Farbe alles sei, bis es ein Glaubenssatz wurde, man brauche nur irgendwie den Inhalt seiner Tuben auf die Leinwand auszuleeren, um von nun an als Kolorist zu gelten. Man wollte nichts mehr davon wissen, dass *Farbe* nur durch ein bewusstes ins Verhältnis Setzen verschiedener Farbnuancen und Qualitäten entsteht, und man übersah, dass bei den mit Bewunderung genannten Vorbildern, die mehr oder minder deutlich den Jüngeren vor Augen standen, Farbe niemals Selbstzweck war, sondern dass sie als Ausdruck für räumlich-körperliche Erscheinungen die Augen genau so bestimmt orientierte wie es früher etwa die Linienperspektive oder die übertriebenen Gegensätze von Hell und Dunkel getan hatten. Niemals bei Liebermann oder van Gogh und selbst nicht bei Cézanne schwanken die Gesichtseindrücke dermassen durch einander, wie man es heute bei Heinrich Nauen, bei Benno Berncis, bei Hans Hofmann sieht. Dass

ein Ton kühler oder wärmer hingesezt wird, hat nur insofern einen Sinn als das Verhalten des Lichts auf den Flächen dadurch ausgesprochen wird. Man betrachte den krankhaft gelben Kopf von van Goghs Selbstporträt. Der Ton soll energisch herauskommen, vorne stehn. Der Hintergrund mit seinem Türkisblau weicht zurück. Die Gesichtsschatten, die zu den beleuchteten Flächen ungefähr rechtwinklig stehen, sind eine Mischung von Grau (dem minderen Licht) mit Gelb (der Lokalfarbe der Haut) und dem Blau, welches Zurücktreten ausdrückt. Man vergleiche ferner, wie anschaulich bei Maurice Denis die Nähe und Ferne, das Beleuchtete und Schattige von einander geschieden sind. Für den Sonnenschein ist das Inkartrat mit Gelb gemischt, im Schatten wird es ein Blaurosa. Mit Energie sind diese Unterscheidungen festgehalten. Selbst wie die Wahrscheinlichkeit oder Annehmlichkeit eines solchen Tones einmal fraglich bleibt, wird durch die unerschrockene Konsequenz der Anwendung jeder Widerspruch zum Schweigen gebracht. Ob er weite Abstände, starkräumliche Tiefenerstreckung oder engeres, flacheres Zusammendrängen der Körper ausdrückt, niemals findet man sich im Zweifel darüber, an welcher Stelle des vorgestellten Raums die Augen irgend einen Teil des Bildinhalts unterzubringen hätten. Mit solchen Vorstellungen vor ein Bild wie die Aktkomposition Benno Berneis' tretend findet man sich vollständig verwirrt. Mann und Frau auf rothuntem Teppich im Liegen mit einander ringend: so viel ist eben zu sehen. Aber über die Formen dieser Körper, das Entscheidende der Bewegungen sagt diese wild durch einander gefleckte Farbmasse nichts aus. Man verstehe: das ist kein Einwand gegen die Derbheit der Technik. Nur müssten die Striche sich zu klaren Gruppen eimen, es müsste irgend eine Entfernung geben, aus der man die Flecken übersehen kann und statt dessen die deutliche Vorstellung von so oder so gerichteten Körperoberflächen erhält. Ich behaupte, dass niemand so etwas finden kann. Ähnlich steht es um den liegenden Frauenaakt Nautens. Dieses unruhig hell und dunkel zerwühlte Blau und Grün im Hintergrund drängt über die Ebene nach vorn, in der der Frauenkörper liegen soll. Augenscheinlich ist aber das Gegenteil beabsichtigt. An dieser Stelle ist auch von Hugo von Habermanns Aktbildern zu reden.

Seit einigen Jahren muss in ihnen eine erschreckende Auflösung aller Form- und Raumvorstellungen beobachtet werden. Von willkürlichen dunklen Konturen und Schattenstellen begrenzt windet sich der Körper zwischen flauen, formlosen, hellen Tönen, aus denen brutal einige auffallend farbige Flecken herausfallen (diesmal ein Purpurrot und die vergoldete Lehne eines Sessels). Wo selbst ein früher so sicherer Meister des Tons zu solchen Entgleisungen kommen konnte, ist gewiss Grund vorhanden gegen jede technische und formelle Zuchtlosigkeit Protest einzulegen.

Vor einem Jahr hat Max Beckmann Aufmerksamkeit erregt. Seine Meerbilder zeigten eine weite Flächenausdehnung und ein Pathos ernster Farbestimmung, ein Bild von Männerakten schien Sinn für organische Durchbildung der Menschenfigur zu verheissen. Sogleich durfte er mit dem Preise des *Künstlerbundes* nach Florenz gehen. Er kehrt wieder mit einer Aktkomposition, die er *Schlacht* nennt, und mit einer Gruppe bekleideter Figuren vor dunklem Raum. Im Vergleich mit den bisher besprochenen Bildern ist in beiden Gemälden eine absichtsvollere Behandlung der Farbe, ein Zeichnen oder, wenn man will, ein Modellieren mit Tönen. Die gleich gerichteten Flächen haben übereinstimmende Farbe, man kann sich Vorstellungen über die Körperbewegungen und ihr Verhalten im Raum machen. Aber alle diese Figuren würden besser als Einzelstudien wirken. Abgesehen davon, dass man bei keiner das Modell vergisst, bestehen keine deutlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Menschen. An Bewegung und Wildheit einer Schlacht ist nicht zu denken, und auch in dem Gesellschaftsbilde ist keine Begründung der gewählten Stellungen erkennbar, kein unmittelbares Zusammenhängen der Gruppe, hinweg über die Zwischenräume des an sich anschaulich vertieften Raumes. Es scheint, als wenn hier auch das Missverständnis geschadet hat, als könne man mit der Skizze anfangen, weil sie grössere Farbenfrische gewährt, während in Wahrheit das Andeuten und Weglassen sich nur der Meister gestatten kann, der nach jahrelangem Eingehen auf das Detail die Natur völlig beherrscht. In noch höherem Grade trifft das bei Otto Hettner zu. Dieser hat eine plakatmäßige Vereinfachung von Farbe und Linie in seinem Bilde, das er *Aufbruch* nennt. Grell in

Kolorit und Bewegung. Nackte Jünglinge mit ausgereckten Armen und Beinen, mit Fingern, die sich in den Himmel hineinkrallen, von aufgehender Sonne getroffen. Orangerot und Hellblau, nur eine einzige Bewegung durch die ganze Reihe wiederholt, in grossem Massstab, und Linie wie Farbe übertrieben und leer. Er mag an Hodlers Umrissprache und an die Farbe von Denis gedacht haben, aber ohne beides vielsagend machen zu können.

Endlich sei noch auf Edvard Munchs Bilder hingewiesen, die diesmal weniger als je von seinen Vorzügen enthalten. Sicher ist das stürmische Gebaren des Norwegers auf die jüngere deutsche Generation nicht ohne Einfluss geblieben, um, wie das in solchen Fällen zu gehen pflegt, mehr durch Äusserlichkeiten als durch den Elan seiner Persönlichkeit zu wirken.

Es bleibt von den Anziehungspunkten der Ausstellung zu sprechen, soweit sie modernen Ursprungs sind. Franz Stuck hat eine Salome von sinnlich fortreisender Wirkung, eine Mondscheinbeleuchtung auf dem leichtbewegten Weibeskörper und fliegende schwarze Locken, so viel Ausdruck und Stimmungskraft in Farbe wie in der Kontrastierung der Tanzenden und des gebückten Schwarzen mit roter Perücke, der ihr das Haupt des Täufers nachträgt. Theodor Hummel bleibt seiner weichen Eleganz in Ton und Detail treu, hat aber seiner Farbe mehr Kraft der Naturwahrheit gegeben. Hermann Groeber hat eine bemerkenswertes Männerporträt mit tieftoniger Umgebung. Karl Hofer - Rom ein Selbstporträt und mehrere Frauenakte von delikater Farbenbehandlung und zarter Empfindung. Eugen Spiro hat in Paris beträchtliche Schritte vorwärts gemacht. Das Bildnis eines Malers mit der Verteilung von Braunrot am oberen und unteren Rahmenrande und dazwischen das Blau des Sessels vor dem grauen Hintergrunde ist eine aparte koloristische Komposition. Von den Berlinern sind zu nennen Leistikow, dessen *Trüber Tag* eindrucksvolle Naturwahrheit gibt, absolut anspruchslos und ohne jede Stilisierung. Von Corinth ist der Frauenakt von stärkster Wirkung. Charlotte Berend (Frau Corinth) steht neuerdings ganz unter dem Einfluss ihres Gatten. Die Entbindungsszene ist als technische Leistung imponierend, gibt aber von der Selbständigkeit der Künst-

lerin keinen hohen Begriff. Slevogt malte Frau Durieux als Kleopatra mit einer frappierend plastischen Wirkung. Liebermann hat drei Bildnisse und eine Amsterdamer *Judengasse*, Waldemar Rösler frische Landschaften, ein Blumenstilleben und eine weibliche Figur in Rückenansicht. E. R. Weiss Frauenakte, Blumen- und Fruchtstücke. Anna Costenoble und Hedwig Weiss farbig vornehme Stilleben.

Aus der plastischen Abteilung sind die Kalksteinfigur eines Mädchens von Georg Kolbe und eine Brunnenplastik von Pöppelmann - Dresden sowie die Grabreliefs von Arnold Waldschmidt - Berlin hervorzuheben.

×
Auerdenkmal Ein Grabdenkmal für Ignaz Auer von der Bildhauerin Helene Quitmann

wurde am 3. Mai auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde enthüllt. Neueren guten Vorbildern entsprechend ist die einfache Nischenumrahmung der Bildnismaske, die mit geschlossenen Augen in Würde und Ruhe aus den rauhen Steinblossen hervorsteht. Nach unten ist der Block seitwärts unterhöhlt, um der Figur eines Arbeiters Raum zu gewähren, der (sitzend) einen Kranz darbringt. Wie die Figur in engem Raum gefangen sitzt, unterstützt den Ausdruck von Trauer, doch dürfte die Haltung weniger weichmütig sein. Dem Ganzen fehlt straffer Aufbau, die Sprache der Architektonik, zu der sich gerade das Grabmal neuerdings wieder zurückfindet. Die einerseits ausgehöhlte Form des Steins vermindert das Festwurzeln, und nicht einmal der obere Umriss hat festbegrenzte symmetrische Gestalt. Die Zufallsform der Bossierung ist gerade für erste plastische Aufgaben nicht günstig.

×
Kurze Chronik Am 1. Mai fand in Berlin die Eröffnung der *Grossen Kunstausstellung* statt. ×

Am gleichen Tage wurde die *Dresdener Ausstellung* eröffnet. Eine bemerkenswerte Sammlung japanischer Kunst ist angegliedert. Im *Sächsischen Hause* ist eine Übersicht über Kunst und Kultur unter den sächsischen Kurfürsten veranstaltet. × Die *Münchener Ausstellung* wurde am 16. Mai eröffnet. Am Tage darauf wurde im *Künstlertheater* die erste Aufführung von Goethes *Faust* mit der künstlerischen Einrichtung Fritz Erlers veranstaltet.